

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vork-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Regierungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

**Berliner Volksblatt.**

**Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.**

**Die Insertions-Gebühren**  
 betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 21. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

**Des heutigen Feiertags wegen kann  
 die nächste Nummer des „Vorwärts“  
 erst Freitagmorgen erscheinen.**

## Der zweite Khafi-Tag.

In der lauen Luft des Balltopalastes, dem die vielen Millionen,  
 die er kostete, keine genügende Ventilation verschaffen konnte und in  
 dem nun der deutsche Parlamentarismus eingeschläfert wird, hielt  
 man am Dienstag noch eine Anzahl Reden über den Kreuzzug der  
 Gunten. Neugierig sah das Haus kaum wider anregend aus als  
 am ersten Tag, unter war das Interesse beinahe vollständig er-  
 schlafft.

Zuerst sprach wieder der Graf Bälou, der diesmal Wasser-  
 man n hieß. Die beiden Herren sind Zwillinge des Geistes, Klassen-  
 genossen des Temperaments. Sie erheben die Höflichkeit der goldenen  
 Mitte, die die Mittelmäßigkeit ist, zum leitenden und höchsten  
 Princip der Politik. Herr Wassermann, auch ein Meister der  
 Geläufigkeit auf Gemeinplätzen, hielt namens der Nationalliberalen  
 dieselbe maßvoll frisierte Rede wie Graf Bälou, nur daß er natür-  
 lich, weil er zufällig nicht am Regierungstisch, sondern unter den  
 Volksvertretern saß, sich die Wertlosigkeit etlicher zarter Bedenken  
 leisten darf. Er bewundert in dem derzeitigen Reichskanzler ein  
 Prachtexemplar staatsmännischer Genialität, aber an dem Drum  
 und Dran der Affaire mißfällt dem Herrn mancherlei: Die Richt-  
 einberufung des Reichstags, der Waldsee-Rummel, die Kaiserreden.  
 Ueberhaupt alle Parteien bis herab zu der äußersten Rechten  
 verteidigen aus der melancholischen Stimmung des Kaysersamers  
 heraus den weltpolitischen Balkanauß. Man hatte ja die taktische  
 Parole ausgegeben, mit Rahe die offizielle Politik zu beinhalten,  
 um der principiellen Opposition den Wind aus den Segeln zu  
 nehmen.

Herr Wassermann polemisierte auch ein wenig gegen die Social-  
 demokratie. Er glaubte Eduard Bernstein citieren zu können, um den  
 unüberwindlichen Zug zum Imperialismus zu beweisen, und er ent-  
 fesselte auf der Rechten Ausdrücke jenes amüßigen Agrargelächters,  
 als er einige kräftige Wendungen aus dem China-Kuffat eines andren  
 socialistischen Schriftstellers zum besten gab. Besonders freute man  
 sich über den Ausdruck „sentimentale Bestialität“; die Guten wußten  
 in ihrem Frohsinn offenbar nicht, daß diese Wendung eine  
 allen Kriminalpsychologen wohlbekannte Mischung mensch-  
 licher Defizienz bezeichnet. Auch manche Ausführungen in  
 dieser Reichstags-Sitzung atmeten die in diesem Aus-  
 druck gekennzeichnete Eigenartlichkeit. Wenn man sentimental  
 über die Ermordung des einen Ketteler klagt, über freveln Völk-  
 rechtsbruch entrüstet scheint und andererseits eine Verwilderung und  
 Steigerung solcher Vergessen als patriotische und militärische Not-  
 wendigkeit preist, so würde auch auf diese Unvereinbares einigende  
 Anschauung der belächelte Ausdruck durchaus zutreffen.

Die konservative Anstandsrede über die allen Konservativen im  
 Grunde ihres Herzens geäßliche Chinapolitik lag in den bewährten  
 Händen des alten Herrn v. Levetzow. Er entledigte sich in Kürze  
 seiner Verpflichtung und gefiel sich, gleich den andren, darin, einige  
 Bedenken zu erheben. Auch die Konservativen mimen in der Ju-  
 demnüttskomödie mit — die Regierung sehnt sich ja heiß nach diesem  
 schönen Schein einer Opposition.

Winterer wurde die Stimmung des Hauses, als Eugen Richter  
 seine kritischen Ausführungen begann. Der Führer der freisinnigen  
 Volkspartei, der gespannte Aufmerksamkeit fand, plauderte sehr hübsch  
 über die Affaire, er fand manche scharf zugespißte und factische  
 Wendungen über die Nebenercheinungen des chinesischen Abenteuers,  
 er trieb mit seinen Ausführungen über die Entstehung des chinesischen  
 Aufstands, die deutsche Politik, die Waldseeeposie, die Kaiserreden,  
 das persönliche Regiment, das Hummervesen, den Verfassungsbruch  
 den Kanzler wie den Kriegsminister Gohler hart in die Enge — aber  
 dennoch war der Gesamteindruck der Rede matt. Das ist auch gar  
 nicht anders möglich. Es war eine durchaus ablehnende Kritik, deren  
 Schluß aber eine — tiefe Verbeugung vor dem, was er eben  
 in Grund und Boden verurteilt hatte. An diesem inneren Wider-  
 spruch erlahmte die Kraft seiner Rede. Herr Richter tadelte alles,  
 er stimmte in nichts dem Grafen Bälou zu, aber seine Be-  
 willigung des verfassungsbüchsig unternommenen Abenteuers  
 verweigerte er nicht; denn Herr Richter ist auch ein Patriot und  
 unter den Waffen schweigen die Gehege der Logik. Man fördert,  
 was man verachtet. Hinsichtlich der Kostendeckung schlug Herr Richter  
 vor, die Mittel statt durch Anleihen durch Heranziehung der Einzel-  
 staaten aufzubringen.

Eugen Richter aber hatte auch das Unglück, auf seine Kosten  
 dem Grafen Bälou zu einem großen Lacherfolg zu verhelfen. Der  
 Kanzler besorgte den vom „Vorwärts“ vor einigen Tagen gegebenen  
 Rat, er solle den Freisinn daran erinnern, daß Eugen Richters Organ  
 selbst — gegenüber der Forderung der Socialdemokratie — im  
 Sommer sich gegen die Einberufung des Reichstags erklärt habe.  
 Herr Bälou exultierte diesen Drieb mit großer Eleganz, er verlas  
 den schuldigen Artikel — und vergabens verwies nachher Richter in  
 einer persönlichen Bemerkung auf das Datum des Artikels und die  
 spätere Verlesung der „Freisinnigen Zeitung“ hin. Die Argumentation,  
 mit der damals das Blatt die socialdemokratische Forderung be-  
 kämpft hatte, war das Persämetternde für den freisinnigen Konsti-  
 tutionalismus; denn sie entsprach genau der Begründung der —  
 Thronrede.

So wurde die scheinoppositionelle Indemnitätsfrage völlig zur  
 Poffe. Der Reichstag, so weit die bürgerlichen Parteien in Betracht

kommen, hat anscheinend kein Gefühl dafür, daß in diesem verbind-  
 lichen, lächelnden Entgegenkommen des geschmeidigen Grafen Bälou  
 eine größere Verhöhnung des Reichstags und des Parlamentarismus  
 überhaupt liegt, als in dem barschen Auftreten eines starken Mannes  
 zu finden wäre, der die Indemnitätskommissionen durch zurückwies.  
 An dieser leichten, spahenden Höflichkeit geht der Ernst des deutschen  
 Parlamentarismus zu Grunde.

Hätte Eugen Richter nicht dem Kanzler den einen Erfolg er-  
 möglicht, so wäre es um seine heutige Rede, welche auch den Rest  
 von Inhalt, den seine geistige gehabt hat, sorgfältig beseitigte, abel  
 bestellt gewesen. Er war so wunderbar ritterlich, dem Fürsten  
 Hohenlohe die ganze Verantwortung für die Richteinberufung des  
 Reichstags zugeschoben. Dafür verteidigte er den Kaiser um so  
 eifriger. Allerdings sprach er mit dem rettenden Schloß des Staats-  
 geheimnisses vor dem Munde. Wer hat zuerst Waldersee als  
 Weltmarschall angeboten? Künftig Rußland. Und hat sich  
 nicht? Pit! Bedeutete die Parole „Bardon wird nicht gegeben“  
 für die Truppen die zwingende Weisung des obersten Krieges-  
 herrn? Richter hatte diese Frage klipp und klar gestellt, damit  
 man über die Ursachen der in den Hummerbriefen ge-  
 schilderten Kriegsführung ins Reine kommen könne. Graf Bälou  
 vergah die Antwort auf die Frage. Im übrigen ist er bereit, die  
 Verantwortung für die Kaiserreden zu übernehmen, „so weit sie vom  
 Volke nicht mißverstanden werden“. Da nun aber sehr viele  
 Reden Wilhelm II. — im Sinne des Grafen Bälou — miß-  
 verstanden worden sind, so ist diese formelle Uebernahme in  
 Wahrheit eine Ablehnung der Verantwortlichkeit. Auch sonst läßt sich  
 Graf Bälou in der Kunst, formel das Gegenteil zu behaupten, was  
 die Thatsachen erhärten. So redigierte er die diplomatische Nieder-  
 lage seiner September-Note in einen Sieg des — Principis um;  
 auf die „Form“ der Note sei es ihm nicht angekommen. In Wirk-  
 lichkeit bestand diese „Form“ in der allseitig abgelehnten Grund-  
 bedingung der Note, vor der Auslieferung der „Schuldigen“ an  
 die Mächte in seine Verhandlungen mit China einzutreten. Aber  
 der genugsame Reichstag und die Bälou-Presse entzückt sich an  
 solchen witzigen Klängen des neuen Kanzlers. Es ist ja doch alles  
 nur Spoh. Darum braucht man sich auch nicht über die humane  
 Ueberhebung des humanen und christlichen Grafen, ihm sei ein  
 kleiner Finger eines deutschen Musikleiters wertvoller, als das ganze  
 Nordgestirb der Vögel, aufzuregen.

Die Reichspartei verfügt nur noch über Agenten der Heiterkeit;  
 handelt es sich um hohe Politik, ergötzt uns Herr v. Kardorff, in  
 socialen Dingen anfert sich der brave Ritter des Deutschthums,  
 Herr Krentz, den man in König eines Ritualmordes  
 hinreichend verdächtig halten würde. Heute sprach Kardorff —  
 auch er schute sich nach Indemnität. Auffällig waren seine groben  
 Sottisen gegen den Fürsten Hohenlohe — der alle Kanzler muß  
 wirklich gefährlich für die Konservativen gewesen sein. In dem  
 Aufführer der Laurahütte steckt übrigens ein Umstürzler. Er  
 predigte heute als tiefstes Gesetz der Beschichte das Recht der Welt-  
 erpropriation. Rügt ein Volk die Knechtengruben nicht aus, nun so  
 hat eine mit Nordwaffen ausgestattete, also stärkere Nation, das  
 Recht, ihrerseits den fremden Vöden zu erschließen. Die Aus-  
 beuter proklamieren die schrankenlose Ex-  
 propriation. Vielleicht ziehen die Chinesen einmal die  
 Konsequenzen. So verhindern z. B. unsere Konservativen den  
 Verkehr, indem sie Kanalbauten hartnäckig verweigern. Grund  
 genug, daß die Chinesen zu uns kommen, und im Namen  
 der höheren Kultur in Deutschland diese Aufgabe zur Lösung  
 bringen. Auch sonst hemmen die Reaktionen jeden Fortschritt. Herr  
 v. Kardorff darf der Socialdemokratie also nicht mehr die Expro-  
 priation dieser rüstständigen Elemente verwehren.

Nachdem noch Herr Nicker tugendhaft Kritik geübt und seinen  
 Bewilligungseifer manifestiert hatte, verlegte sich das ermüdete Haus  
 auf Donnerstag. Nach der Beendigung der Chinadebatte wird die  
 12 000 Mark-Affaire zur Erörterung gelangen.

## China in der französischen Kammer.

Zu gleicher Zeit, wie im Deutschen Reichstag, hat auch die  
 französische Deputiertenkammer ihre Chinadebatte gehabt. Und dort  
 wie hier sind es nur die Socialdemokraten, welche der Eroberungs-  
 politik und dem europäischen Hummentum energisch entgegengetreten.

Auch die französische Regierung hatte es unterlassen, die Volks-  
 vertretung um den Kreuzzug nach China zu befragen. Die bürger-  
 lichen Deputierten haben dafür keine oder doch nur leise Worte des  
 Tadelns. Sembat dagegen, der socialistische Redner, dessen Aus-  
 führungen wir bereits gestern nach telegraphischen Meldungen kurz  
 mitgeteilt haben, begibt seine Rede mit der Frage:

Sind wir mit China im Krieg oder nicht?

Wenn ja, soll die Regierung die Verfassung beobachten  
 und die Kammer befragen. (Weisfall auf der äußersten Linken.)  
 Eine zweite Frage ist die Befreiung der Gesandtschaften. Da diese  
 erfolgt ist, sollte doch wohl der Hauptzweck des militärischen  
 Vorgehens erreicht sein. (Delcassé nicht zustimmend.) Nun wohl,  
 ich gestehe, daß ich das Vorgehen unserer Diplomaten nicht billigen  
 kann. Ich hätte gern gesehen, daß Frankreich sich dem Räumungs-  
 vorschlag Rußlands angeschlossen hätte. Damit hätte Frankreich  
 klar bewiesen, daß es keinen andren Zweck verfolgte, als  
 die Befreiung seiner Landknechte. (Minister Delcassé: Gestatten  
 Sie die Bemerkung, daß in Peking sich nur 1200 Mann französische  
 Soldaten befinden, die gleiche Zahl der Russen.) Sembat fährt  
 fort: Europa hat China herausgefordert, besonders durch die  
 Thätigkeit der Missionare. Deutschland hat sich rechtswidrig  
 Schaugungs bemächtigt und jetzt fordert es, daß China selbst  
 die Schuldigen bestrafe. Man verlangt hier, daß eine Macht ihre  
 eignen Unterthanen ausliefere. Herr v. Ketteler sah zwei Männer

in Bogerniform, die gar keine straffbare Handlung  
 begangen hatten, und ließ sie verhaften. Als die chinesische Re-  
 gierung sie zurückforderte, verlangte v. Ketteler die Hinrichtung  
 derselben ohne vorherigen Prozeß. Als die chinesischen Behörden  
 dem deutschen Gesandten keine befriedigende Antwort gaben, ließ er  
 die beiden hinrichten. Dieser Vorgang ist bedauerndwert.

Der Redner bemängelt alsdann die Art der Kriegsführung. Es  
 sei versichert worden, der Krieg in China werde nach allen Regeln  
 des Völkerrechts geführt. Die französische Regierung möge sich über  
 die berüchteten Grausamkeiten der europäischen Truppen äußern,  
 unter denen auch Franzosen seien. Es giebt Beweise für diese  
 Grueschheiten. Da ist vor allem der Befehl der deutschen Regie-  
 rung... (Thierry: Wir verstehen nicht, daß Sie die Regierung  
 um Aufklärung eruchen über Maßregeln, die die deutsche Regierung  
 getroffen hat.) Die hauptsächlichsten Grueschheiten wurden bekannt  
 durch Briefe, die in deutschen Blättern veröffentlicht wurden.  
 Die deutsche Regierung hat zuerst eine Untersuchung angeordnet,  
 dann den Soldaten verboten, derartige Briefe zu schreiben.  
 Dadurch erkennt die deutsche Regierung die Möglichkeit und die  
 Wahrscheinlichkeit dieser Thatsachen an. Redner verliest aus  
 französischen Blättern Schilderungen von Plünderungen, an denen  
 Soldaten aller Nationen teilgenommen hätten und erklärt: Wir  
 haben den Ehrenfriede durch die Deutschen noch hüldenmäßig ge-  
 brandmarkt, daß wir unsere Soldaten nicht an den Diebstahl ge-  
 wöhnen sollten. (Sehr gut! links. Mittervoje unterbricht: Das ist  
 die Handlungsweise der englischen Soldaten!) Sembat fort-  
 fahrend: Ich ersuche die französische Regierung, nachzuforschen, ob  
 unter dem Vorwand, die Gräber der Ringbunastie zu besetzen, nach  
 Schächern gesucht worden ist. Die französischen Truppen sind da-  
 bei beteiligt, weil sie die Wache zu diesen Gräbern gestellt haben.  
 Weisfall links.)

Der Redner hebt sodann namentlich die Grueschheiten der  
 Soldaten des russischen Generals Gribel hervor und beantragt,  
 daß die französischen Truppen nur dort mitarbeiten, wo menschlich  
 gewirkt werde. Der Redner bedauert, daß Frankreich der Ernennung  
 des Grafen Waldersee zugestimmt hat, er bedauert es nicht vom  
 nationalistischen oder chauvinistischen Standpunkt aus, sondern weil  
 Rußland Frankreich das Beispiel gegeben habe. Die französische Re-  
 gierung hätte erklären sollen, daß Deutschland am meisten beteiligt  
 sei, daß dessen Vordringung zwar eine Schwere gewesen, daß aber auch  
 Deutschland sich habe Herausforderungen zu Schulden kommen lassen.  
 Hieran wird die Erörterung verlegt.

Am nächsten Tage (Dienstag) führt Sembat seine Rede zu Ende.  
 Er sagt u. a.: Wenn China eine Entschädigung zahlen sollte, müsse  
 es eine Anleihe machen oder den europäischen Kaufleuten Monopole  
 bewilligen, was die Möglichkeiten eines zukünftigen Konflikts ver-  
 mehren würde. Redner verlangt Verlegung der Gesand-  
 tschaften nach Tientsin und Zurückverlegung des größeren  
 Teils des Expeditionscorps; die wirtschaftliche Umgestal-  
 tung Chinas, das mit Europa konkurrieren würde, diese nicht  
 abzuschließen. Frankreich müsse auch auf sein Recht des Schutzes  
 der chinesischen Christen verzichten.

Die Reden der bürgerlichen Deputierten sind, soweit das aus  
 den bisher vorliegenden Depeschen möglich ist festzustellen, von nur  
 geringem Interesse. Im allgemeinen stellen sie sich auf Seiten der  
 Regierung.

Der Minister Delcassé bezieht sich darauf, daß die Kammer doch  
 Kenntnis genommen habe von den Absichten der Regierung. Er  
 erinnert daran, daß, als er am 7. Juli vor den Kammeren das Vor-  
 gehen Frankreichs in China darlegte, er gesagt habe: „Sie kennen das  
 Ziel, lassen Sie uns Freiheit in den Mitten.“ Von dieser ihr zu-  
 gestandenen Freiheit mache die Regierung Gebrauch, nachdem sie die  
 Angst aller geteilt, nachdem sie in die Notwendigkeit versetzt worden  
 sei, den Gesandtschaften zu Hilfe zu kommen oder sie zu rächen.  
 Die Regierung habe ihre Bestrebungen mit den militärischen und  
 diplomatischen Bestrebungen der andren Mächte vereint, und sie  
 habe keinen Augenblick aufgehört, zu wiederholen, daß sie  
 nicht Krieg gegen China führe, sondern daß sie den durch die  
 Unruhen bedrohten französischen Staatsangehörigen zur Hilfe eile.  
 Der Minister kommt dann auf das gemeinsame Wort der Mächte  
 zu sprechen und sagt, dieses Wort könne nur unter der Bedingung  
 vollbracht werden, daß keine der Mächte besondere Vor-  
 teile verfolge. Jetzt stehe man an der Schwelle von Ver-  
 handlungen mit China. Mit der Ausbreitung des Handels mit  
 China müsse die Aufrechterhaltung der territorialen  
 Integrität dieses Reichs Hand in Hand gehen.  
 Die Regierung wünsche mit den Opfern Frankreichs bald ein  
 Ende zu machen, erst müsse aber die Genehmigung erlangt  
 werden, die sie erwarte. Die Regierung habe Vertrauen in die Zu-  
 kunft, sie bedürfe aber auch des Vertrauens der Kammer. (Weisfall.)

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. November.

### Die historische Nemesis.

Dem preussischen Kriegsminister Herrn v. Gohler ist ein  
 schändes Unrecht widerfahren. Daß er bei seiner undankbaren  
 rhetorischen Aufgabe, den Eindruck der großen, von rechtem Pathos  
 geschwellten Anklagerede Bebel's durch überlegene Ironie, in Wirk-  
 lichkeit eine Mischung von preussischem Schmeich und Berlinischer  
 Schanddrigkeit, zu entkräften, von der Socialdemokratie einfach aus-  
 gelacht wurde, ist zwar auch kein Erfolg, für einen preussischen  
 Minister aber immerhin noch der Uebel kleinste. Daß Herr  
 v. Gohler jedoch für seinen genialen Versuch, in das wilde Chaos  
 vor Regelen, das die offizielle Geschichtsschreibung für die Welt-  
 geschichte ausgiebt, einen moralphilosophischen Zusammenhang hinein-  
 zubringen, etwas wie einen casualen Comed von Schuld und Sühne,

selbst von den Republikanern nur ablehnendes Schütteln des Kopfes erntete, das ist bitter. Selbst die nationalliberale Presse nämlich behauptet, daß gerade diese tiefste und originellste Stelle der Rede des Kriegeministers eine Entgleisung gewesen sei, die auch auf der Rechten lebhaftes Ersauern hervorgerufen habe.

Auch wir, die wir auf dem Boden einer ganz anderen Gesichtsauffassung und Moral stehen, können freilich nicht behaupten, daß und die geschichtsphilosophischen Deduktionen des Kriegeministers überzeugt hätten. Aber wir zollen wenigstens dem Wagemut, der sich an eine so schwierige Aufgabe herangetraute, unsere Bewunderung. Auch schätzen wir in Herrn v. Gohler die deutsche Gewissenhaftigkeit und den deutschen Eifer, der sich zermarterte, um in einem Labyrinth von Widersprüchen den logischen Faden aufzufinden.

Herr v. Bälou hatte zwar den Reichstag eine Stunde lang über die Chinakriegsfrage liebenswürdig plaudernd unterhalten. Er hatte alles Mögliche aufgezählt, was Deutschland angeblich in China nicht wolle. Aber was in aller Welt es eigentlich mit der Organisierung des Hunnenkriegs bezwecke, das hatte der Herr Reichskanzler nicht verraten. Und diese hunnische Kriegsführung hatte Bebel ganz besonders aufs Korn genommen.

Zwar war in Bebel's Ausführungen viel von einer Ansprache die Rede gewesen, in der den Truppen das Vorbild der Hunnen unter Attila empfohlen worden sei. Aber Herr v. Gohler erklärte, daß diese Ansprache gar nicht den ihm zugeschriebenen Sinn gehabt habe und deshalb auch die Art der Kriegsführung nicht hätte beeinflussen können. Die Erwähnung der Hunnen in jener Rede und die Hunnenhorden ruhten demnach doch eine andere Ursache haben. Diese geheime Ursache glaubte Herr v. Gohler nun in der Remesis der Weltgeschichte entdeckt zu haben.

Nicht die Aufforderung, keinen Pardon zu geben, hat unsre Chinakriegsfrage so scharf gemacht, sondern das Gefühl, die Vollstreckung der historischen Remesis zu sein. Es ist der Finger Gottes, der aus dem Grollen des Hunnenkriegs spricht: Was China vor anderthalbtausend Jahren Europa angethan hat, wird ihm nach dem Gesetz göttlicher Vergeltung jetzt wieder heimgezahlt!

Man wird diese geniale Idee nur umso mehr bewundern, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Schwierigkeiten ihrer Findung entgegenstanden. Waren doch die Hunnen, die vor 1500 Jahren in Europa einbrachen und die Stürme der Völkerwanderung entfesselten, gar keine Chinesen, sondern ein Mongolen-Stamm, dessen ursprüngliche Wohnstätte sich nördlich von der zum Schutz vor mongolischen Angriffen errichteten chinesischen Mauer befand. Andre Schriftsteller bezweifeln sogar überhaupt die mongolische Abstammung der Hunnen und behaupten, diese seien nur ein osttürkischer Stamm gewesen. Wie dem immer sei, jedenfalls waren die Mongolen nicht nur die Gottesgeißel der europäischen Völker, sondern auch die Stütze der Chinesen, deren Hauptstadt Peking im 13. Jahrhundert eroberte. Man sieht, daß der Kriegsmminister selbst da den Weg der gerecht rührenden Remesis zu folgen vermochte, wo gewöhnliche Sterbliche im tiefsten Dunkel tappen.

Zehnjährliche lang, erklärte Herr v. Gohler, hätten die Germanen unter den Folgen des hunnischen Einbruchs gelitten. Bisher war die herrschende Auffassung der Geschichtsschreiber, daß infolge der durch die Hunnen hervorgerufenen Völkerwanderung das alte römische Reich durch die Germanen zertrümmert worden sei, daß die Germanen dadurch mit Kultur und Christentum bekannt und zu den weltgeschichtlichen Trägern der christlichen Kultur geworden seien.

Es ist also möglich, daß Herr v. Gohler geirrt hat. Aber den Unlaut der Republikanier hat er gleichwohl nicht verdient. Denn wenn aus dem Chinakrieg nicht die göttliche Remesis spricht, so ist es nichts als ein sinnloses Abenteuer, ein ganz gemeiner Hunnenkrieg.

## Deutsches Reich.

### Echt militärischen Kadavergehorsam.

Wie er auch von unsren Soldaten verlangt wird, hat der chinesische Unteroffizier En-hai, der den tödlichen Schuß auf Baron Kettler abgab, an den Tag gelegt. Das geht ganz deutlich aus dem Protokoll über seine Vernehmung hervor, welches jetzt im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht wird. En-hai machte im Verhör, dem ihn der kommissarische Zivilpräsident von Deutsch-Peking, Herr Cordes, unterzog, u. a. folgende Angaben:

Am 19. Juni, mittags gegen 1 Uhr, kam der Befehl vom Prinzen, die Straßensperre zu ziehen. Ich bezog mit 30 Mann die Ecke der Chuanfu Gattung. Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr wurde mir der Befehl des Prinzen bekannt gegeben: „Wenn Fremde Euch zu Gesicht kommen, so schießt sie nieder.“ An dem Nachmittag habe ich keinen Fremden mehr vorüberkommen gesehen. Wenn Sie, Herr Präses, kurz nach 4 Uhr dort vorübergekommen sind, ohne daß auf Sie geschossen ist, so ist der Befehl in dem Moment noch nicht zu uns gedrungen gewesen. Wäre dies der Fall gewesen, so würde auf Sie geschossen sein.

Ich weiß wirklich nicht, welcher von den Prinzen den Befehl gegeben hat. Prinz Ching war unser Höchstkommandierender, und Prinz Anan war der Chef des Hu-Shen-Ping-Corps.

Als der Befehl zu mir kam — er wurde mir nur mündlich übermittel —, war ich erst zweifelhaft. Ich ging deshalb noch einmal in das nahe gelegene Lager zurück und ließ mir vom Kommandanten Fuliang die Gründe der Nachricht bestätigen. Dann ging ich auf meinen Posten zurück.

In der Nacht ist kein weiterer Befehl mir zugekommen. Auch am nächsten Morgen habe ich keine weitere Weisung erhalten. Es ist uns nicht besonders befohlen worden, auf einen Geislandten oder gar auf den deutschen Gesandten zu schießen, sondern es hieß in dem Befehl nur: „schießt auf Fremde!“

Als wir am 20. Juni morgens die beiden Säntien vom Süden herauskommen sahen, machten wir unsre Bewehrung fertig und stellten uns auf. Wir nahmen eigentlich keine ordentliche Stellung ein. Ich stand allein ein wenig nach Norden heraus und nahm die vorderste Säntie auf mich. Meine Leute standen weiter nach Süden. In dem Polizeihause standen wir nicht. Wir gingen wohl hinein, um unsre Waffen anzusetzen, und plauderten mit den Polizisten. Die letzteren wußten auch, daß auf Fremde geschossen werden sollte.

Ich schoß den ersten Schuß und gab meinen Leuten das Zeichen zum Feuern.

En-hai ist 52 Jahre alt und gehört zur regulären Truppe. Vielleicht war es ein preussischer Unteroffizier, der ihm mit diesen christlich-militärischen Grundbegriffen vertraut gemacht hat. Wie konnte er als Soldat anders handeln? Er hatte den Befehl erhalten zu schießen. Hätte er sich diesem Befehl widersetzt, so wäre er — immer noch europäisch-militärischen Grundbegriffen — vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen worden. Jetzt wußten die Europäer den armen Teufel löpfen, weil er die Befehle seiner Vorgesetzten ausführte.

Zur Bälou-Rede trägt der offiziöse Telegraph mit großem Reich alle Bestimmen des Auslands zusammen, die sich in den höchsten Tönen der Begeisterung für den neuen Reichskanzler gefallen. Zede Anfeuerung, die sich auch nur in den mildesten Formen gegen die Bälous und deren Politik wendet, wird natürlich gänzlich unterdrückt. So sagt z. B. „Daily Chronicle“, Deutschland habe eine brutale Rolle in China gespielt und den chinesischen Standpunkt durchaus nicht verstanden. „Morning Leader“ drückt sich noch drastischer aus und stellt fest, daß alles Unheil seit der Weisung Kiautschou's datiert und ganz besonders durch die Art und Weise der Veihergreifung hervorgerufen wurde. Der

Veruch Deutschlands, China zu erniedrigen, sei das Resultat der deutschen Politik in den letzten beiden Jahren. —

Die Untauglichkeit der Volkswehr soll nach der „Post“, die damit den geistreichen Einfall des Kriegeministers aufnimmt, durch die Niederlage der Chinesen bewiesen worden sein. Bekanntlich haben teilweise in China die nur mit Lanze und Messern bewaffneten Vorkämpfer gekämpft, als die durch deutsche Unteroffiziere gedrückten Regularen. Daß sie gegen die mit modernen Schnellfeuerwaffen ausgerüsteten Deutschen nicht standhalten konnten, beweist allerdings die Ueberlegenheit des Magazingewehrs über die Lanze. Uebrigens sollten unsre Samtaschenhelden doch noch zuweisen an die Niederlagen denken, die die französischen Revolutionäer dem vernünftlich unüberwindlichen preussischen Armeekorps bereiteten. Und hätte 1813 nicht der Landsturm den Fürsten den Gefallen erwiesen, sie von ihrem Vordränger zu befreien, so wäre es noch sehr zweifelhaft, ob heute Hohenzollern'sche Weltpolitik getrieben werden könnte. — Die Vorkämpfer traten, um wieder auf China zurückzukommen, weder eine Volkswehr, noch eine allgemeine Erhebung des chinesischen Volks. Unsre Weltpolitiker sind aber davon, eine solche Volkserhebung zu provozieren. —

Nachmals der Fall Arenberg. Se. Hoheit der Prinz Arenberg erhält nach der Verurteilung, die uns kürzlich von der hannoverschen Gefängnisverwaltung zugeht, keine Selbstbestätigung. Aus einer Justiz aber, die der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ aus Hannover überliefert wird, ist ersichtlich, daß der prinzipale Mörder an die Militärgerichts- Behörde in Berlin ein Gesuch um Verurteilung von Selbstbestätigung gerichtet hat. Sollte dem Gesuch entsprochen werden, so heißt es in der bezeichneten Zeitschrift, so würde die Kost für Arenberg aus dem Hotel zum Kronprinz bezogen werden. — Wir halten es zunächst noch für ausgeschlossen, daß gerade in diesem Falle, wo es sich um ein ungemein rohes, adliges Subjekt handelt, von den Vorschriften der Gefängnisordnung abgegangen werde. Immerhin wird man ein wachsameres Auge für die Entwicklung der Dinge haben müssen, denn, so lange in Deutschland anständige Menschen, die häufig nur berechtigte Kritik an unsren politischen und gesellschaftlichen Zuständen geübt, oft noch schlimmer als gemeine Verbrecher behandelt werden, haben wir keine Klagen, Verdrehern, die aus Wollust morden, irgend welche Bevorzugungen zu gönnen. —

Die beschiedenen Gewerkschafter. Die „Welt am Montag“ erhält aus R.-Gladbach vom 18. November folgendes Telegramm: Die heutige öffentliche Volksversammlung, einberufen von den deutschen Gewerkschaftern, sah auf Antrag des Referenten Pastors Roepke (eines Nationalsozialen) eine Resolution an den Reichskanzler, daß die deutsche Arbeiterschaft so lange kein Vertrauen mehr zur Reichsregierung hat, als die Herren Graf Posadowski und v. Boettke noch im Amt sind, weil diese 12 000 Mark von Industriellen zur Bekämpfung der deutschen Arbeiterverbände erbeten haben und dadurch ihre Unparteilichkeit verletzt und die nationale Haltung der deutschen Arbeiterschaft ungünstig beeinflusst haben.

Vor dem Bekanntwerden der 12 000 Mark-Affaire hatte also die Regierung das volle Vertrauen der Ditsch-Dunderschen und sie wird es wieder haben, sobald Posadowski und Boettke gegangen sind. Als ob die Reichsregierung nicht schon immer nach den eigenen Interessen ihrer Mitglieder (Herr v. Büttner im Reichstag: „... Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“) nur für die Interessen des Unternehmertums thätig gewesen wäre. Nun, zum Glück sind die Behauptungen der Gewerkschafter für die deutsche Arbeiterschaft gänzlich bedeutungslos. —

Keine Hunnenpastoren. In dem demokratischen Blatt „Der Hohenstaufen“ erklärt der Pfarrer Gittinger von Hohenstaufen: Ich kann Sie versichern, daß für uns Pfarrer die Ereignisse in China durchaus nichts Herz erhebendes enthalten, sondern vieles, was dem Herzen bitter weh thut und ihm innere Kämpfe bereitet. Fragen Sie aber, warum unsrerer nicht gegen den Chinakrieg polemisiert oder predigt, so verweise ich Sie auf das Beispiel des Jesus, von dem Sie sagen, ihm lag auch nichts fern, als das Verhalten der Obrigkeit zu kritisieren. Darum dürfen wir das wohl auch andern überlassen und statt dessen das Evangelium Jesu predigen, so gut wir es verstehen können.

Diese schwächliche Haltung der Pastoren steht moralisch freilich auf einer viel höheren Stufe, wie die Haltung der nationalsozialen Hunnen-Pastoren, die die Hunnenpolitik direkt sanktionieren. Christus erlitt für seine Sache den Märtyrertod, die mit faulen Ausreden sich entschuldigenden Pastoren riskieren jedoch nicht einmal ihre Pfände. Ein solches Wadelstrumpf-Christentum der Hefse und der Heigheit spricht sich selbst jede Existenzberechtigung ab. Man braucht sich künftig nicht mehr über die wachsende Entkirchlichung der Massen zu wundern. —

Abgebliebte Byzantiner. Demnach wird der Prinz-Regent von Bayern Luitpold seinen 80. Geburtstagsfeier begehen. Aus Anlaß derselben planen die Oberhäupter der bairischen Städte eine Prinz Luitpold-Landesstiftung zu errichten. Außerdem war für diesen Tag ein Welt-Vandertreffen der Ober-Byzantiner in Aussicht genommen; eine Menge Ehrenbesprechungen sollten dem Jubilar dargebracht werden. Als solche Extra-Überschickungen sind in Betracht gekommen: Reiterstandbilder, Kassetten, Polare, Tafelauflage zc. zc. Doch von alledem will der Prinzregent nichts wissen, wie einem allerhöchsten Handschreiben folgenden Inhalts zu entnehmen ist:

„Mein lieber Staatsminister Frhr. v. Feilitzsch! Mehrfachen Mitteilungen in der Presse habe ich entnommen, daß für mein bevorstehendes 80. Geburtsfest Ehrungen verschiedener Art geplant sind. So sehr es mich nun erfreut, zu sehen, wie allenthalben im Lande sich das Streben zeigt, mir an diesem Tage besondere Beweise der Liebe und Anhänglichkeit zu geben, widerstreitet es doch meinem Gefühl, demselben mit außergewöhnlichem äußeren Gepränge zu begehen. Insbesondere ist es mein ausdrücklicher Wunsch, daß von der Darbringung von Geschenken und Huldigungen abgesehen werde. Dagegen wiederhole ich gern, wie ich die Absicht, zur dauernden Erinnerung an mein 80. Geburtsfest eine allgemeine Landesstiftung für gemeinnützige und wohltätige Zwecke zu errichten, sehr freudig begrüße. Ich beauftrage Sie, Vorstehendes in geeigneter Weise zu veröffentlichen und die I. Regierungspräsidenten anzuweisen, dahin zu wirken, daß alle Unternehmungen, welche diesen meinen Intentionen nicht entsprechen, unterlassen werden mögen. Mit huldvollsten Gefinnungen bin ich hierbei sehr geneigter gez. Luitpold, Prinz von Bayern, München, den 17. November 1900.“

Die Regierungspräsidenten sind bereits angewiesen worden, zum Vollzuge der Willensmeinung des Regenten ungesäumt das Weitere zu veranlassen.

Was werden die Byzantiner unsrer lieben deutschen Vaterländer dazu sagen? Ihr einziger Trost wird der sein, daß so etwas doch nur in Bayern passieren kann, einem Lande, von dem man schon manche merkwürdigen Dinge gehört hat.

Militärjustiz. Wegen Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung und Beleidigung hatte sich der kanonier Schöpe vom Artillerie-Regiment Nr. 28 in Pirna vor dem Gericht der 3. Division zu verantworten. Am 26. Oktober hatte der Unteroffizier Mehnert zum Antreten behufs Verlesens vor dem Schlafengehen kommandiert. Diesem Befehl kam Schöpe nicht nach, und es hieß hierbei unziemliche und beleidigende Redensarten gegen den Unteroffizier gebraucht haben. Das Gericht befand den Angeklagten schuldig nach dem Eröffnungsbeschluss und verurteilt ihn zu 3 Monaten Gefängnis. —

Eine Aufhebung der Papierzölle soll, wie sich die „Alln. Volkszeitung“ aus Berlin korrespondieren läßt, vom Centrum beantragt werden. —

## Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Ein beliebtes Mittel hungernder, friererender Bagabunden ins Gefängnis zu kommen, statt der Arbeitslosigkeit und Bagabundage in das Arbeitshaus gesteckt zu werden, ist die Begehung von Majestätsbeleidigungen. Ein bezeichnender Fall dieser Art beschäftigte dieser Tage die Stuttgarter Strafkammer. Der 64-jährige Buchbinder Krichmann, seit 1881 nicht weniger als 75 mal bestraft, war im Arbeitshaus untergebracht, wo er im letzten Frühjahr entwich. Er wurde wegen Wittels's Feigennommen und verübte dabei eine Majestätsbeleidigung, die ihm vier Monate Gefängnis eintrug. Nach Verhängung dieser Strafe wurde er wieder ins Arbeitshaus eingeliefert, entfloß aber bald wieder und wurde abemals wegen Wittels's Feigennommen. Im Arbeitshaus hatte er Steine klopfen müssen; um dieser schweren Arbeit zu entgehen, ließ der Greis bei seiner letzten Festnahme eine „Beleidigung“ des Kaisers aus in der Verrechnung, um ins Gefängnis statt ins Arbeitshaus zu kommen. Die Rechnung stimmte. Der Mann konnte nun, vielleicht mit gutem Gewissen, den Richtern versichern, daß er den Kaiser achte und ehre — er wußte ja, daß die Richter ihre Pflicht zu erfüllen hatten. Sie erließen sie und steckten ihn auf acht Monate ins Gefängnis. Das war eine große sociale That, die einzig dem Majestätsbeleidigungs-Paragrafen zu danken ist. —

## Sonnenbriefe.

Die „Volls.“ ist in der Lage, den Brief eines China-Freiwilligen abzubilden, dem wir folgende Stelle entnehmen:  
Tsingtau, 9. 10. 00.

„Liebe Eltern!

Es ist und streng verboten, etwas zu schreiben über den Krieg. Ich wüßte noch nie, was Hunger war, aber jetzt weiß ich es. Wenn wir die Woche einmal Brot bekamen, waren wir zufrieden, dann war es noch verschimmelt. Wasser haben wir getrunken, wo die Leichen drin geschwommen haben. Und die Hitze dabei, und des Nachts so kalt, daß man sich Lieberzieher anziehen mußte. Von uns liegt der vierte Teil der Befahrung im Lazarett, verbliebene sind tot. Ich habe auch im Lazarett Tienstin gelegen.“

Eine frühere Nachricht aus unsrem Lager an der Sonne teilte ja bereits mit, daß die Soldaten nur noch Poffkarten schreiben dürften. Die Vermutung, daß das nur geschrien sei, um den Soldaten die Schilderung interessanter Kriegsergebnisse unmöglich zu machen, findet nun ihre Bestätigung durch die neuerliche Mitteilung, daß es streng verboten sei, etwas über den Krieg zu schreiben. Aus Kiautschou war bisher über Hunnenhorden nichts bekannt geworden; das Schweigegebot legt jedoch die Vermutung nahe, daß selbst dort Dinge geschehen sein mögen, die man der öffentlichen Kritik zu entziehen alle Veranlassung hat.

Unvergleichliches Hunnenamt berichten zwei weitere Briefe. Der erste Brief atmet noch einiges, von dem hunnischen Training der Verrohung allerdings schon angekränkeltes Menschlichkeitsgefühl, während der zweite die nackten Schreulichkeiten, ohne irgend eine Mißbilligungserklärung erzählt.

Der Sohn eines Rienburger Bürgers schreibt nach der „Garle“ in einem vom 1. Oktober datierten Brief:

„Es ist wahrlich kein Vergnügen, mit anzusehen, wie die Chinesen bestraft werden, aber sie haben es ja verdient. In Taku, wo wir ausgeschifft wurden, waren die Häuser in der Vorstadt sämtlich in einen Schutthaufen geschossen worden. Hier lagen Russen, welche sehr freundlich mit uns waren. Die erste Nacht mußten wir unter freiem Himmel zubringen, am andern Mittag fuhr wir per Bahn nach Tienstin. Die Fahrt ging durch eine öde, baumlose Gegend, in der die Dörfer gleichfalls schwer beschossen zu sein schienen. Als wir durch die Stadt nach dem Lagerplatz marschierten, kamen wir an japanischen, englischen und russischen Wagen vorbei, vor denen wir im Parademarsch vorbeizogen, das machte einen schönen Eindruck. Aber ach, auch hier sieht es böse aus. Alle die schönen Gebäude liegen in Trümmern. Hier laufen Tausende von Chinesen umher, die kein Obdach haben. Und dann werden diese nicht gerade mit Glace-Handschuhen angefaßt, hauptsächlich nicht von den Russen, von denen sie viel Schläge bekommen. Wenn hier etwas zu thun ist, so werden einige Chinesen von der Strafe geholt und einer von uns geht mit dem Stock hinterdrein, aber sie haben es ja nicht besser verdient. Wie es hier zugeht, hätte ich gar nicht gedacht. Wir liegen hier in Zelten mitten in der Stadt, vorher lagen die Offiziere mit den Burichen im Universitätsgebäude, doch war dies Quartier gesundheitschädlich. Das Essen ist hier sehr gut. Die Offiziere essen in einem Götzentempel, wo auch wir später hinkommen. Doch muß daselbst erst Platz gemacht werden, denn es liegen mindestens noch 500 Leichen drin. Es werden hier bei unsrem Platz jeden Tag 4-5 tote Chinesen verbrannt. Borige Woche haben die Russen in Taku einen Offizier begraben, da standen mehrere Chinesen dabei und einer von denen fängt an zu lachen. Da dreht sich ein Russe um und schlägt den Chinesen mit dem Spaten vor den Kopf. Er fällt um und bekommt da einen Tritts, daß er in die Grube hineinfällt. Dann wurde Erde drangeworfen.“ (Also lebendig begraben!) Die Russen machen das alles kurz! Und da spricht man von asiatisch-Gräuensamkeit!

Unser letztes heutiges Hunnen-Dokument ist der „Angermünder Zeitung und Kreisblatt“ entnommen und vom 5. September datiert:

Am 26. 8., dem ersten Sonntag in Peking, hatten wir eine schöne Sonntagsarbeit. Wir wurden alarmiert, weil eine Bogerbande in unser Viertel eingefallen war und ein Haus plünderte. Wir rückten aus mit aufgeschlangtem Seitengewehr und sahen die Bescherung. Wir nahmen 83 Mann gefangen. Dieselben wurden mit den Jöffen zusammengebunden und die Pötschen saufen immer auf die nackten Kerle unarmherzig nieder. Jetzt wurden sie nach dem Lager gebracht, und da mußten sie ihr Grab graben und zwei Pfähle eingraben, daran wurde eine Leine gebunden und die Chinesen in Abteilungen von 2 x 17 und 2 x 20 mit den Jöffen angebanden und erschossen, so daß sie gleich in ihr Grab fielen; 9 haben wir wieder laufen lassen, weil sie zu jung waren; diese mußten erst das Grab zuzumachen, dann mußten sie Spiekruten laufen und zuletzt wurden die Jöffe abgehauen. —

## Ausland.

### Spanien.

Lehrerelend. Aus Madrid wird berichtet: Zu dem prächtigen Empfang, den die spanische Regierung den südamerikanischen Delegierten des spanisch-amerikanischen Kongresses bereitet, bildet eine Petition, die jetzt unter den Lehrern Spaniens im Umlauf ist, einen schneidenden Kontrast. Die Lehrer bitten nämlich darum, vor Hunger und Elend befreit zu werden. Die Regierung soll diesen unglücklichen die Summe von 9038 503 Pesetas schenken; die meisten Lehrer haben seit 18 Jahren kein Gehalt bekommen. Die Gehälter, auf die sie Anspruch haben, sind entsetzlich niedrig: 21 546 Lehrer erhalten jährlich Gehälter von 60 bis 800 M., 1450 von 800 bis 1000 M., und nur 180 erhalten mehr als 1000 M.! Die Lehrer bitten um eine Erhöhung ihrer Einkommen und um sofortige Zahlung; sie drohen, alle öffentlichen Schulen im Lande zu schließen, wenn ihr Gehalt nicht beachtet wird, so daß die Regierung vielleicht in der nächsten Zeit vor der Thatfache eines Lehrereinstreiks stehen wird. Einige Lehrer, die sich in der äußersten Not befinden, bitten um die Erlaubnis, beim Publikum betteln gehen zu dürfen! Nach der Statistik giebt es in Spanien 8 643 695 schulpflichtige Kinder, aber es sind nur männlichen

für 1 104 770 Schulkinder vorhanden, das Zwangsschulbesuch - Gesetz steht tatsächlich nur auf dem Papier. Die letzte Zählung hat festgestellt, daß es in Spanien sechs Millionen Analphabeten giebt, das sind 33 Prozent der Bevölkerung, die nicht lesen oder schreiben können!

Es wird unseren Ostleibern eine besondere Bemühtung sein, wenn sie von diesen Zuständen lesen; stolz können sie sich in die Brust werfen und behaupten, daß Ostpreußens Schulzustände doch noch weit emporragen über die — Spaniens. Auch ein Trost!

### Afrika.

Einem Boerenerfolg, der allerdings nicht kriegerischer Natur ist, meldet ein Berliner Blatt, das schon wiederholt boerenoffizielle Nachrichten gebracht hat. Danach soll es den Boerenrepubliken gelungen sein, nicht nur ihr gesamtes Staatsarchiv, sondern auch den Staatsdiplomaten, bestehend aus vielen Millionen in Barren, gemünztem Gold, Diamanten und Staatspapieren trotz der Wachsamkeit der englischen Kriegsschiffe sicher nach einem europäischen Hafen gebracht zu haben. —

## Parlamentarisches.

Die Besteuerung des Saccharins und ähnlicher Stoffe verlangt ein Antrag Levezow und Genossen. — Ein nationalliberaler Antrag erucht um die Einbringung eines Gesetzesentwurfs, durch den die Steuer für die kleinen und mittleren Brauereien herabgesetzt und für die größeren erhöht wird und der den Gebrauch der Surrogate verbietet. Eine Abänderung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen bezweckt ein von der freisinnigen Volkspartei eingebrachter Gesetzesentwurf. Ein nationalliberaler und ultramontaner Antrag wünscht den Ausbau der Gewerbegerichte zu Schiedsgerichten. Eine Interpellation Ortolano wünscht Auskunft über die Militär-Pensionsgesetze, ein Antrag Kipfer die Abänderung des Gesetzes betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds. Ein Antrag Dertel schließlich will das Ausverkaufswesen geregelt wissen. —

## Parteitag

### der schweizerischen Socialdemokratie.

Olten, 18. November.

Der Parteitag unserer schweizerischen Genossen wurde heute im Saale des Hotels „zum Löwen“ um 9 Uhr morgens durch Genosse Lang, Jülich namens der Geschäftsleitungs-Kommission mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Als Präsident wurde sodann Lang, als Sekretär Frech, Jülich gewählt.

Dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß in den letzten zwei Jahren die Einnahmen 2055,65 Fr. und die Ausgaben 2362,46 Fr. betragen; der Kassenbestand beträgt 593,20 Fr.

Der von Lang über die Thätigkeit der Geschäftsprüfungs-Kommission in den verfloffenen zwei Jahren erstattete Bericht erwähnt die Stellungnahme und Agitation derselben zu den verschiedenen eidgenössischen Gesetzesfragen, insbesondere für die Verankerung und für die Doppelinitiative, die Vermittlung von Referenten für die Raiffeiler, Kundgebungen anlässlich des Ablebens der Genossen Liebkecht in Berlin und Steck in Bern etc. An den Bericht knüpfte sich eine kurze Diskussion, die mit der Gutheißung der Berichte endete.

Es folgt sodann der Hauptpunkt der Tagesordnung: **Revision der Statuten.** Diese Frage ist seit Jahren anhängig und der Referent darüber, Genosse Lang, giebt einleitend eine Uebersicht über die Schritte, die seit Jahren diebezüglichen gethan wurden. Dem heutigen Parteitag liegt ein Vorschlag des Genossen Wullschlegler vor, nach dem der Grüdliverein die organisatorische Grundlage der socialdemokratischen Partei bilden soll. Lang acceptiert diese Vorlage und empfiehlt dem Parteitag die Annahme. Das weitere Vorgehen würde darin bestehen, daß das Parteikomitee mit dem Centralkomitee des Grüdlivereins in Verbindung treten und die Sache zu erledigen hätte.

Sodann wird über die **Reorganisation der Partei** die Diskussion durch Genosse Wullschlegler eröffnet. Er verbreitet sich zunächst über das Wesen und den Stand des Grüdlivereins, der in den letzten Jahren infolge des Auskommens und der Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung an Mitgliedern verloren habe, aber an sehr zahlreichen Orten der einzige Träger der Arbeiterbewegung, insbesondere der politischen ist und so bereits die Geschäfte der Partei besorgt. Besondere obligatorische Beiträge für die Parteizwecke sollten nicht mehr erhoben werden, da die Genossen ohnehin schon stark belastet sind mit allen möglichen Beiträgen; dagegen sollten dann freiwillige Leistungen erfolgen. Es handelt sich heute hauptsächlich um die Festsetzung von organisatorischen Grundfragen. Nach seiner Auffassung sollten in Zukunft die Parteitage wegfallen und die Partei-Ausgaben aus den alljährlichen Delegiertenversammlungen des Grüdlivereins behandelt werden, wodurch die letzteren erheblich an Bedeutung gewinnen und auch die Parteifrage profitieren würde.

Die folgenden Redner, Fragggen-Vern, Greulich-Jülich, Färholz-Solothurn, Thies-Jülich, Meyer-Basel und Rüspertli-Jülich als Vertreter der Landesorganisation der deutschen und österreichisch-ungarischen Socialisten in der Schweiz, stimmen ganz oder im wesentlichen dem Vorschlag Wullschleglers zu.

Zu erwähnen aus der Diskussion ist die Ausführung von Thies über die Neutralität der Gewerkschaftsbewegung, daß nach seiner Auffassung der bezügliche Beschluß des letzten schweizerischen Gewerkschaftskongresses sich nur auf den Gewerkschaftsbund bezieht, während jede einzelne Gewerkschaft sich ihrerseits verhalten könne wie sie wolle, also auch socialdemokratische Parteipolitik treiben könne. Rüspertli wünscht die Ermöglichung des Anschlusses der ausländischen Genossen an die schweizerische Socialdemokratie.

Wullschlegler führt dazu aus, daß dieser Anschluß sehr wohl geschehen könne, nur müßten dann die ausländischen Genossen in speziellen schweizerischen Fragen (gesetzgeberischer Natur und ähnlicher Art) sich passiv verhalten. Die Vorlage wurde schließlich angenommen und lauten ihre wesentlichsten Punkte:

Die Partei setzt sich zusammen aus dem Grüdliverein und den kantonalen bzw. lokalen Organisationen. Der Parteitag findet alljährlich statt, in der Regel im Anschluß an die Delegiertenversammlung des Grüdlivereins. Er besteht aus den Mitgliedern des erweiterten Parteikomitees, den Delegierten des Grüdlivereins, den Delegierten der kantonalen bzw. lokalen Organisationen. Die Geschäftsleitungs-Kommission wird gebildet aus dem engeren Centralkomitee des Grüdlivereins, dem 4 bis 6 vom Vororte gewählte Genossen beigegeben werden. Das Parteikomitee besorgt die politische Leitung. Es wird gebildet aus dem erweiterten Centralkomitee des Grüdlivereins, den Vertretern der kantonalen Organisationen und den Redactoren der Parteipresse. Das erweiterte Parteikomitee tritt jährlich wenigstens einmal, in der Regel im Anschluß an die Delegiertenversammlung des Grüdlivereins, zusammen. Die Ausgaben werden durch freiwillige Beiträge gedeckt.

Als Vorort bis zur Durchführung der Reorganisation der Partei wird Jülich beauftragt, ebenso die Geschäftsleitungs-Kommission derselben und die Mitglieder des erweiterten Parteikomitees.

Schließlich referierte Genosse Seidel, Jülich über die **Taktik.** Er wandte sich gegen den Vorschlag, ganz allgemein die Obstruktion zu beschließen, da dieselbe wohl leicht in einem Parlament, schwieriger aber in einer Demokratie mit Initiative und Referendum durchzuführen sei. Die Arbeiterbewegung immer zur Verwertung aufzufordern, könnte Wirkung haben, die uns mehr Schaden zufügen als den Gegnern. Wir würden geradezu auf die Initiative und die Offensive verzichten müssen. Die allgemeine und fortgesetzte Obstruktion sei daher ein falscher Mobilismus, der zu bekämpfen ist. Die Vorlagen sollen jeweils für sich geprüft und so die Entscheidung von Fall zu Fall getroffen werden.

Moor-Vern führt demgegenüber aus, daß wir in unserer Partei bisher nicht den Mobilismus, sondern den lappschwänzigen Opportunismus bekämpfen mußten. Er verurteilt die Beschränkungen des Referenten und meint, die herrschenden Radikalen würden bei der Revision des Wahlgesetzes den Achtstundentag statt des Elfstundentags aufnehmen, nur um uns mit der Obstruktion in Verlegenheit zu bringen. (Allgemeine Heiterkeit.) Im übrigen rede er nicht vor aller Öffentlichkeit über Taktik, denn das wäre Kinderei.

Wullschlegler meint zutreffend, der obstruktionistische, negative Geist sei bereits da und großgezogen durch die stetige Verneinungspolitik der herrschenden Radikalen, sowie durch ihre Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiterparteien. Notwendig sei, daß wir auch unterseits die gleiche Rücksichtslosigkeit gegen die Radikalen üben. Man werde keinem Gesetz mehr zustimmen, das Vertrauen zu den Radikalen und den Bundesbehörden erfordert, die notwendigen Garantien müssen im Gesetz selbst liegen. Wir werden jede Gesetzesvorlage daraufhin prüfen müssen, inwieweit sie den Arbeiterinteressen dient und ob nicht die anderen Kreise gebotenen Vorteile größer seien als der Nutzen für die Arbeiter. Wegen einer gebotenen Kleinigkeit, der erhebliche Nachteile gegenüberstehen, werden wir keinem Gesetz zustimmen. — Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Es wurden dann noch die Genossen Färholz, Solothurn und Jaunquez-Lausanne in das Komitee für das internationale socialdemokratische Parteisekretariat in Brüssel gewählt.

Für die streikenden Sticker in Arbon wurden 24 Fr. gesammelt. Anwesend waren 40 Delegierte aus 14 Orten.

Die Beschlüsse des Parteitags in Bezug auf die Reorganisation der Partei sind für die schweizerische Socialdemokratie von großer Bedeutung. Bis hierher schwebte sie, da ihr fast jede organisatorische Grundlage fehlte, segenslos in der Luft. Nun soll der über die ganze Schweiz, bis in die kleinsten Dörfer verbreitete Grüdliverein, der seit Jahren formell und tatsächlich auf socialdemokratischem Boden steht, in den Dienst der Partei gestellt, ja, soweit es die organisatorische Seite betrifft, die Partei selbst werden. Gelingt die Verständigung darüber mit dem Grüdliverein, woran kaum zu zweifeln, so müssen davon für die Zukunft sowohl dieser als auch die Socialdemokratie gewinnen und beide in wünschenswertem Maße erstarken. An der voraussetzlichen Aufregung und Kritik der Gegner wird man ersehen können, daß der Parteitag in Olten das Richtige getroffen und daß sich für die schweizerische Socialdemokratie eine ausblickreiche Zukunft eröffnet.

Kommt dazu eine entschlossene, selbständige, wahrhaft socialdemokratische Politik mit rücksichtsloser Kritik und Kampfeslust, welche das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben vermögen, so muß es endlich auch mit der schweizerischen Socialdemokratie solcher als bisher vorwärts gehen und so der Parteitag von Olten zum Ausgangspunkt einer neuen Aufschwungsperiode der socialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Schweiz werden.

## Partei-Nachrichten.

**Gemeindevahlen.** In meisten sächsischen Landgemeinden finden in diesem Jahre die Gemeindevater- und Ergänzungswahlen statt. Die Wahlen gelten auf sechs Jahre mit Drittelerneuerung, so daß aller zwei Jahre gewählt wird. Die sächsischen Parteigenossen sind seit Jahren in einer großen Anzahl Landgemeinden in die Gemeindeväterwahl eingezogen und machen von Wahl zu Wahl erhebliche Fortschritte, die ihre Grenze in der einzelnen Gemeinde freilich an einer vielgestaltigen bunten Klassenteilung der Wähler finden. Vor dem preussischen Gemeinde-Wahlrecht hat das sächsische aber wenigstens die geheime Abstimmung voraus, während andererseits wieder Staatsangehörigkeit und zweiseitiger Wohnsitz gefordert wird.

Die Vorbereitungen zu den Wahlen sind im Gange und die Parteigenossen entfalten allenthalben eine rege Agitation. In einzelnen Orten ist die Wahl bereits vollzogen. In Klingenberg bei Freiberg, einem Orte mit sehr viel Bauarbeitern, die sich auf der Uebergangsstufe vom Kleinbauern zum Industrie-Arbeiter befinden, wurde die ganze socialdemokratische Liste: 3 Hausbesitzer und 2 „Begüterte“ gewählt. In Remnitz bei Dresden wurde gleichfalls die socialdemokratische Liste glatt gewählt.

**Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Gera,** die gestern stattfanden, wurden, wie aus ein Privattelegramm meldet, fünf Parteigenossen gewählt. Einer der fünf Sitze ist neugewonnen, die anderen sind alter Bestand der Partei.

**Freie Wahl.** In der Gemeinde Pampow bei Stolzenburg im Wahlkreise Randow-Greifenhagen waren bei der Erstwahl zum Reichstag 30 socialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Nachdem jetzt die Wahl vorüber, ließ der Ortsvorsteher, der zugleich Wahlvorsteher gewesen war, diese Kundmachung von Haus zu Haus gehen:

„Betreffend das Wahlergebnis, danke Herrn Wähler der 86 Stimmen für die rege Beteiligung, werde auch die mir wohl bekannte 30 Stimmen in Andenken behalten.“

Die Holz- und Streu Gerechtigkeits ist noch abzuwarten.

**Der Orts- und Wahlvorsteher** scheint die Absicht zu haben, die 30 „Wohlbekanntem“ durch ein Extralos auf Holz- und Streusammeln zu belohnen.

**Parteiorganisation.** In M.-Glabbach gründeten die Parteigenossen, nachdem die Parteibewegung jahrelang geruht, einen „Socialdemokratischen Wahlverein für M.-Glabbach und Umgegend“. Öffentlich wird er zum Träger einer neuen kräftigen Parteithätigkeit.

**Der Wille des Volks.** In Nürnberg nahm eine außerordentlich stark besuchte Versammlung nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Südekum folgende Resolution an: „Die am 18. November 1900 im Saal des Sächsischen Hofes zu Nürnberg Versammelten sprechen sich mit aller Entschiedenheit gegen die bisherige planlose und volksverderbliche Abenteuerpolitik des Reichs aus, tadeln auf das schärfste die Verfolgungspolitik und fordern ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz; sie erblicken in der 12 000 Wahl-Aktion ein Angehen schlimmer Korruption; die Regierung ist jedes Vertrauens verlustig gegangen.“

Es muß Vorsorge getroffen werden, daß nicht bei den bevorstehenden handelspolitischen Kämpfen einzelne Interessengruppen mit gleichen Mitteln die Regierung ihren Wünschen dienlich machen.

Die Versammelten verlangen eine Fortsetzung der bisherigen Politik langfristiger Handelsverträge und verwerfen insbesondere jede Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel des Volkes und jede Erschwerung des Absatzes unserer Industrieprodukte.“

**Das Internationale socialistische Sekretariat,** dessen Errichtung von dem letzten internationalen Kongresse beschlossen wurde, wird mit dem 1. Dezember d. J. seine Thätigkeit beginnen. Die Bureauräume sind im „Raisin du Peuple“ Rue Joseph Stevens in Brüssel untergebracht. Zum Sekretär ist der Genosse Serwy gewählt. Von deutscher Seite sind bekanntlich die Genossen Auer und Singer zu Delegierten in das internationale Komitee, der Genosse Kautsky zum Schriftführer gewählt. Frankreich entsendet Jaurès und Bailant; England: Ansell und Hyndman; die österreichischen Polen: Jedrzejewski und Wojnarowska. Die von belgischer Seite ernannten Genossen Anseels und Vandervelde appellieren an die übrigen Nationen, baldmöglichst ihre Delegierten zu ernennen.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.** — Die Beschlagnahme des „Sächsischen Volksblatts“ ist aufgehoben worden. Der Beschluß des Amtsgerichts Halle vom 17. November lautet:

Die am 15. d. M. erfolgte vorläufige Beschlagnahme der Nr. 267 des „Volksblatts“ wird aufgehoben, da der in dieser

Nummer enthaltene Artikel „Wahrzeichen der Schmach“ zwar eine Beleidigung der in China kämpfenden deutschen Truppen enthält, nicht aber den Thatbestand der Majestätsbeleidigung erkennen läßt.

§ 23 Nr. 3 des Pressegesetzes ist also nicht anwendbar.

— **Das gefährliche Christentum.** Der nachstehende Beschluß des Stadtrats zu Frankenberg in Sachsen, d. d. 15. Nov. 1900, ist ohne besondere Einleitung verständlich:

„Die Abhaltung der von Herrn Walter Frenzel für Sonntag, den 18. November d. J., nachmittags 4 Uhr, im Saale des Stadtparks hier selbst anberaumten öffentlichen Volksversammlung, in welcher das Thema „Christentum und Socialdemokratie“ erörtert werden soll, wird hiermit verboten.“

Die angekündigte Versammlung ist veranlaßt worden durch die im hiesigen Bezirk verbreitete Flugchrift Paul Göhrs: „Die ein Partier Socialdemokrat wurde“, und durch eine im „Frankenberger Tageblatt“ veröffentlichte Erklärung der Frankfurter Pastoralkonferenz, worin diese gegen jene Flugchrift Stellung nimmt. Wie die Person des Einberufers und die bereits früher in der Flugchrift „Volksstimme“ erfolgte Ankündigung ungewissheit darthut, ist die Versammlung eine Veranlassung der socialdemokratischen Partei. Die socialdemokratische Partei aber hat sich gegen das Christentum stets ablehnend, zumeist sogar feindselig verhalten. Wenn daher diese Partei in einer für ihre Zwecke veranstalteten Versammlung das Christentum zur Förderung stellt, kann es ihr nur darum zu thun sein, entweder das Christentum als ein ihren Zielen feindliches Element anzugreifen oder aber dasselbe mittels einseitiger Darstellung einzelner Lehren als Agitationsmittel zu benutzen. Diese Annahme wird durch die bereits erwähnten Vorgänge, welche die angekündigte Versammlung veranlaßt haben, bestätigt. Während Paul Göhrs sich in der genannten Flugchrift als socialdemokratischer Parteigänger bekennt und als solcher durch einseitige Darstellung einzelner christlichen Lehren zu wirken sucht, greift die „Volksstimme“ die Mitglieder der Frankfurter Pastoralkonferenz persönlich an und verhöhnt diese und alle christlich Gesinnten durch Schimpfwörter, wie „Schäfers“, „Kurza-Christen“, ohne sich auf eine sachliche Erörterung einzulassen. Hiernach ist es ausgeschlossen, daß die angekündigte Versammlung eine ernsthafte Prüfung des Verhältnisses zwischen Christentum und Socialdemokratie bezwecke. In einer öffentlichen Volksversammlung aber das Christentum zum Gegenstand von Angriffen zu machen, würde das sittliche und religiöse Gefühl weiter Kreise der Bevölkerung aufs tiefste verletzen. Gemäß § 5 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 in der Fassung des Gesetzes vom 21. Juni 1898 war daher die Versammlung zu verbieten.“

Dr. Rethig, Bürgermeister. „Welch ein Meisterstück polizeilicher Logik! Der Herr Bürgermeister weiß nichts; deswegen vermutet er ganz schlaue, daß Göhrs das Christentum bekämpfen oder auch nicht bekämpfen werde und hat somit die Garantie, daß eine seiner beiden Vermutungen ganz sicher zutreffen wird.“

Interessant ist dabei, daß hier polizeilich bescheinigt wird (ein Beweis, in Deutschland so gut wie ein Primawechsel), daß das Christentum als Agitationsmittel für die socialistischen Lehren zu dienen geeignet ist; es müßte danach in Sachsen eigentlich schlemig verboten werden.

Obwohl nun der Bürgermeister noch nicht weiß, ob Göhrs das Christentum angreifen oder nicht angreifen wird, verbietet er doch die Versammlung, weil — Angriffe auf das Christentum unfittlich sind!

Außerdem erhielt der Einberufer in derselben Sache noch folgenden liebendwürdigen Brief:

Herrn Walter Frenzel hier.  
Es wird mir soeben offiziell vom Rathaus aus mitgeteilt: „Eine für Sonntag angemeldet gewesene Volksversammlung mit Vortrag im Stadtpark sei behördlich untersagt worden und es solle eine öffentliche Ankündigung im „Tageblatt“ unterbleiben.“

Ich teile Ihnen dies mit dem Bemerkten mit, daß unter solchen Umständen allerdings von einem diebezüglichen Inserat abzusehen ist, da die Stadtbehörde jedenfalls aus wohlverwogenen Gründen auch der Tageblatt-Expedition die obige Notiz und Anordnung zugehen ließ.

Hochachtung G. G. Rogberg, Tageblatt-Expedition.  
Die sächsische Polizei ist eine Musterpolizei!

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Nachdem die Berliner Personen-Lohnfuhrwerks-Zunung ins Leben getreten ist und die Wahlen für die verschiedenen Körperschaften derselben (Ausschuß, Schiedsgericht) stattgefunden haben, treten die im Lohnfuhrwesen Angestellten energisch für Beseitigung der im Lohnfuhrwesen im allgemeinen und auf Fuhrhöfen im besonderen sich fühlbar machenden Mängel ein. Als ein allgemeiner Mangel wird es seitens der Angestellten z. B. betrachtet, daß bei Vorführung von Fuhrwerken behufs polizeilicher Prüfung bzw. Abnahme den Fuhrern solcher Fuhrwerke die hierzu erforderlichen Dienstleistungen von den betreffenden Fuhrherren bis jetzt noch nicht vergütet werden. Als ein weiterer Mangel wird es erachtet, daß mit wenigen Ausnahmen auf den Fuhrhöfen noch die Einrichtung besteht, daß die Kutcher die von ihnen benutzten Fuhrwerke nach dem Gebrauch derselben selber reinigen müssen, eine Einrichtung, die bei der bekannten langen Arbeitszeit der Kutcher von diesen recht unangenehm empfunden wird. Es soll nun dahin gestrebt werden, daß das Wagniswachen in Zukunft durch besondere Angestellte angeführt wird. Auch wird der vielfach vorhandene Mangel, eines Raums zur Unterbringung der Dienstkleidungsstücke, insbesondere auch behufs Abtrocknung derselben nach erfolgter Durchwässerung bei Regen- oder Schneewetter sehr unliebsam empfunden. Infolge dieses Mangels sind die Kutcher vielfach genötigt, die Kleidungsstücke dem neuen Dienstantritt in völlig feuchtem Zustande wieder anzulegen.

Die Antwort auf diese geltend gemachten Wünsche ist von der Zunung bereits erfolgt, sie lautet:

Auf die am 15. d. M. an hiesige Wessiger von Zeichen- und Lugh-Zunung gerichtete Aufforderung versehen die Unterzeichneten nicht. Sie zu informieren:

Da die Lohnkommission nicht aus Angehörigen unseres Gewerbes besteht, welche die Eigenart desselben zu wahren vermögen, selbe auch bereits in anderen Fällen bei drohenden Streik- ausbrüchen in anderen Branchen unseres Gewerbes eine mehr und mehr Arbeitgeber und Arbeitnehmer vererbende, als die gewerkschaftlichen Gegenstände überbrückende Thätigkeit ausgeübt hat, und damit das Gegenteil von Zufriedenheit vor allem in den Kreisen der Arbeiterchaft gezeitigt hat,

so lehnen es die Unterzeichneten ab, mit der sogenannten Lohnkommission in irgend welche Verbindung zu treten, geben aber zugleich ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, von Fall zu Fall mit ihren Angestellten die Lohnfrage einer Revision zu unterziehen.

Die Antwort zeugt von Haß und Geringschätzung gegen die Arbeiterorganisationen, wie wir es zur Genüge von den Annahmen gewohnt sind. Die Herren täuschen sich aber, wenn sie meinen, mit einem derartigen Verhalten Zufriedenheit in den Kreisen der Arbeiter herbeizuführen, sie werden sehr bald erkennen, daß sie die Hand schroff zurückgewiesen haben, die zur Verständigung dargeboten wurde.

**Achtung, Buchbinder!** Der Tarif ist nunmehr fertig und gelangt von morgen ab in unserm Bureau, Engelauer 15, zur Ausgabe. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Die Lohnunterschiede in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik A. Lehning, A.-G., Betshaus, haben nunmehr

un Zustand gefährt. In geheimer Abstimmung haben 328 Arbeiter für 18 gegen den Zustand gestimmt. Ganz dem sonderbaren Verhalten des Bürgermeisters, worüber wir gestern berichteten, entspricht der Eifer der Polizei. Im Streiklokal sind sofort drei Gendarmen stationiert. Das Verhalten der Behörde kann natürlich nicht zur Beruhigung der erregten Arbeiter beitragen, sondern weit eher die Erbitterung steigern. Eine Pflicht der gesamten Arbeiterschaft ist es, die unter so traurigen Verhältnissen zum Streik gezwungenen Arbeiter vor allem durch Fernhalten des Zugangs von Holz- und Metallarbeitern zu unterstützen.

**In der Druckerlei der „Leipziger Volkszeitung“** sind nach einer Mitteilung des „Korrespondenten“ Differenzen mit den Setzern, Druckern und Stereotypen entstanden. Die Vertrauensleute der Buchdrucker haben zur Verbandsmitgliedschaft die Druckerlei bis auf weiteres geschlossen erklärt. Welcher Art die Differenzen ist uns unbekannt, noch giebt der „Korrespondent“ darüber Auskunft.

**Die Harmonie des Gewerkschafts** gerät ins Wanken. Die schon seit langem bekannt gewordene Spannung der Düsseldorf-Freunde mit Dr. Max Hirsch und dem Centralrat kam am vergangenen Sonntag in einer stark besuchten Ortsverbandversammlung nochmals zur Debatte und — man muß das den Düsseldorf-Gewerkschaften lassen — sie führten mit ihren Berliner Größen eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Die Hauptredner, die Herren Meyer, Hegler und Stoffers betonten übereinstimmend, daß der Centralrat in Berlin die Meinung der Düsseldorf-Systematisch unterbrücke, daß andererseits der Centralrat mit dem modernen Zeitgeist nicht voranschreite. „Wir sagen nicht zu allem Ja und Amen, was der Centralrat wünscht. Wenn wir das freilich gethan, dann wären wir auch lieb beim Centralrat. Wir gestalten uns selbständig zu denken, nicht nur, wie der Centralrat will.“ Der Centralrat sage, die Einrichtung der Arbeitersekretariate sei „socialdemokratische Erfindung“ und deshalb brauche man keine Arbeitersekretariate. Das sei eine ganz unerbörte rückständige Ansicht vom Centralrat. Wir sollten doch auch vom Gegner das Gute lernen und nachmachen; die Arbeitersekretariate sind doch wahrlich überaus segensreiche Einrichtungen. Zum Auflosen des Düsseldorf-Ortsverbands, womit der Centralrat drohe, habe er gar kein Recht, doch er möge nur auflosen, die Düsseldorf-Ortsverbände, wie sie es für gut befänden. Der Ton, den der Centralrat anschlägt, sei einzig. Eine ganz unerhörte Unwissenheit in socialen Dingen offenbare der Centralrat dadurch, daß er gegen das Arbeitersekretariat wie bisher Stellung genommen habe. Und wenn in Berlin an dem berühmten Revers geradezu fanatisch festgehalten werde, so thue man das in Rheinland und Westfalen fortan nicht mehr. Wenn man jeden, der in die Gewerkschaften eintreten wolle, frage, ob er auch nur ja nicht Socialdemokrat sei, so betreibe man gerade dadurch Politik; dieser Revers müsse fallen, möge der Centralrat noch so verbohrt für den Revers agitieren. „Wir anerkennen, was Dr. M. Hirsch geleistet, aber er soll mit voran schreiten und nicht am alten kleben. Wir sind Gewerkschafter, auch wenn wir mal nicht in ein Hoch auf Dr. H. einstimmen.“

Das sind so im wesentlichen nahezu die wörtlichen Angriffe der Düsseldorf-Ortsverbände gegen den Centralrat. In diesem Sinne wurde auch die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die außerordentlich zahlreich besuchte Ortsverbände-Versammlung erklärt einstimmig, daß sie die Mäße, die der Centralrat dem Ortsverbände erteilt hat, zurückweist und über dieselbe zur Tagesordnung übergeht. Sie spricht dem Centralrat das Recht ab, einem Ortsverband Mäße zu erteilen, da ein Vorgesetzterverhältnis zum Centralrat nicht besteht. Die Versammlung spricht dem Ortsverbands-Ausschuß und der socialen Kommission volles Vertrauen aus und ersucht sie, auf dem betretenen Wege zum Wohle der Gesamtorganisation und zur Reform der Verbandsbeziehungen unentwegt fortzuschreiten.“

Sein Interesse dürfte auch noch sein, daß die Versammlung ihr bisheriges politisches Organ abgesetzt hat. Die ehemals demokratisch redigierte „Düsseldorfer Bürgerzeitung“ schwimmt momentan unter Redaction des Pastors Köpcke im national-socialen Fahrwasser, machte natürlich den tollsten Chinakoller mit, um später wieder etwas bezugnehmen. Die Düsseldorf-Gewerkschaften beschließen nun folgende Resolution:

„Die Versammlung erteilt dem Ortsverbands-Ausschuß in Verbindung mit der socialen Kommission den Auftrag, die Begründung eines eignen Gewerkschafts-Organs in die Wege zu leiten und dasselbe möglichst vom 1. Januar ab herauszugeben. Gleichzeitig hebt die Versammlung den im vorigen Jahr gefaßten Beschluß, die „Bürger-Zeitung“ zum offiziellen Organ zu ernennen, auf.“

### Ausland.

**Der Streik der Spinnweber in Calais** dauert fort. Die Unternehmer haben durch Plakate bekannt gemacht, daß die Arbeiter bis zum Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen haben müßten, widrigenfalls sie als entlassen gelten. Die Weber haben beschlossen, zu den alten Bedingungen nicht zurückzukehren. Die Weber haben eine der besten Organisationen in Frankreich und die Spinnweber speziell sind nur sehr schwer durch andre zu ersetzen, so daß zu hoffen ist, die Arbeiter werden siegen. Die Organisation ist in der Lage, für längere Zeit genügende Streikunterstützung zu zahlen, im übrigen hat sich der Vorstand an die englischen Maschinenbauer um Unterstützung gewandt. Diese hatten von den Spinnwebern seiner Zeit 14 000 Fr. Unterstützung erhalten. Barnes, der Sekretär der Maschinenbauer, hat Unterstützungen zugesagt.

**Der Streik der Tramway-Bedienten von Lyon**, von dem wir gestern kurz berichteten, nimmt eine große Ausdehnung an. Die unmittelbare Ursache ist die Mahregelung des Vorstehenden und des Sekretärs der Organisation der Straßenbahn-Angestellten. Diese sollen in Versammlungen und in der Presse das Material der Gesellschaft absäßig kritisiert haben. Außer diesen zwei wurden noch andre 5 Organisierte entlassen. Die Direktion, die schon seit der Gründung des Verbands, die vor etwa Jahresfrist vorgenommen wurde, gegen diesen arbeitet, will sich auf nichts einlassen und hat die Deputationen der Arbeiter schroff abgewiesen. An dem vom Telegraphen gemeldeten Aufbegehren sind die Streikenden unbeteiligt.

### Wie Arbeiterdelegationen in Frankreich behandelt werden!

Das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ schreibt: „Belastlich befindet sich die ganze Fabrikindustrie Frankreichs in den Händen des Staats; er hat das Monopol der ganzen Fabrication und des Verkaufs und zieht aus demselben ungeheure Summen; ebenso besitzt er das Monopol für die Herstellung von Streichhölzern, welche den verdienten Ruf genießen, selten Feuer zu fangen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen staatlichen Fabriken, welche sich in verschiedenen Teilen Frankreichs befinden, haben zwei ganz gute Organisationen. Kürzlich wollte nun der Generaldirektor Jacquin dem Finanzminister unterstellen seine Macht zeigen und ließ ein Circular, durch das die gewerkschaftliche Propaganda eine sehr große Einschränkung erlitt; die Arbeiter sahen in ihm eine Bedrohung ihrer Rechte. Delegierte beider Verbände versammelten sich in der Arbeitshörse und beschloßen, beim Finanzminister um die Zurückziehung der Verfügung vorstellig zu werden. Im Fall dies nicht gelänge, sollte in zwei der Staatsbetriebe der Generalstreik proklamiert werden.“

Der Minister versicherte der Delegation am 25. Oktober, daß das Circular im Interesse der ganzen Arbeiter erlassen sei, konnte aber die Delegierten nicht von den guten Absichten der Verwaltung überzeugen. Er handigte einem jeden Delegierten ein Exemplar zum besseren Studium ein; ein neues Mandat wurde für den kommenden Samstag ausgemacht. In dieser zweiten Zusammenkunft erklärte der Minister, daß das Circular umgeändert worden sei, und zwar in dem gelegentlich der ersten Unterredung angedeuteten Sinne. Die Delegierten hatten Genehmigung erlangt und erklärten sich mit dem Circular in dieser Form einverstanden.“

**Die Lage der Postbeamten in Frankreich** hat sich seit einigen Jahren etwas verbessert; in früheren Jahren waren die Postbeamten an Sonn- und Festtagen den ganzen Tag geöffnet; vor einigen Jahren erfolgte aber der Schluß um 4 Uhr nachmittags, jetzt soll er schon mittags eintreten.

Seit kurzen haben sich die Postbeamten unter dem Namen „General-Association der Agenten der Post und Telegraphen“ organisiert. Am 4. November hielt diese neue Organisation, wie dem „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ berichtet wird, ihre erste Versammlung in der Arbeitshörse ab. Fünfhundert Agenten waren anwesend; zwei socialistische Abgeordnete: Grouffier und Renon, waren anwesend und traten als Redner auf, während sich andre socialistische und radikale Abgeordnete entschuldigt hatten. Ein Briefträger wies auf die Notwendigkeit verschiedener Verbesserungen hin; hierauf sprach die Versammlung dem Handels- und Postminister, Millerand, sowie dem Unterstaatssekretär für das Post- und Telegraphenwesen, Rougeot und den Abgeordneten, welche sich zu Vertretern ihrer jungen Organisation aufgeworfen haben, ihren Dank aus.

Zum Schluß verlangten die Briefträger energisch die Erhöhung ihrer mageren Gehälter und die Verringerung des Renzjährgelds, auf welches die Briefträger heute angewiesen sind. In früheren Jahren hätten es diese Beamten nicht wagen dürfen, sich zu organisieren. In Deutschland auch heute noch nicht!

### Sociales.

**Arbeitslosigkeit.** In Dresden hat jemand einige Tage hinter einander gezählt, wie viel Arbeitslose die Arbeitsangebote, die im Hofraum der „Neuesten Nachrichten“ angeschlagen werden, frequenter. Er zählte voriger Woche am Montag 720, Dienstag 630, Mittwoch 700, Donnerstag 920, Freitag 1240. Das ist an einer einzigen Stelle. Es ist doch ganz sicher, daß es in Dresden zur Zeit mehrere tausend Arbeitslose giebt.

Diese „Arbeitslosenversammlungen“, die das Elend graufig genug illustrieren, kann die Dresdener Polizei zu ihrem Leidwesen nicht verbieten.

**Zum Bauarbeiter-Schuh.** Der Magistrat in Gifhorn hat eine Polizeiverordnung erlassen, nach welcher in der Zeit vom 15. November bis 15. März Sattlerarbeiten, Putz- und Tischlerarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Thüren und Fenster verschlossen sind. Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlässe wird für genügend erachtet. In Häusern, in denen offene Coakfeuer ohne Ableitung der entweichenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden.

**Minimallöhne als Mittel gegen Kinderausbeutung.** Zwei australische Kolonien, Victoria und Neuseeland, haben zur Bekämpfung der Kinderausbeutung Minimallöhne für Kinder und jugendliche Arbeiter festgesetzt. In Victoria ist ein Kinderlohn von mindestens 2/3 M. vorgeschrieben und in Neuseeland ist neuerdings bestimmt worden, daß kein Knabe unter 18 Jahren weniger wie 5 M. und kein Mädchen weniger wie 4 M. die Woche bekommen darf.

### Versammlungen.

**Schöneberg.** Am 18. November tagte hier im Lokal von Obst-Gruenwaldstr. 110, eine öffentliche Volksversammlung für Frauen und Männer, die trotz des ungünstigen Wetters ziemlich gut besucht war. Genosin Dunder aus Leipzig referierte über das Thema: Kohlenwucher, die Arbeiterinnen und die Socialdemokratie. An der Diskussion beteiligte sich Schneidt, welcher seine Ergebnisse unter den Bergarbeitern schilderte und dann auch auf den Prozeß Sternberg hinwies, der ein Brandmal unserer heutigen Gesellschaftsordnung ist. Frau Däumler schilderte, wie in der Schöneberger Gasanstalt Frauen und Kinder stundenlang dem Wind und Wetter ausgesetzt sind, um nur einen Schffel Asche zu erlangen. Zum Schluß nahm Frau Dunder noch einmal das Wort und forderte die Anwesenden auf, sich in Konjunkturvereinen zu organisieren; der Einzelne vermag nichts, die Einigkeit alles. — Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Frauenbewegung geschlossen.

**Die allgemeine Krisis-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen** hielt am Sonntag eine allgemeine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Die in Aussicht gestellte Novelle zum Krankenversicherungsgesetz. An das Referat schloß sich eine rege Diskussion und gelangte alsdann die am 12. September von den Krankenkassen-Vorständen und Verwaltungsbeamten angenommene Resolution ebenfalls zur Annahme.

### China.

**Die Uneinigkeit der Mächte** tritt trotz aller Vertuschungsmanöver immer klarer hervor. Jetzt nun hat man bereits von einem geheimen Bündnis zwischen Rußland und Amerika, das keinen andern Zweck habe, als die Baldersee-Politik lahmzulegen. So läßt sich die „Leipziger Zig.“ aus London unterm 17. cr. schreiben:

Die scheinbare Wärme der Regierung und des Volks der Vereinigten Staaten bez. Chinas ist eine der sonderbarsten Erscheinungen der internationalen Lage. Diese Gleichgültigkeit war erklärlich, so lange der Ausgang der Präsidentschaftswahl zweifelhaft war; aber sie macht sich auch jetzt noch bemerkbar, nachdem Mac Kinley sich die Präsidentschaftswürde von neuem gesichert hat, und ist daher schwerer zu verstehen. Nichtsdestoweniger befinden wir uns der Thatfache gegenüber, daß die Regierung der nordamerikanischen Republik durch keinen Eifer belundet, Genugthuung zu fordern und Würgschaften für die Zukunft zu verlangen. Und die Presse des Landes beobachtet zum großen Teil Schweigen. Sollte die Erklärung, so muß man fragen, in gewissen besonderen Beziehungen zu suchen sein, in denen die nordamerikanische Regierung zu einer der europäischen Mächte steht? In einer heutigen Drahtmeldung von Washington befindet sich die Bemerkung, daß russischer Einfluß „stark an der Arbeit ist“, und die Behauptung klingt keineswegs unwahrscheinlich. Die Thätigkeit russischer Einflüsse würde jedenfalls erklären, was sonst unerklärlich erscheint, denn die St. Petersburg-Regierung hat augenscheinlich ein wesentliches Interesse daran, ein freundschaftliches Einverständnis mit den Vereinigten Staaten zu pflegen. Rußland hat nicht allein eine eigene Politik in China, die keineswegs in allen Teilen mit derjenigen der verbündeten Mächte in Einklang steht, sondern es hat auch gewisse finanzielle Bedürfnisse, die vielleicht leichter auf jener als auf dieser Seite des atlantischen Meeres Befriedigung finden würden.“

Die Haltung Amerikas, Japans und Rußlands scheint endlich auch Graf Waldersee aufgefallen zu sein. Wenigstens führen wir auf diese äußere Einwirkung den von „Lassans Bureau“ gemeldeten Entschluß zurück.

### Dem Bündnis Einhalt zu thun.

Graf Waldersee hat nach dieser Meldung erklärt, den Frieden in der Provinz Weichai hergestellt zu haben. Das wird Waldersee in der That in dem Augenblick gethan haben, wo er den Befehl zur Einstellung der Menschenjagden gegeben hat. Denn die „Voger“ kämpften ja längst nicht mehr, sie wurden wie die Hasen abgeschossen. Hoffentlich bekräftigt sich die erfreuliche Meldung trotz der geringen Aussicht der Mächte, ihre vornehmste Forderung, Vertreibung der Schuldigen, durchsetzen zu können.

### Das neueste kaiserliche Edikt

entspricht nämlich ganz und gar nicht den schneidigen Forderungen der Waldersee-Politik.

Der „Times“ wird aus Peking vom 17. November darüber gemeldet: Li-Chung-Tschang hat den fremden Gesandten ein aus Sigananfu vom 18. November datiertes kaiserliches Edikt mitgeteilt, in welchem die Strafen derjenigen Prinzen und Beamten,

die bei den letzten Unruhen als Räubersführer beteiligt waren und deren Verurteilung zum Tode die Mächte verlangten, festgesetzt sind. Bei Liebermittlung des Edikts erklärte Li-Chung-Tschang, die in demselben festgesetzten Strafen seien die äußersten, welche der Hof zu verfügen in der Lage sei. Li-Chung-Tschang wiederholt dabei die stereotypen Ausflucht aller chinesischen Unterhändler, ihm und dem Prinzen Tsching sei vom Kaiser strenge Befragung angedroht, wenn es ihnen nicht gelinge, die Gesandten zur Annahme dieses Kompromisses zu bewegen. Die verfügten Strafen grenzen ans Lächerliche: Herzog Lan wird unter Entziehung seines Gehalts in seinem Rang um eine Stufe niedriger gestellt; ein anderer wird dazu verurteilt, in der Zurückgezogenheit über seine Sünden nachzudenken; Tschao-tsching-tiao wird seines Ranges verlustig erklärt, behält aber sein Amt.

Und obendrein wird der „Morning Post“ aus Peking gemeldet: Die Prinzen Tuan und Tschuang sind nur nach München verbannt, aber nicht zu Gefängnisstrafe verurteilt worden. Sie sind jedoch ihres Ranges entkleidet worden.

Hoffentlich zwingen die Verhältnisse den Grafen Waldersee trotz dem zu größerer Kaltblütigkeit, als die „Kölnische Zeitung“ bekundet, die behauptet, es müßten weitere Schritte gethan werden, um den ferneren Widerstand zu überwinden und selbst eine Expedition in das Innere für einen dieser gangbaren Schritte hält!

### Der Gesundheitszustand in Peking

giebt nach einem Herald-Telegramm zu ersten Besorgnissen Veranlassung. Seit deren Verlesung sind zahlreiche Chinesen an den Pocken oder andren ansteckenden Krankheiten gestorben. Die meisten Leichen werden gar nicht mehr beerdigt. Viele werden einfach in Särge gelegt und bleiben in den Wohnungen stehen. Nur im englischen Quartier ist der Zustand ein besserer, da dort der Murrat, der sonst auf der Straße liegen bleibt, fortgebracht wird.

### Amerika gegen Kasse-Cyfer.

New York, 20. November. Auf wiederholtes sehr dringendes Ersuchen des Gesandten Conger beabsichtigt die amerikanische Regierung behufs rascher Herbeiführung des Friedens den Mächten vorzuschlagen, die Forderung der Einrichtung hoher Beamter fallen zu lassen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Shangai.

Köln, 20. November. (W. Z. V.) In der Generalversammlung des deutschen Vereins vom heiligen Lande erstattete Landrat Janssen Bericht über die Gesamtlage des Vereins und führte nach der „Kölnischen Volkszeitung“ u. a. in Bezug auf die französischen Protestationsansprüche aus, der Verein habe von solchen Ansprüchen nichts wissen wollen, sondern sich unter deutscher Schutzherrschaft gestellt. Dann kam die Palästinafahrt des Kaisers, das große Wohlwollen, mit dem Seine Majestät die Vertreter der deutschen Katholiken behandelte, die Erwerbung der Dormition; das änderte die Situation ganz und gar. Die Orientalen, die in unserm Kaiser eine Art höheres Wesen sehen, erhöhten das Maß ihrer Achtung bedeutend gegenüber den von dem mächtigen Kaiser mit Auszeichnung behandelten Kolonisten. Deswegen und infolge erheblicher Erwerbungen in Jerusalem und Galiläa sowie infolge zahlreicher Pilgerzüge aus Deutschland nennt man die deutschen Katholiken jetzt an erster Stelle. Der Redner gedachte sodann der Erwerbung des großen Hofes am Domasthor in Jerusalem, auf welchem ein großes Hospiz, ein Lehrerseminar und eine Knabenschule errichtet werden sollen und gab dem innigsten Danke Ausdruck, den man dem Kaiser für diese wertvolle Gabe schulde. Weiterhin teilte Landrat Janssen mit, daß für den Kirchenbau bis jetzt eine Summe von 750 000 M. durch die deutschen Katholiken aufgebracht worden sei. Die Kirche mit den neben ihr zu errichtenden Klosterbaulichkeiten solle den deutschen Söhnen des heiligen Benediktus zur Pastoration und Administration, selbstredend unter Wahrung der Eigentumsrechte des Vereins überwiesen werden.

#### Französische Kammer.

Paris, 20. November. (W. Z. V.) Die Deputiertenkammer beriet in der heutigen Nachmittagssitzung die Vorlage, betreffend die Reform der Getränkesteuer und lehnte mit 348 gegen 195 Stimmen einen von Vallant eingebrachten Gegenentwurf ab, welcher sich hauptsächlich mit den Branntweinbrennern beschäftigt.

#### Belgische Deputiertenkammer.

Brüssel, 20. November. (W. Z. V.) Vandervelde (Soc.) interpelliert über das Bestehen einer belgisch-französischen Konvention betreffend die Auslieferung minderjähriger Kinder. Redner erklärt, die Socialisten erkennen an, daß die That Epidos strafbar sei, er bestreitet jedoch, daß der angewandte Vertrag zu Recht bestehe, und tadelt die Regierung, daß sie die nationale Würde bloßgestellt habe. Vandervelde bedauert, daß sich unter den Mitgliedern des französischen Kabinetts, welche für die Auslieferung gestimmt, ein politischer Freund befände.

Zustizminister van den Heuvel erwidert, die Regierung sei verpflichtet gewesen, die Auslieferung Epidos im Interesse der gesamten Gesellschaft zu verlangen. Es bestehe kein Auslieferungsvertrag, sondern ein einfaches Uebereinkommen, welches die Zustimmung der Kammer nicht erforderlich machte. Man habe wegen Epido kein Sonderabkommen geschlossen. Der Minister zählt mehrere ähnliche Auslieferungsfälle auf und sagt, er hoffe, die öffentliche Meinung werde sich in der Angelegenheit Epidos beruhigen und ein überreiztes Kind in Frieden lassen, welches binnen kurzem als braver junger Mensch in die menschliche Gesellschaft zurückkehren möge. Janson (Fortschrittler) schließt sich den Ausführungen Vanderveldes an. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, beantragt Vandervelde eine Tagesordnung, welche das Bedauern über die in Bezug auf Epido angewandte ungeschickliche Maßregel ausdrückt. Woerke (L.) beantragt eine Tagesordnung, welche feststellt, daß die Regierung ihre Pflicht gethan habe. Husman beantragt die einfache Tagesordnung, da diejenige Vanderveldes gegen Frankreich gerichtet sei. Darauf vertagt sich die Kammer auf morgen.

**Fraunfurt a. M., 20. Novbr. (W. Z. V.)** Die Eisenbahn-Direktion Frankfurt a. M. hat an die Angehörigen der bei dem D-Zug-Brand verunglückten Personen die Aufforderung zur Anmeldung des Schadens gerichtet, den die Betroffenen etwa durch Verlust an Geld und sonstigem Wert erlitten haben können.

**Warschau, 20. November. (W. Z. V.)** Der Schriftsteller Gierowski, der schon einmal nach Sibirien verbannt war, wurde neuerdings verhaftet. Bei einem andren Schriftsteller namens Jeromski wurde von der Polizei eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

**Petersburg, 20. November. (W. Z. V.)** Der Großfürst Thronfolger ist in Begleitung des Obersten Daschlow heute früh aus Danemark in Gorkina angekommen.

**Iskareff, 20. November. (W. Z. V.)** Mord- und Komplottprozeß. Der Generalprokurator Giocordia hob in seiner gestrigen Anklagerede den Unterschied zwischen den Studenten Trifanow und Peteff und den übrigen Angeklagten hervor und wies darauf hin, daß letztere gemeine Mörder seien; die Studenten dagegen seien keine Verbrechermatruen, sondern von Sarafow auf den Weg des Verbrechens gedrängt worden. Das Befehlen eines Komplotts sei auch durch den Brief des Angeklagten Kirew an den nicht erschienenen Angeklagten Jilonomow bewiesen, in welchem angekündigt wurde, daß Bogdanow alles gestanden habe. Da Bogdanow an andren Verbrechen nicht beteiligt gewesen sei, habe es sich um das Komplott gegen den König Carol handeln müssen, was Bogdanow in der Voruntersuchung auch zugegeben habe. Der Generalprokurator hält auch die Anklage gegen den Feuerwehrhauptmann Krolew aufrecht, der die Rollen für das geplante Attentat verteilte.

Reichstag.

4. Sitzung. Dienstag, den 20. November 1900, 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Reichskanzler Graf Bülow, Staatssekretär v. Tirpitz, v. Tschelmann, v. Gofler, Graf Posadowski, Poddiebski.

Die erste Beratung des dritten Nachtrags-Etats (China-Expedition) wird fortgesetzt.

Abg. Wassermann (natl.):

Der Herr Abg. Webel ist in seinen gestrigen Ausführungen zu einem allgemein abprechenden Urteil über die deutsche Politik in China gekommen, dem wir uns nicht anschließen können. In seiner Rede war sehr viel graue Theorie enthalten, die sich mit den realen Machtverhältnissen der Welt nicht verträgt. Der Herr Abg. Webel ist uns zu sehr beherrschend von dem Gedanken der Gleichstellung der chinesischen mit der europäischen Kultur. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir sehen in den Vögern keine Freiheitskämpfer, sondern nur räuberische Scharen. Jedenfalls wird Herr Webel nicht aus der Welt schaffen können, daß gegen Gewalt Gewalt gesetzt werden muß. Auch in den Tagen der Kommune ist viel Blut geflossen. Ich will kurz auf die geschichtliche Entwicklung der Ereignisse in China eingehen. Die Pachtung von Kiautschou ist seiner Zeit vorgenommen unter Billigung der Nation und unter Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstags. Der Herr Abg. Webel sagte damals, im wirtschaftlichen wie im politischen Interesse war diese Erwerbung eine dankenswerte Tat. Auch der Herr Abgeordnete Richter hielt es für wünschenswert, in China einen festen Stützpunkt für die Wahrnehmung unserer Interessen in China zu besitzen, und Abgeordneter Webel führte aus, daß zweifellos der Konkurrenzkampf auf wirtschaftlichem Gebiet es nötig macht, neue Absatzgebiete zu schaffen, wenn nicht eine permanente Stodung eintreten soll. China scheint ein geeignetes Objekt für ein neues Absatzgebiet zu sein. Die Erwerbung von Kiautschou liegt also im Interesse der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Insofern sei das Vorgehen in Deutschland nicht verwunderlich.

Wir erachten auch heute diese Erwerbung als eine politische Notwendigkeit für Deutschland. Diese unsere Auffassung wird bestätigt durch die neuerliche Entwicklung des deutschen Handels; denn Deutschland nimmt die zweite Stelle im Handel mit China ein. Wir können also unser Urteil über Kiautschou nicht durch die jetzigen Zustände in China modifizieren. Herr Abg. Webel hat uns die ganze Entwicklung in China von seinem Standpunkt aus geschildert. Ich will darauf nicht ausführlich eingehen. Einzelne seiner Ausführungen müssen aber doch ohne weiteres als unhaltbar bezeichnet werden. So erklärte er die Entsendung der Schutztruppe nach Peking als einen politischen Fehler. Wir können heute nur bedauern, daß Schutztruppen nicht in stärkerer Zahl entsandt sind. Weiter hat Herr Webel die Erstürmung der Zuku-Forts kritisiert. Es war aber zweifellos eine militärische Notwendigkeit, wenn man davon dachte, geordnete Zustände in Peking herzustellen und sich den Weg nach Peking zu sichern. Daß die Erwerbung Kiautschous durch die Deutschen nicht die Ursache der jetzigen Wirren ist, ist zweifellos. In den Vögeliedern wird auf gewisse zum Kampf gegen die fremden Lesel, da ist aber nur von den Russen, Franzosen, Engländern die Rede, von den Deutschen überhaupt nicht. Bei der stets freundlichen Haltung Deutschlands gegenüber China ist das ja auch nicht verwunderlich. Gegen die Missionen sind Vorwürfe erhoben worden. Wir erkennen die Verdienste der Missionen, natürlich auch der evangelischen, vollkommen an. Der wahre Grund für die jetzigen Wirren, der noch gar nicht angegeben ist, liegt zweifellos darin, daß die einheimischen Reformbestrebungen eine starke Gärung und eine reaktionäre Gegenströmung zur Folge hatten! Die Mandarinen, die sich in ihrer Macht beeinträchtigt glauben, haben die Unruhen herbeigeführt. (Sehr richtig bei den Nationalliberalen.) Es ist ja auch die Frage aufgeworfen, ob solche Erwerbungen an sich berechtigt seien. Wenn man auf die Geschichte blickt, ist diese Frage unbedingt zu bejahen. Es ist stets das Bestreben kulturell höher stehender Nationen gewesen, ihren Einfluß auszuüben auf niedriger stehende Völker. Auch in sozialistischen Kreisen herrschen in dieser Beziehung zum Teil Ansichten, die sich mit denen des Herrn Webel durchaus nicht decken. So schreibt im Septemblerheft der „Sozialistischen Monatshefte“ Herr Eduard Bernstein: Der höhere Kultur steht gegenüber der niederen das größere Recht zu. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist etwas anderes als die Darlegungen des Herrn Webel. (Abg. Webel: Sehr richtig!) Bernstein sagt weiter, es wäre sinnloser Romanzicismus, der Infkultur das Recht einzuräumen, als heumtender Teil, die Ausdehnung der Kultur zu verhindern. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) In dem Artikel Paris—Mains in den „Sozialistischen Monatsheften“ macht sich Bernstein lustig über den Bacillus der überlieferten Anschauungen innerhalb der socialdemokratischen Partei. Er weist hin auf ein Manifest des Fabriervereins, in dem der Satz enthalten ist: So wenig wie ein Grundbesitzer über sein Grundstück ohne Rücksicht auf seine Nachbarn verfügen darf, so wenig vertritt es sich mit dem internationalen sozialistischen Standpunkt, einer Nation das Recht einzuräumen, zu thun was ihr beliebt. Bernstein sagt, aus diesem Satz spricht durchaus marxistisches Denken. In einem andern Blatte, in der „Neuen Zeit“ findet sich eine direkte Verteidigung der imperialistischen Politik Englands. Auch der Abg. Ledebour hat auf dem Münchener Parteitag erklärt, daß innerhalb der Socialdemokratie eine starke Strömung für den Imperialismus vorhanden sei. (Lebhafter Widerspruch des Abg. Ledebour.) Gehässige Ansichten hat auch Herr Schippel, ebenfalls ein hervorragendes Mitglied der socialdemokratischen Partei, geäußert. Er sagt im Septemblerheft der „Sozialistischen Monatshefte“: Auf diese Weise kommen wir ganz von selbst dazu, unsere ablehnende Haltung gegenüber der Schutztruppe, der Kolonialpolitik und noch vielen andern Fragen zu untergraben. Abnehmend sagt er allerdings hinzu: Ich selbst allerdings neige den alten Anschauungen zu. Aber der Zweifel tönt aus seinen ganzen Ausführungen heraus, ob es der Socialdemokratie möglich sein wird, an dem Standpunkt, den wir gestern hier in so temperamentvoller Weise haben vertreten hören, festzuhalten.

Wir sind jedenfalls nach wie vor der Ansicht, daß die China-Politik der verbündeten Regierungen eine durchaus ruhige war und daß sie auch im Interesse der deutschen Arbeiter liegt. Die deutschen Arbeiter kämpfen für bessere Lebenshaltung und wir unterstützen sie darin. Dieser Kampf kann aber nur durchgeführt werden, wenn es gelingt, die steigende Konjunktur aufrecht zu erhalten und hierzu ist die Erwerbung neuer Absatzgebiete unbedingt notwendig. Viele Bedenken sind durch die gestrige Rede des Reichskanzlers beseitigt worden. Auch wir wollen nicht, daß wir überall dabei sein müssen. Die verbündeten Regierungen sind von einer Abenteuerpolitik sehr weit entfernt. Das hat die gestrige Rede des Reichskanzlers deutlich gezeigt. Die Ermordung unseres Gesandten, die Ermordung vieler Missionare und Tausender von Fremden zwingt uns zu dem Sühnefeldzug. Hier mußte die Regierung kraftvoll und energisch eingreifen. Auch die Gefahr, daß die Mächte in China aneinander geraten, kann uns nicht abhalten, unsere nationale Pflicht zu erfüllen. Uebrigens wird die Notwendigkeit unserer beiden letzten Flottenvorlagen durch die jetzigen Ereignisse vollumfänglich bestätigt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) In Bezug auf die Inzenerierung des Chinafeldzugs kann ich mich den gestrigen Worten des Herrn Webel vollkommen anschließen. Daß bei den Truppen die Herzen lebhafter schlagen und die Junge lebendiger wird, ist erklärlich, aber eine Reihe

von Dingen haben sich ereignet, die einen theatralischen Anstrich hatten und der deutschen Vorseidenheit nicht entsprechen. (Sehr richtig! links.) Auch haben manche Ausdrücke in den Reden des Kaisers verstimmt. Das muß ausdrücklich konstatiert werden. Reden wirken ansehend (Heiterkeit) und es hätte ein kleiner Waldsee herausgegeben werden müssen (Erneute Heiterkeit), damit alle bis zum Feldwebel herab sich entsprechend äußern konnten.

Die sozialistische Kritik hat in ganz maßloser Weise eingeschlagen. Ich habe hier eine Zusammenstellung der starken Ausdrücke, die in einem Artikel des „Vorwärts“-Redacteurs Kurt Eisner in den Sozialistischen Monatsheften „Der goldne Mogenberg“ vorkommen. Redner verliest aus dem Zusammenhang gerissene Stellen dieses Artikels: „Europäischer Romantikismus der Kulturbestien... unsre epileptische innere Politik (Lärm rechts); sehr richtig bei den Socialdemokraten)... Die tiefste sittliche und intellektuelle Erniedrigung Deutschlands, die fast die Sehnsucht nach einem neuen Jeno erweckt (Oh! oh! rechts)... Der Rodergeruch sentimentaler Bestialität (Lachen rechts, Lärm)... Die Kulturtrübe Deutschlands zu wahren, hat die Socialdemokratie übernommen.“ (Lachen rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.) — Nun, ein Kommentar zu diesem Artikel ist überflüssig. Der Parteivorstand scheint aber den vorwärts drängenden Elementen nicht ganz Rechnung getragen zu haben. In Mainz bellagte sich Rosa Luxemburg (Lachen rechts) über die Inaktivität des Parteivorstands. — Der Redner verliest die betreffende Stelle aus der Rede. — Kollege Singer hat den Vortour sehr gemächlich aufgefaßt und hat es als einen Beweis für die Kraft der Partei hingestellt, daß die Kritik an den Führern hier so kräftig eingeschlagen hat. (Lachen rechts. Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

So ganz sei die Parteileitung in Dornröschenschlaf nicht verfallen. Ein ganzes Dornröschchen will also Kollege Singer nicht sein. (Große Heiterkeit.) Wohl aber ist er in einen Halbschlummer verfallen; er hat den Wunsch der lebhaften Elemente nach einer kräftigen Agitation gegen die Chinapolitik nicht erfüllt. Auch nach dem Parteitag blieb es bei dem Theaterdonner. Die heftigen Angriffe in der socialdemokratischen Presse fanden keinen Resonanzboden in der Bevölkerung.

Zu den Begleiterscheinungen der Chinafrage gehört auch die Absendung Walderees. Ich kann mir ja denken, daß der Kaiser den Wunsch hatte, bei der Uneinigkeit der Mächte einen bewährten General an der Spitze zu setzen, und diesem Wunsch gegenüber ist die Erwägung der großen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, zurückgetreten. Wir halten aber die ungeschickte offiziöse Verteidigung der Inzenerierung der Abschiedsfeierlichkeiten, die die Kritik herausforderten, für unrichtig. Es war überflüssig, den Reichsanzeiger mobil zu machen und öffentliche Verwahrung einzulegen. Wir sollten uns auch in Deutschland daran gewöhnen, weniger wüßig zu sein. In der Uebertreibung des Generalkommandos an Walderee liegt die Anerkennung der militärischen Leistungsfähigkeit und politischen Unabhängigkeit Deutschlands. Auch ist die Ansicht falsch, als hätte Walderee in China nichts mehr zu thun. Seine Ernennung hat sich durchaus bewährt. Mit Vergnügen habe ich aus den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers ersehen, daß unsere Beziehungen zu Ausland gute seien. Er hat auch die Legende zerstückelt, als wäre die Ernennung Walderees gegen den Wunsch Auslands erfolgt. Herr Kollege Webel hat behauptet, ein Feldwebel könne die Funktionen Walderees erfüllen, und hat ihm einen Exekutionsmarschall genannt. Diese Ausführungen sind nicht nach unserem Geschmack. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten. Rufe: Natürlich! natürlich!) Wir danken dem hochverdienten Führer, daß er mit jugendlicher Frische und Energie die schwierige Stellung übernommen hat. (Bravo! rechts.) Wenn auch manche verstimmt Momente vorhanden waren, so sind wir doch einig in der Anerkennung der Leistungsfähigkeit unsrer Kriegs- und Marineverwaltung und der deutschen Wehretzei. (Bravo! rechts.) Ein fröhliches Ereignis war auch die Waffenfreudigkeit, mit der sich die deutsche Jugend zur Teilnahme an dem Zuge nach China gedrängt hat. Was die gute Führung anbelangt, so haben die deutschen Truppen mit gewohnter Tapferkeit ihre Haut zu Marke getragen, und die Truppenführung selber war energisch. Wir wünschen, daß die Kriegsführung frei von Sentimentalität bleibe, es ist blühiger Ernst! Die Soldaten, die da wissen, welches Schicksal ihnen droht, wenn sie in die Hände der Vöger oder Regierungstruppen fallen, sind gewiß nicht geneigt, zartfühlend mit den Feinden umzugehen. Herr Webel hat hier alle sogenannten Dummensprüche verlesen (Abg. Webel: Alle nicht!), dagegen hat er von den Berichten über die Grausamkeit der Vöger geschwiegen. Die Vöger mordeten nach dem Bericht von Augenzeugen Frauen und Kinder, stellten sich tot, um dann rücklings die deutschen Soldaten zu ermorden.

Gegenüber solchen Greuelthaten ist ein energisches Vorgehen geboten. Einzelne Grausamkeiten kommen vor und sind sehr bedauerlich. Das Wort „Humanität“ hat allseitig unangenehme Empfindungen erweckt; doch ist zu bedenken, daß im Kriege Uebertreibungen und Renommangen sehr gewöhnlich sind. (Sehr richtig! rechts.) Bedauerlich ist nur, daß solche „Humanitäts“-Bedenken in Zusammenhang gebracht werden mit gewissen direkten Ausprüchen. Das ist wieder ein Beweis, wie sorgfältig die Worte und ihre Tragweite erwogen werden müssen. Es ist festzustellen, daß die deutschen Soldaten sich an den Ausschreitungen in Peking nicht beteiligt haben. Die englischen und französischen Gesandten haben erklärt, daß ihr Verhalten im wohlthunenden Gegensatz zu dem Verhalten anderer Truppenkörper gestanden habe. Mit großer Freude haben wir die Erklärung des Kriegsministers begrüßt, daß dort, wo Unthaten gewalttätiger Natur vorkommen, wo Dinge geschehen, die vor der Humanität nicht standhalten, die Schuldigen unumwunden bestraft werden sollen. Wir bedauern, daß der deutsche Nachrichtendienst aus Ostasien so mangelhaft ist. Es ist ein billiges Verlangen, daß Deutschland regelmäßig Nachrichten über die Vorgänge in China erhält. Was die Umgrenzung der Aufgaben der deutschen Politik in China betrifft, so befriedigt uns die Erklärung des Herrn Reichskanzlers außerordentlich, daß wir nicht eine Politik der Abenteuer betreiben, sondern nur unsere berechtigten Interessen wahren wollen. Dieses Programm der Regierung hat auch die Billigung der freisinnigen Volkspartei gefunden, die am 21. Oktober 1900 in Götting eine entsprechende Resolution auf ihrem Parteitag angenommen hat. Außerordentlich erfreulich ist es, daß die Einigung der Mächte zu einer kollektiven Note zu Stande gekommen ist, und zweitens unser Abkommen mit England. Es sind Stimmen laut geworden, die aus diesem Abkommen eine Verschlechterung unsrer Beziehungen zu Ausland befürchten. Das Abkommen ist außerordentlich wertvoll für den Einfluß Deutschlands im Jangtsegebiet. Freudig begrüßen wir die Erklärung des Reichskanzlers, daß wir eine gesunde Nationalpolitik treiben wollen, und nicht die Geschäfte anderer Mächte zu befragen vorhaben. Daß das Abkommen mit England, das einen Erfolg deutscher Politik vorstellt, abgeschlossen werden konnte, war nur möglich durch das Angebot starker deutscher Streitkräfte in China selber. Wöses Blut hat es gemacht, daß die deutsche Anleihe in Amerika aufgenommen ist. Die Amerikaner haben das Geschäft gemacht und die kleinen deutschen Sparer sind nicht herangezogen worden.

Die Richteinberufung des Reichstags gilt uns als ein schwerer Fehler; im Sommer war der richtige Moment dazu. Eine übermäßige Mehrheit hätte der Regierung die erforderliche Summe zur Verfügung gestellt. Deshalb die Einberufung nicht erfolgt ist, ist auch aus der Rede des Herrn Reichskanzlers nicht klar zu erkennen. Was es die Furcht vor der großen Rede Webels? (Heiterkeit.) Die wäre nun auch schon längst überstanden. Gestern haben wir sie ja doch hören müssen. (Heiterkeit.) Was es die

Furcht vor der Kritik Richters? Heute steht ihm ein viel größeres Material zur Gebote als damals. Die Einberufung war notwendig, weil eine allgemeine Aussprache zwischen der Regierung und dem Reichstage über die ganze Frage erfolgt wäre. Das ist die Hauptsache, nicht bloß die Bewilligung der Gelder; die Regierung hätte das Urteil des Landes gehört. Als konstitutionelle liberale Partei erheben wir gegen die Richteinberufung des Reichstags entschiedenen Protest. Eine Politik, die so große finanzielle und militärische Opfer kostet, kann nur mit dem Reichstage gemacht werden. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) In der vorigen Session haben wir dem Kaiserlichen Hofenlohe unser Vertrauen zu seiner Leitung unsrer auswärtigen Angelegenheiten ausgesprochen. Wir erkennen seine großen Verdienste um das Zustandekommen der Militär-Prozedur und des Koalitionsverbots für politische Vereine an. Wir wissen, daß seine konziliante Natur es war, welche die Konfliktstoffe beseitigt hat. Aber die letzte That Hofenlohes, die Richteinberufung des Reichstags war keine politische Meisterthat. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Ich bedauere, daß er nicht seinen vollen Einfluß dafür eingesetzt hat, daß der Reichstag im Sommer zusammen kam. Nach der gestrigen Erklärung des Herrn Reichskanzlers haben wir die Uebergzeugung, daß es ganz leicht gegangen wäre. Der Grund, der für die Richteinberufung angeführt wird, die Unmöglichkeit einer genauen kalkulatorischen Feststellung der notwendigen Gelder, ist haltlos. Zweifellos ist der Artikel 69 der Verfassung durch die Richteinberufung verletzt worden. Gewiß ist die Regierung dort, wo die vitalen Interessen der Nation in Frage kommen, berechtigt, sofort zu handeln. Das hat auch der Abg. Webel einmal in der Budgetkommission anerkannt. Aber die Regierung hat auch die Pflicht, in solchen Fällen mit thunlichster Beschleunigung das Parlament zu berufen und nachträglich die Genehmigung und Indemnität zu beantragen. Einige Staatsrechtslehrer behaupten zwar, es sei ein Streit mit Worten; nachträgliche Genehmigung und Indemnitätserteilung seien identisch. Demgegenüber verweise ich auf die Gepflogenheit des Deutschen Reichs. In der ersten Session 1884 beantragte die Budgetkommission für die militärischen Bauten und Heeresvermehrungen an der Grenze, die ohne Genehmigung des Reichstags vorgenommen waren, ausdrücklich die Indemnitätsforderung aufzunehmen. Die Regierung hat sich mit dieser Fassung einverstanden erklärt. Nun ist ja die Frage der Indemnität ausgefallen, nachdem der Reichskanzler, wie Kollege Singer durch einen Zwischenruf feststellt hat, Indemnität nachgeholt hat. Auch die Reorganisation der Chinatruppen unterliegt staatsrechtlichen Bedenken. Ob die Regierung nicht auch hier Indemnität für die Verletzung des Militärgesetzes nachsuchen muß, ist eine Frage, die in der Kommission gründlich erörtert werden wird. Nach Beendigung des China-Feldzugs können diese Formalitäten nicht bestehen bleiben. Auch wird sich der Bundesrat zu fragen haben, ob es nicht notwendig ist, die finanzielle Kontrolle des Reichstags zu verstärken und ob nicht eine gesetzliche Vorschrift erlassen werden muß, wonach in solchen Fällen der Reichstag zu einer bestimmten Zeit einzuberufen ist. Auch müssen bestimmte Vorschriften über die Form der Indemnitätsnachsuchung erlassen werden.

Meine Partei hat die Erwerbung von Kolonien begrüßt, hat die Pachtung Kiautschous als eines wichtigen Stützpunkts für richtig befunden und ist erfreut darüber, daß die Regierung mit starkem Nachdruck die Wahrung deutscher Interessen dort übernommen hat. Andererseits verlangen wir, daß eine solche Politik nur gemacht wird in enger Fühlung mit der Nation und unter Heranziehung des Reichstags als des berechtigten Vertreters der Nation und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. (Sehr richtig!) Der Abg. Webel hat mit einem Protest gegen die Chinapolitik geschlossen; wir erklären: wir wollen die Wahrung deutscher Ehre, deutschen Rechts und deutscher Interessen auch über See. Wir verlangen aber auch die Wahrung der Rechte der deutschen Volksvertretung. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Levetzow (L., schwer verständlich):

Die Ehre, das Ansehen, die Interessen des Vaterlands sind schwer verletzt. Daraus folgt, daß wir mit Gut und Blut für unser verletztes Recht eintreten. Wir müssen deshalb die geforderte Summe bewilligen, wenn wir auch erst die Richtigkeit der einzelnen Posten prüfen müssen. Darüber ist keine Frage. Wir sind deshalb mit den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers einverstanden. Auch wir hätten es lieber gesehen, wenn der Reichstag einberufen worden wäre. Im Sommer wäre bei dem Hochgehen der vaterländischen Begeisterung jede Summe in wenigen Tagen bewilligt worden. Die Regierung hätte sich dadurch manche Unannehmlichkeiten ersparen können. Auch wir sind nicht einverstanden mit dem theatralischen Jnden-Kampf gegen den Grafen Walderee. Früher pflegte man sich in den Kampf zu gehen und nachher Feste zu feiern. Gegen Webel sage ich, wenn er gestern gemeint hat, wir lebten nicht in einem durch die Verfassung offiziell anerkannten christlichen Staat, er wohl an seinen Zukunftsstaat gedacht hat. Unsere Truppen sind in China mit die besten gewesen und haben keine Gefangenen niedergemacht. (Zwischenruf des Abg. Ledebour: Sie sind aber dazu aufgefordert worden.) Präsident Graf Walckreem: Ich bitte keine Zwischenrufe zu machen. Levetzow (fortfahrend): Ich habe auch einen Krieg mitgemacht und weiß, wie die deutschen Soldaten sich benehmen. Für Deutschlands Ehre müssen wir eintreten. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter (frj. Sp.):

Ich will nicht dem Beispiel des Abg. Wassermann folgen und hier eine Socialisieredebeate entfachen, vor allem will ich auf alles das nicht eingehen, was außerhalb dieses Hauses von socialdemokratischer Seite gesagt oder geschrieben worden ist. Ich stehe nicht allen Ausführungen des Abgeordneten Webel so ablehnend gegenüber wie der Abgeordnete Wassermann, aber ich will nicht unterlassen, gleich von vornherein zu erklären, daß meine Grundanschauung eine total andere ist. Nachdem der deutsche Gesandte in Peking ermordet war, mußte Deutschland zu einer militärischen Racheentschließung greifen. Die Anerkennung der Notwendigkeit dieser Racheentschließung schließt keine Anerkennung für alle Vorgänge in der Chinapolitik in sich, die vor und nach der Mobilmachung sich ereignet haben. Herr Wassermann hat durch die Vorgänge der letzten Zeit das letzte Flottengesetz für gerechtfertigt erklärt. Der Meinung bin ich nicht, denn es sind in China bloß flache Kanonenboote, keine Panzerkreuzer zur Verwendung gelangt. Was nun die Entsendung der Landmacht anlangt, so war ich von der Notwendigkeit, Ende August einen zweiten Nachschub vorzunehmen, nicht überzeugt. Damals war Peking schon entsetzt. Damals hatte es sich schon gezeigt, wie der Herr Kriegsminister gestern gesagt hatte, wie überlegen unsre geringen Streitkräfte den chinesischen Vögern sind. Auch alle andren Staaten hatten zu dieser Zeit ihre Kräfte schon abgeschlossen. Die zweite Sendung ist für mich nur erklärlich im Zusammenhang mit der Uebernahme des Oberbefehls durch den Grafen Walderee. Man wollte mit den neuen Truppen dem Oberbefehl ein Prestige geben. Die Uebernahme des Oberbefehls war meiner Ansicht nach ein schwerer politischer Fehler und nur durch Zufall sind wir bis jetzt vor Nachteilen befreit worden. Wir haben den deutschen Oberbefehl den andren Vögern aufgedrungen. (Sehr richtig! links.) Es ist nicht richtig, daß Ausland uns um die Uebernahme ersucht hat. Der Reichskanzler hat sich gestern auch sehr vorsichtig ausgedrückt, um nicht in Konflikt mit der amtlichen russischen Note zu kommen. Er sagt nur, Ausland hätte uns den Oberbefehl über-

tragen, er hat nicht gesagt, daß Russland und darum ersucht habe. (Weiterkeit.) Deutschland hat in China nicht so große Interessen, daß dieser Oberbefehl gerechtfertigt wäre. Herr Bismarck sagt zwar, der deutsche Handel folgt in seiner Bedeutung unmittelbar dem englischen, er hat aber vergessen, hinzuzusetzen, daß der englische Handel 6 mal so groß wie der deutsche ist.

Herr Bismarck hat schon auf den Auszug des Feldmarschalls Grafen Waldersee hingewiesen. Es bezieht sich wirklich eigentümlich, daß in den Telegrammen des Wolffschen Bureaus, das unter der Leitung des Auswärtigen Amtes steht, von einem Triumphzug die Rede war, von Ovationen, wie sie seit 1871 nicht dargeboten seien. Wie soll denn das erst werden, wenn der Feldmarschall wirklich mit Lorbeerzweigen heimkehrt! (Sehr richtig! links.) Ein gewisse bedeutende Dramatik, wie sie diese militärische Aktion zeigte, beherrscht aber die ganze Politik schon seit längerer Zeit, das Theatralische, Dekorative, die Pose herrscht vor. (Sehr richtig! links.) Früher war das anders. In Zeiten Volkes machte man selbst nach großen Taten nur ganz wenig Worte. (Sehr richtig! links.) Die Nachteile dieser dramatischen Inszenierung haben sich auch in der Haltung des Auslandes bemerkbar gemacht. Die britische Art, mit der Russland plötzlich das Gros seiner Truppen aus Peking zurückzog, ohne sich mit Deutschland zu verständigen, war eine Folge davon. Amerika und Japan sind diesem Beispiele gefolgt, so daß Waldersee nur Befehls-haber in partibus infidelium sein konnte. (Weiterkeit, sehr richtig! links.) Als Waldersee landete, war ja auch die militärische Aufgabe der Truppen größtenteils gelöst, es blieben nur noch die Treibjagden auf die Wägen übrig.

Der Herr Kriegsminister hat gestern sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Neben des Kaisers hier zur Disposition gestellt werden. Ich teile das Bedauern, aber ich bedaure zugleich die Ursachen, die diese Erscheinung hervorgerufen hat. (Lebhaftes Bravo! links.) Woher kommt es denn? Der gegenwärtige Monarch erläßt mehr, als es ein früherer gethan hat, öffentliche Kundgebungen programmatischer Art, Direktiven für die Verwaltung, Einleitungen zu Maßnahmen der Gesetzgebung. Er sucht durch diese Reden im Volke Stimmung zu machen für das, was er für richtig hält. Nun, wir sind die Volksvertretung, sollen wir dazu schweigen, Vogelstraußpolitik treiben, ihn als ob diese Reden nicht für und an das Volk gehalten sind? Sie gehen doch in die größte Öffentlichkeit, erscheinen in authentischer Form im Reichs-Anzeiger. Dazu kommt, daß in diesen Reden Angriffe enthalten sind auf einzelne Parteien, manchmal sogar auf die Mehrheit des Reichstags. Schon die Wahrnehmung berechtigter Interessen (Weiterkeit) zwingt uns, dazu nicht zu schweigen. (Sehr richtig! links.) Den Herrn Kriegsminister möchte ich bitten, wenn er diese Erscheinung für bedauerlich hält, für parlamentarisch bedenklich, in einer Richtung einzugreifen mit seinem weitreichenden Einfluß. (Große Weiterkeit) die geeignet ist, manches Bedenkliche zu beseitigen. Der Monarch müßte, bevor er solche Reden hält, sich über Inhalt und Form derselben mit den verantwortlichen Ministern verständigen. (Lebhaftes Bravo! links.) Der Monarch mag noch so arbeitskräftig sein, das öffentliche Leben ist heute so viel gestaltet, daß überhaupt kein Mensch es im ganzen übersehen kann. Unsere Zuständigkeit ist ja gegenüber der des Monarchen beschränkt, aber ich frage Sie, wer von uns ist im Stande, auch innerhalb unserer beschränkten Zuständigkeit alles zu übersehen, sich überall auf dem Laufenden zu halten und über alles ein Urteil abzugeben. (Bravo! links.) Heute ist es ganz unübersehbar, daß unberechtigte Vorwürfe erhoben werden. In Bezug auf die Hamburger Werftarbeiter ist ja gestern der Beweis geliefert worden, daß die Vorwürfe unberechtigt waren. Ich bin sehr gespannt, ob man es versuchen wird, diesen Beweis zu widerlegen. Wenn der Monarch sich vor solchen Reden mit den Ministern verständigen wollte, würden auch manche Versicherungen fortfallen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung zu verlegen. Ein Monarch, der stets in einem engen Kreise von Personen lebt, die nicht berufen sind, demgegenüber eine selbständige Meinung kund zu geben (Sehr gut! links), wird sehr leicht verführt, etwas für öffentliche Meinung zu halten, was das Gegenteil davon darstellt. (Sehr richtig! links.) Durch die Minister würde er bestimmt werden, solche Versicherungen, die vorher gegen den Monarchen angeführt werden, zu unterlassen. — Trotzdem aber heute die Minister von solchen Kundgebungen zum Teil vorher keine Kenntnis haben, bin ich doch der Meinung, daß sie dafür verantwortlich sind. Wenn sie die Verantwortung nicht übernehmen wollen, so müssen sie nach einer solchen Rede ihren Abschied nehmen. Gestern haben wir ja gesehen, daß der Herr Kriegsminister die Verantwortung für die sogenannte Hunnenrede übernahm — so schwer ihm diese Übernahme auch gefallen ist (Weiterkeit). Aber ich hätte wohl in Bremerhaven neben dem Grafen Waldersee stehen müssen, als das Wort von den Hunnen und Bardon nicht gegeben fiel, welche Miene, welche Gesichtsfarbe man an ihm wohl bemerkt hätte. (Große Weiterkeit.) Er wird wohl ganz deutlich gefühlt haben, daß er diese Rede nicht verantworten könne. Er hat sie daher zu verweihen versucht. Zuerst verweinte er den Abschied über die Hunnen der Öffentlichkeit vorzuenthalten, das war ihm nicht möglich, denn die Medicoire der Bremerhavener Blätter waren fixer wie er. (Weiterkeit.) Der erste Abschied mit den Worten: Bardon wird nicht gegeben, ist durch das Wolffsche Bureau alsbald verbreitet worden. Dann aber hat man erkannt, daß auch diese Worte nicht recht zu verantworten wären, und noch in der Nacht erschien eine zweite Ausgabe, in der man versuchte, auch den ersten Vorwurf: Bardon wird nicht gegeben, zu unterdrücken. (Hört, hört! links.) In eine solche schiefte Lage würden die Minister niemals kommen, wenn der Monarch sich vorher mit ihnen verständigte. (Sehr richtig! links.) — Es ist gestern schon darauf hingewiesen worden, daß der Feldzug der Mache mit den christlichen Anschauungen nicht übereinstimmt. Allerdings bin ich der Meinung, daß die Verletzung des religiösen Moments ein politischer Fehler war. Bei dem herrschenden religiösen Fanatismus auf jener Seite war diese Verletzung, daß es sich auch für uns um einen Religionskrieg handelte, nicht angebracht, den Wirren ein Ziel zu setzen. (Sehr richtig! links.)

Vom christlichen Standpunkt hätte man doch allen Anlaß, die Missionen zu fördern. Durch die Bestimmung von Kiautschou und die jetzigen Wirren sind aber die Missionen in einer Weise gestört worden, daß es Jahrzehnte dauern wird, bis alles wieder in alte Geleise kommen wird. (Sehr richtig! links.) Professor Harnack hat auf der Versammlung des Evangelischen Bundes eine These des Inhalts aufgestellt, daß alles, was an den Aberglauben erinnert, zu verdammen ist und daß das Eintreten der christlichen Großmächte für das Missionswesen keine Hilfe bedeute. (Sehr richtig! links.) Nach allem, was man bisher darüber gehört hat, sind die christlichen Christen die besten Brüder überall auch nicht. Bei den meisten sollen materielle Gesichtspunkte für die Kaufe maßgebend sein. Wenn aber der Staat die Missionen schätzt, dann muß er auch das Recht haben, ihrer Thätigkeit Grenzen zu ziehen, damit sie nicht provozieren.

Nun komme ich zur Beantwortung: Bardon wird nicht gegeben, brüchelt Euch so, daß kein Chinese in den nächsten 1000 Jahren es wagt, einen Deutschen auch nur scheinbar anzusehen. Soll man das wörtlich nehmen, so müßte eigentlich jeder Handel mit China aufhören, denn es ist nicht gut anzunehmen, daß jemand, den man so behandelt, zu einem Handelsgeschäft geneigt sein sollte. Ich richte deshalb die Frage an den Herrn Kriegsminister: Ist diese Behauptung des obersten Kriegsherrn als ein Oberbefehl an die Truppen anzufassen oder nicht. Die Frage ist gestern schon strittig aufgeworfen worden, aber vom Kriegsminister nicht beantwortet worden. Man würde derartigen Behauptungen zwar nicht solche Bedeutung beimessen, wenn man nicht fürchten müßte, daß sie schwerwiegende Folgen haben könnten. Der Kriegsminister wäre ja am besten in der Lage, die Annahme eines Befehls zu widerlegen, wenn er uns Gefangene

nachweisen könnte. Man hat aber jetzt noch nichts davon gehört, daß irgendwie größere Mengen von Gefangenen in Gewohsam gehalten seien; die Hunnenbriefe widersprechen dem auch, und sie finden sich nicht nur in sozialdemokratischen Blättern, sondern auch in nationalliberalen und konservativ-antimilitarischen. Die Uebereinstimmung in den Briefen läßt uns an die Wahrheit der Gerüchten glauben. Der Herr Kriegsminister spricht von Renommistereien, die auch in anderen Kriegen vorgekommen seien, aber bei den früheren Kriegen ist es nicht vorgekommen, daß der oberste Kriegsherr gefogt hat: Bardon wird nicht gegeben. (Sehr richtig! links.) Das ist der Unterschied. Ohne Exzesse mag es im Kriege nicht abgehen, darum handelt es sich aber gar nicht, es handelt sich um die Befehle der höheren Offiziere. (Sehr richtig! links.) Es ist nicht der müde gloriosus, der aus den Briefen spricht, im Gegenteil, die Leute prahlen nicht, sondern es spricht Elend und Mitleid aus ihren Erzählungen und sie wünschen, daß je eher je lieber das Schlachten ein Ende habe. (Sehr richtig! links.) Es handelt sich für mich um die Frage: Sind die gemeldeten Massengefaltungen eine Folge der Parole: Bardon wird nicht gegeben oder nicht? (Sehr gut! links.) Nun hat der Herr Kriegsminister der Bremerhavener Kaiserrede einen sehr historisch Hintergrund gegeben (Weiterkeit), der aber alle erhobenen Vorwürfe erst recht bestätigt. Er spricht von einer Vergeltung in der Weltgeschichte! Die Mongolen haben vor 1 1/2 tausend Jahren bei uns gehaust. Jetzt kommen wir und hausen ebenso in Ostasien. (Große Weiterkeit.) Soll nach dem Beispiel Attilas etwa jetzt Graf Waldersee die neue Gottesgeißel heißen? (Stürmische Weiterkeit.) Was soll aus der Welt werden, wenn man alles Unrecht, das während der letzten 1 1/2 Tausend Jahre geschehen ist, rächen will? Die Welt würde von Märdern erfüllt sein und von Kultur, die wir doch um ihrer selbst willen schätzen, könnte nicht mehr gesprochen werden. Wenn einem hohen gebildeten Offizier eine solche Eingeleitung passiert, dann kann ich nur daraus schließen, wie schwer es ist, die Verantwortung für jene Bremerhavener Rede zu übernehmen. (Stürmischer Beifall.) Es ist schon darauf hingewiesen, daß durch solche Rohheit die Märdernacht leiden könnte. Ich würde eine Demoralisation der Truppen umso mehr bedauern, als ich vollkommen die Anerkennung für die Tapferkeit der Truppen, der Seefoldaten und der Landfoldaten teile, die sie vor Taku und vor Tientsin bewiesen haben. Der Staatssekretär Graf Bülow — der Reichskanzler — entschuldigen Sie — es ist noch die Macht der Gewohnheit (Große Weiterkeit) — war schlicht bemittelt, möglichst viel Wasser in den Wein der Kaiserreden zu gießen. Er sagt, die Massengefaltungen widersprechen den zivilisatorischen Anschauungen, sie widersprechen aber leider nicht dem Worte: Bardon wird nicht gegeben. Als Vorbedingung für das Eintreten in den diplomatischen Verkehr mit China war bezwungen worden die Anklieferung der Hauptanführer der jetzigen Wirren, deren Verhaftung dann unverschieblich übernommen werden sollte. Dann ist man aber trotz dieser Ankündigung mit China in diplomatischen Verkehr eingetreten und zwar in besonders feierlicher Weise. Es ist dem Kaiser von China zugesichert worden, wenn er nach Peking zurückkehre, solle er mit allen gebührenden Ehren behandelt werden. Glücklicherweise ist es ja unserm Kaiser erspart worden, das Gewehr vor demselben Kaiser präsentieren zu lassen, dessen Soldaten er keinen Bardon geben wollte. (Weiterkeit.) Ich bedauere, wenn die Regierung mildere Saiten anzieht, denn ich wünsche vor allem nicht, daß sie etwas aufrecht erhält, worin sie nicht von den anderen Mächten unterwirft wird. Unsere Aufgabe kann es nur sein, in Reich und Glied mit den anderen Mächten zu wirken. Dann sollte man aber doch nicht vorher ein Programm veröffentlichen, das man nachher nicht aufrecht erhalten kann. Der Herr Reichskanzler hat gestern gemeint, er könne die Mitteilungen ergänzen, die in den Zeitungen über das Bestehen der diplomatischen Verhandlungen gemacht seien. Ich habe davon aber nichts wahrgenommen, es sei denn, daß Änderungen mit den Handelsverträgen vorgenommen werden sollten. Leider ist nicht gelang, in welcher Richtung sich diese Änderungen bewegen sollen. Was die Ziele der Verhandlungen anlangt, so bin ich der Meinung, daß das am leichtesten zu erreichen ist, was die Mächte selbst in der Hand haben. Ich sage das mit Beziehung auf das Verbot der Waffeneinfuhr in China oder was das heißt, das Verbot der Waffeneinfuhr nach China. Es gab eine Zeit, wo das Stichwort ausgegeben wurde: Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter. Statt dessen haben sich die Völker Europas vereinigt, um der gelben Rasse ihre besten Waffen zu geben, sie mit Instrumenten zu versehen, damit sie sich recht gut gegen die Europäer wehren könnten. Und allen voraus Deutschland. Die Forts von Taku haben so kräftigen Widerstand nur leisten können, weil sie nach den Vorschlägen deutscher Offiziere eingerichtet waren, ausgerüstet mit den besten Schnellladegeschützen aus den Kruppischen Werksstätten. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn der Kapitän der „Iris“ von der Schilderung der Angriffe auf die Forts nach Hause schreibt: Welcher Hohn, alle Geschosse kommen aus der Heimat, es sind alles Geschosse aus modernen Schnellladegeschützen von Krupp. (Hört, hört! links.)

Es ist wiederholt von dem Uebereinkommen mit England gesprochen worden. Ich weiß eigentlich gar nicht, warum es getroffen ist. Es enthält nur das, von dem man annehmen sollte, daß schon alle Mächte darin übereinstimmen. Meines Erachtens war es der erste Fehler, dessen Begehung ich niemals begriffen habe, daß man sich mit Russland, Frankreich, England verband, um den Japanern in den Arm zu fallen. Wir hatten gar kein Interesse daran, uns einzumischen, wenn die gelbe Rasse sich bekriegt; es müßte uns durchaus fern liegen, den Japanern in den Arm zu fallen, die man mit Recht als die Preußen in Ostasien bezeichnet. Wir haben ein viel größeres Interesse an den Japanern als an den Chinesen. Jeder Japaner lauft uns für eine Mark ab, jeder Chinese nur für zehn Pfennige. Sollen wir den englischen Interessen Vorspanndienste leisten? Die sind doch viel weitergehend. Wir haben die Aufgabe, neutral zu bleiben. England will die offene Thür, Russland nicht. Im Uebereinkommen ist zwar eine Verwahrung gegen neue Landwerbungen enthalten. Es wird aber hinzugefügt, wenn ein Staat die Pflicht der Enthaltung nicht löst, dann seien die vertraglich verbundenen beiden Staaten auch von ihr entbunden. Ich meine, der Pflanz an der Sonne ist sehr gering, wir sollten keine Reigung verspüren, daß unsere Interessenphäre sich noch erweitere. Bismarck hat in seiner Rede darauf hingewiesen, daß ich die Erwerbung von Kiautschou anfängiger dervorteil hätte, als die Erwerbung unserer anderen Kolonien. Die Thatsache ist richtig. Ich bekenne aber offen, nach den Erfahrungen, die nun vorliegen, beurteile ich jetzt diese Erwerbung viel weniger günstig, als früher. Graf Bülow hat behauptet, von deutschfeindlicher Seite sei die Verletzung von Kiautschou in Zusammenhang mit dem Ausbruch der jetzigen Wirren gebracht worden. Thatsächlich aber hat der Bischof Anzer schon zu Anfang dieses Jahres, bevor noch die Wirren entstanden sind, in einem in der „Königlichen Volkzeitung“ veröffentlichten Jahresbriefe gesagt, daß die planmäßige Verfolgung der Missionen erst seit der Besetzung von Kiautschou eingetreten sei, die dem chinesischen Nationalstolz eine tief schmerzliche Wunde beibrachte. Er hat die jetzige Entwicklung vorausgesagt; genau daselbe hat auch ein evangelischer Geistlicher auf einer Kreisynode vorausgesagt. Die Erwerbung von Kiautschou löst mehr, als der deutsche Handel an der Einfuhr nach China verdient. Dazu kommen die 162 Millionen, die die Expedition nach China bis jetzt kostet. Nun wird zwar von einer Entschädigung geredet, die China zahlen soll. Die Vorhaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Aufgebracht kann die Entschädigung nur durch Entschädigung der chinesischen Einfuhrzölle werden, und darunter leidet wieder der Handel. In diesen 162 Millionen kommen noch die Kosten für den Rücktransport mit 80 Millionen. Ich habe

nicht begriffen, weshalb nicht die Kriegsschiffe, die ganz liber-sächlich da sind, zum Transport verwendet wurden. Bis zum 1. April des nächsten Jahres müssen 203 Millionen Anleihe für die Expedition nach China aufgenommen werden. Hierzu kommen 97 Millionen Anleihe, die der Etat für 1901 erfordert. Das macht 300 Millionen. Wenn man das, was China noch kosten wird, auf etwa 140 Millionen schätzt, dann haben wir die halbe Milliarde neuer Reichsschuld voll. (Hört, hört! links.) Ich will hier nicht näher auf diese Frage eingehen. Bei der Etat-Beratung werden wir fragen, ob es richtig ist, diesen Bedarf durch Anleihe zu decken, oder ob es sich nicht empfiehlt, die Einzelstaaten angeht die großen Ueberschüsse, die manche haben, hierbei heranzuziehen.

Nach der staatsrechtlichen Seite liegt ein flagranter Ver-fassungsbruch vor. (Sehr richtig! links.) Lieber meinte: Und das biete man diesem Reichstag, der die Heeresvermehrung und das Flottengesetz bewilligt hat. Ich bin der Ansicht, daß gerade dieser Bewilligungsbefehl die Schuld an der jetzigen Verhandlung des Reichstags trägt. (Lebhaftes: Sehr richtig! links.) Die Regierung hat es nicht notwendig, auf die gute Stimmung des Reichstags Bedacht zu nehmen. Sein Geldbewilligungsrecht hat er selber ein-geschränkt. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, daß die Regierung weniger Rücksicht auf ihn nimmt. Ich glaube, daß jetzt in weiten Kreisen das Verständnis dafür aufgekoren ist, weshalb wir so nahe gegen jede Einschränkung des Geldbewilligungsrechts gekämpft haben. (Sehr richtig! links.) Das Geldbewilligungsrecht ist der Angelpunkt des Konstitutionalismus. Alles ist vergeblich, wenn es beschränkt wird.

Nach möchte ich mich dagegen verwahren, daß der gute alte Hohenzollern in dieser Weise verantwortlich gemacht wird für die Nichterfüllung des Reichstags. (Große alleseitige Weiterkeit.) Formell mag es ja richtig sein, nirgends aber ist der Einfluß des Reichstags weniger entscheidend gewesen, als hierbei. Er darf nicht als Sündenbock in die Wüste geschickt werden. (Weiterkeit.) Herr Lieber hat die Mitterlichkeit Bülows gelobt, aber der Herr Graf von Bülow war im Sommer der eigentlich lebende Staatsmann gerade in dieser Frage. (Sehr richtig! links.) Dem Grafen Bülow ausdrücklich erklärt hätte: Meine unwürdige Politik wird geschädigt, wenn der Reichstag nicht einberufen wird, dann hätte der gute alte Hohenzollern seinen Augenblick gefaßt, den Reichstag einzuberufen. (Große Weiterkeit.) Er hat es aber an der nötigen Energie fehlen lassen. Nun sagen die einen, nicht Hohenzollern, sondern Graf Bülow trage die Schuld, andre wieder meinen, Herr Tirpitz hätte gewollt, aber Herr von Bülow nicht. Meine Herren, ich glaube, Sie sind allzumal Sündenböcker (lang anhaltende Weiterkeit). Graf von Bülow ist doch für die Thronrede verantwortlich. Man sucht dort nach Gründen für die Nicht-Einberufung des Reichstags und findet nur solche, die Herr Lieber mit Recht scheinbar genannt hat. Gewiß, ohne Bülows müßten militärische Maßnahmen getroffen werden. Man kann auch darüber streiten, ob der Reichstag schon Anfang Juli einberufen werden mußte. In der zweiten Hälfte des Juli aber, als Graf v. Bülow in seiner Cirkularnote an die einzelnen Regierungen ein vollständiges Programm entwickelte, da war die Einberufung des Reichstags geboten. Das Programm dieser Cirkularnote reichte vollkommen zur Erörterung aus. Sicherlich hätte der Reichstag die erste Truppenbewegung ohne weiteres bewilligt. Fraglich ist nur, ob Ende August der zweite Nachschub so ohne weiteres genehmigt worden wäre.

Von allen Seiten wird verurteilt, wie man jetzt die Verant-wortung hinter den Kalkulator versteckt. Man hat jedenfalls bei der Chinaexpedition Engagements für die Zukunft geschlossen, die auf Jahre hinausreichen. Es sind z. B. Entschädigungen für die Hinter-bliebene, höherer Sold für die Mannschaften des China-corps ver-sprochen worden. Für alle diese Fragen hat man Befehle. Diese Befehle haben nicht ausgeführt. Auf dem Verordnungswege hat man weitere Verfügungen getroffen. Das mag materiell richtig sein, aber zu allem-dem war die Zustimmung des Reichstags erforderlich. Daß man darüber kein Wort verliert und auch in dem vorliegenden Befehl-entwurf keine Verfert, beweist mir, wie kavalierrühmlich man bis zu diesem Augenblick die ganze Sache behandelt hat. (Lebhaftes Beifall.) Wir haben eine besondere Truppenformation in China. Denkt man im Ernst an die Bildung einer kolonialen Armee? (Abg. Webel: Rathslos!) Aber die jetzigen Erfahrungen beweisen ja gerade ihre Ueberflüssigkeit. Ich erkenne gern an, daß das Kriegsministerium seine Aufgabe glänzend gelöst hat. Wenn die Möglichkeit besteht, solche Truppenmassen für einen Ausnahmefall, der vielleicht in 100 Jahren nicht wieder vorkommt, (Oh! bei den Socialdemokraten) zusammenzubringen, wes-halb ist denn eine kolonialarmee erforderlich. Man ist so weit gegangen, neue Stellen dauernd zu schaffen. Die Vermehrung des Offizier- und Beamtencorps hat über die China-Expedition hinaus dauernd statt-gefunden. Was nun die Judenmilitärsfrage anlangt, so ist sie gewiß von moralischer Bedeutung. Aber wenn sie nicht erörtert wird, ist es auch noch so. Viel wichtiger, als die Sühne für die Vergangenheit scheint mir die Vorbereitung für die Zukunft zu sein. (Sehr richtig! links.) Den Dramen müssen wir doch wenigstens zusehen, in den das Kind hineingefallen ist. Besonders vertrauenswürdig war übrigens die Er-läuterung des Reichskanzlers nicht. Er sprach nur von Judenmilitärsnachschub, wenn möglich, wenn möglich. Damit ist nicht viel zu machen. Juden sind der Reichskanzler und die Minister wie die Blumen auf dem Felde: Wenn der Wind darüber weht, sind sie dahin. Wir können also nicht auf die Personen, sondern nur auf die Institutionen bauen. Wir müssen eine konstitutionelle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers fordern und die besteht darin, daß der Monarch sich nicht über den Kopf des Reichskanzlers hinweg mit den einzelnen Ressorts befleißigt. Wie oft aber haben wir es beim Fürsten Hohenzollern erlebt, daß er von dem Ressortchef vor die vollendete Thatsache gestellt wurde. Die Stellung des letzten Reichskanzlers kam mir immer vor wie die eines verantwortlichen Redakteurs, der den Inhalt der Zeitung erst kennen lernt, wenn er ihn gedruckt sieht. (Weiterkeit und sehr richtig.) Auch der Schatzsekretär führt im Deutschen Reich ein geradezu schattenhaftes Dasein. (Weiterkeit.) Man braucht gar nicht zu wünschen, daher ein deutscher Miquel wird. Der Reichs-kanzler wird ja noch manche Wähe haben, als formeller Minister-präsident, mit dem thätigsten Ministerpräsidenten auszukommen. Man sagt, der Bundesrat bilde ein Gegengewicht! Ich nein, der Bundesrat hat so wenig zu sagen, daß seine Bedeutung kaum weiter herabgedrückt werden kann. Auch er wird meist vor die vollendeten Thatsachen gestellt, das mindeste ist, daß man dem Reichstage ein Klagerrecht vor dem obersten Gericht gegen die Minister, gegen den Reichskanzler ein-räumt. Bei der Schuldenverwaltung hat man seit 1867 ein wirk-liches Verantwortlichkeitsgesetz, Klagerrecht auf Schadensersatz. An erster Stelle steht auf all diesen Befehlen der Name des Herrn v. Miquel. Er muß also damit einverstanden sein, und ich kann doch nicht annehmen, daß er diese Verantwortlichkeits-gewähr zu seinen Jugendjahren rechnet. Er war damals schon 40 Jahre alt, hatte also das Schwabenerlied über-liefert. — Das Wort „Weltpolitik“ häuft sich jetzt in den Reden aus hohem Munde, und bei der letzten Er-öffnung des Reichstags in voriger Woche hat der Hof-prediger von einer neuen Weltperiode und Welt-eroberung gesprochen. Wenn ein Hofprediger so etwas sagt, so weiß er, daß er damit Stimmung und Gefühl, die oben gebetet werden, entspricht. Der kaiserliche Aus-spruch, daß jenseits des Ozeans keine Entscheidung mehr getroffen werden dürfe, ohne daß Deutschland dabei sei, hat doch einen Inhalt. Die Lehren der deutschen Geschichte, sagt man, werden uns von solchen Eroberungsgehrlichkeiten fern halten. Warum bloß die Lehren der deutschen Geschichte, nicht auch die der römischen? Bis dahin scheint man noch nicht ge-kommen zu sein; trotzdem ist doch auf das römische Reich die Ge-legenheit der Saalburg-Festerverschiebung worden. Die Saalburg war für diese Reden nicht der richtige Ort, sie steht auf einem Grenzwall der gegen feindliche Ueberflutungen ausgerichtet ist.

Als die Römer die Grenzwälle überschritten, brach das römische Reich ein und zerfiel. Frankreich hat mit seiner Weltpolitik die schlimmsten Erfahrungen gemacht; es hat trotz aller Geldaufwendungen nicht viel länger Bewegung begriffen. Es unterliegt auch gar keinem Zweifel, daß daran zum großen Teil der Handelskrieg und die chinesischen Wären die Schuld tragen. Darum sage ich: Die Zukunft Deutschlands liegt wahrhaftig nicht auf dem Wasser, sondern im Land und im Land selbst sind so schwierige Probleme zu lösen und so viel wichtige Dinge zu betreiben, daß dagegen alle überseeischen Probleme in Ostasien gar nicht in Betracht kommen können. (Lebhafter Beifall links.)

#### Reichszentraler Graf Sillow:

Ich muß mit einigen Worten auf die Äußerungen des Herrn Richter eingehen. Er hat meine Erklärung über die Indemnität als nicht besonders vertrauenswürdig bezeichnet. Ich glaube, die Wahrheit des Hauses wird sich über die bona fides meiner Erklärung nicht im Zweifel befinden. Was die Nichterbenbung des Reichstags im vergangenen Sommer angeht, so ist die einzig verantwortliche Persönlichkeit der Reichszentraler, und diese Persönlichkeit, die jetzt meine Wenigkeit ist, war damals fast Hohenlohe. Ich glaube, daß ihn zur Nichterbenbung des Reichstags zunächst die Erwägung veranlaßt hat, daß die Zusammenberufung zur Voraussetzung gehabt hätte die Vorlage eines Ergänzungsetzes an Bundesrat und Reichstag, und daß sich diesem dem damaligen Herrn Reichszentraler damals die Voransetzungen noch nicht gegeben. Dazu kam, daß der damalige Herr Reichszentraler aus der Haltung eines Teils der Presse glaubte schließen zu können, daß die Einberufung nicht den Wünschen aller Parteien entspräche (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß namentlich ein Blatt in dieser Beziehung den Fürsten Hohenlohe impressioniert hat, nicht nur weil es ein überaus geschickt redigiertes Blatt ist (Große Heiterkeit), sondern auch weil ihm Beziehungen nachgefragt werden zu einem sehr hervorragenden Parlamentarier, dessen Verehrbarkeit wir schon beobachtet haben. (Erneute Heiterkeit.) Ich spreche natürlich von der „Freisinnigen Zeitung“. (Zuruf des Abg. Richter: Dahn!) Sie brachte am 4. Juli, d. h. gerade in dem psychologischen Moment, wo es sich handelte um Einberufung oder Nicht-Einberufung des Reichstags, den nachstehenden Artikel. — Der Reichszentraler verliest unter fortgesetzter Heiterkeit der Reden den Artikel, in dem ausgeführt wird, daß die Frage der Einberufung sich erst entscheiden lasse, wenn ein klarer Notbestand der in Betracht kommenden Verhältnisse vorliege. „Der Reichstag, einmal einberufen, kann nicht wochenlang unthätig sein.“ ... Gegenwärtig vermögen auch in anderen Parlamenten die Minister die an sie gerichteten Fragen nur damit zu beantworten, daß sie keine Kenntnis hätten von den tatsächlichen Verhältnissen.“ ... Ich gebe zu, meine Herren, daß dieser Artikel bis zu einem gewissen Grade auf Setzen gestellt ist, das pflegt aber bei offiziellen Auslassungen häufig der Fall zu sein. (Stürmische Heiterkeit.) Sicher ist doch, daß derjenige, der diesen Artikel verfaßt respektive inspiriert hat, jedenfalls optima fide in diesem Augenblick die Einberufung nicht für geeignet hielt. Ich gehörte allerdings damals zu denjenigen, die meinten, erste und gewichtige Gründe sprächen für die Einberufung. Aber als ich diesen Artikel las, da sagte ich mir, gegen den Abg. Richter kann ich nicht aufkommen. (Stürmische Heiterkeit.) Jedenfalls kam ich zu erklären, daß wenn sich wieder ein ähnlicher Fall ereignen sollte, was hoffentlich nicht in absehbarer Zeit geschieht, und wenn ich dann noch auf dieser Stelle sehe, was ich auch nicht weiß (Heiterkeit), dann werden Sie einberufen werden, darauf können Sie sich verlassen. (Heiterkeit.) Herr Richter hat nun gemeint, die Zurückberufung der russischen Truppen wäre zurückzuführen auf eine Verstimmung gegen uns. Dies anzunehmen heißt doch die Sachlichkeit und Ruhe unterschätzen, mit der die russische Politik geleitet wird, die sich ebenso wenig von Stimmungen leiten läßt, wie die unsre. (Na, na! links.) Für die deutsche Politik kann ich das garantieren, aber ich möchte es auch für die russische. Am allerwenigsten richtet sich dieser Rückzug gegen das Oberkommando, denn ich habe gestern betont, daß dies in erster Linie vom russischen Kaiser in unsere Hände gelegt ist. Wir haben dem russischen Vorschlag nicht zugestimmt, weil wir nicht glaubten, daß er beitragen würde zu einer raschen Pacificierung Chinas, aber wir haben nicht verkannt, daß er bona fide gemacht war. Die Diskussion darüber ist zwischen uns und Petersburg in der verbindlichsten Form geführt worden. Was die Entziehung des deutschen Oberkommandos betrifft, so haben wir unseren Oberbefehlshaber andern nicht angedrängt. Die Idee eines deutschen Oberbefehls beruhte auf einer von außen her auf amtlichem Wege an uns gelangten Anregung. Mehr kann ich nicht sagen. (Halt links.) Es giebt Fälle, wo mir das Staatsinteresse ein Schloß vor den Mund legt und mir noch höher steht, als mein lebhafter Wunsch, im übrigen auf alle Fragen des Abgeordneten Richter zu antworten. (Große Heiterkeit.) Herr Richter hat dann weiter die Angriffe des Herrn Bebel gegen die Missionare aufgenommen. Herr Bebel hat gestern speziell den katholischen Missionaren bis zu einem gewissen Grade die Schuld an den Wären zugeschrieben. Diese Behauptung wird durch die mir zugegangenen Nachrichten nicht bestätigt. Wir betrachten den Schutz der katholischen Missionare auch in China als eine Ehrenpflicht, der wir uns nicht entziehen werden. (Bravo! im Centrum.) — Herr Richter ist auch ins Gericht gegangen mit den Circularnoten, die ich im September lanciert habe. Bei diesen Noten kam es mir weniger auf die Form wie auf die Sache an, d. h. auf die Formulierung eines Vorschlags in betreff der Erleichterung und Befreiung derjenigen, die an den grenzüberschreitenden in China schuld hatten. Dieser Zweck ist erreicht worden.

Herr Richter hat weiter gesagt, daß Kiautschou nicht die Erwartungen realisiert hätte, die er selbst an diese Erwerbung geknüpft hätte. Doch erinnere ich mich, daß, als die Engländer Hand auf Hongkong legten, das englische Ministerium auf das heftigste angegriffen wurde von der englischen Opposition. Man warf ihm vor, Hongkong wäre ein elendes Fiebernest, ein nackter Felsen usw. Heute bezeichnet Hongkong einen jährlichen Schiffsverkehr von 10—12 Millionen Tonnengehalt. (Hört, hört! rechts.) Eine Kolonie kann natürlich nicht aufstehen wie eine Blume in der Nacht! Ich bin aber überzeugt, die große Bedeutung von Kiautschou für Schifffahrt, Handel und Industrie wird sich mehr und mehr herausstellen. Einen breiten Raum in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter hat eingenommen seine Kritik der Reden S. M. des Kaisers. Er hat zunächst die Frage aufgeworfen von der Verantwortlichkeit hinsichtlich dieser Reden. Der Artikel 17 der Verfassung, glaube ich, ist es, der bestimmt, daß der Reichszentraler die Verantwortung trägt für Anordnungen und Verfügungen S. M. des Kaisers. Herr Richter wird aber nicht behaupten wollen, daß Reden S. M. Majestät unter eine dieser beiden Kategorien fallen. Ich möchte aber nicht einen Augenblick zögern, hier zu erklären, daß ich die volle moralische Verantwortung übernehme für Reden S. M. Majestät des Kaisers, welche von der Mehrheit der Nation nicht mißverstanden werden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren! Ich habe gestern dem Herrn Abgeordneten Bebel mit der größten Aufmerksamkeit zugehört, ich habe ihn nicht unterbrochen, nicht einmal durch einen Heiterkeits-Ausbruch, ich wäre sehr dankbar, wenn man auch nicht ausreden ließe.

Die Rede des Kaisers wurde gehalten in einem Augenblick, wo allgemein angenommen wurde, daß alle in Peking eingeschlossenen Europäer eines martirischen Todes gestorben wären. Es ist in voller Ordnung, daß der Kaiser in diesem Augenblick als Soldat sprach und nicht als Diplomat. Daß die Diplomatie dabei nicht zu kurz kommt, dafür lassen Sie mich sorgen. (Heiterkeit links.) Die Hauptsache war, daß unsere Soldaten wußten, gegen wen sie geschickt wurden und ich muß sagen, mir ist der kleine Finger eines pommerischen Musketiers lieber als das ganze Nord-

gefindel der Voger. — In der Rede im Marinestrasse in Wilhelmshafen hat der Kaiser die Ziele unserer Politik gekennzeichnet. Wenn gesagt worden ist, daß wir uns in Zukunft in wichtigen Fragen nicht bestimme lassen werden, so involviert das nicht die Tendenz, daß wir uns in Fragen einmischen wollen, die uns nichts angehen. Aber das Recht ebenbürtig andern Nationen mitzusprechen, werden wir uns nicht rauben lassen. (Bravo! rechts.) Wir stehen doch in China nicht allein, andre Mächte sind zum Teil stärker engagiert als wir und ich sehe nicht ein, warum wir nicht übernehmen können, sollen und müssen, was andre Mächte auf ihre Ehre genommen haben. Es gab eine Zeit, wo man Deutschland das Recht der Einigung bestritt, wir sind aber trotzdem einig geworden, wir sind eine Großmacht geworden und wollen es mit Gottes Hilfe bleiben. (Bravo! rechts.) Ich bin überzeugt, daß sich die Nation das Recht auf eine verständige und besonnene Weltpolitik weder andern noch verlärgen lassen wird. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

#### Abg. v. Kardorff (Rp.):

Das Verhalten der offiziellen Presse bei der Nichterbenbung des Reichstags war außerordentlich ungeschickt. Die Verantwortung für die Nichterbenbung trägt ausschließlich der Reichszentraler. Es ist falsch, wenn die Offiziösen weiter behaupten, die Nichterbenbung des Reichstags sei im Einverständnis mit hervorragenden Parteiführern erfolgt. Ich stelle fest, daß nicht ein Mitglied der Konservativen, meiner, der Nationalliberalen Partei oder des Centrums von irgend einer Seite wegen der Einberufung gefragt worden ist. Solche Forderungen sollten die Offiziösen doch lassen. Es ist weiter von den Offiziösen behauptet worden, der Reichstag sei nicht einberufen worden, weil seine Debatte die Verhandlungen mit auswärtigen Mächten hätten stören können. Die absolute Monarchie mag ja eine viel bequemere Einrichtung sein als der Reichstag. In der Theorie kann man ja auch streiten, ob eine absolute Monarchie unter einem absoluten Monarchen, der den kategorischen Imperativ der Pflicht befolgt und sich als erster Diener des Staats fühlt, nicht ihre Vorzüge vor dem parlamentarischen System hat. Wir haben aber ein parlamentarisches Regime wie ganz West-Europa, und so lange wir es verfassungsmäßig haben, muß daran festgehalten werden. Ich kann auch gar nicht begreifen, warum dieser Reichstag, der mit Zweidrittel-Mehrheit die Flotte bewilligt und die nationale und patriotische Pflicht der Regierung jederzeit unterstützt hat, nicht einberufen worden ist. Vielleicht liegen die Dinge so, daß dem Herrn Reichszentraler Hohenlohe, der durch die Maßregelung der Analogenen Beamten und durch die Bedrohung der Abgeordneten bewiesen hat, daß ihm die Verfassung Preußens nicht mehr ganz gegenwärtig war, auch die Reichsverfassung nicht mehr gegenwärtig gewesen ist. (Heiterkeit), und daß er die große Verantwortlichkeit nicht ganz begriff, die auf ihm lastete. Solche Verhandlungen, wie die gegenwärtigen im Reichstage, haben großen Wert für die Politik der Regierung dem Ausland gegenüber. Nun zu Herrn Bebel. Er hat von den Hummerbrieffen gesprochen. Ich habe auch einige Erfahrungen aus dem Soldatenleben. 1870 erhielt ich eine Reihe Soldatenbriefe. Ich gewann den Eindruck, daß die Phantasie der Briefsteller außerordentlich erregt sei. Die Leute behaupteten, bei Aktionen zugegen gewesen zu sein, bei denen Tausende gefallen sind, und nachher waren nur ein oder zwei verwundet. Die Soldaten haben eben das Bedürfnis, ihren Angehörigen ihre Strapazen und Mühseligkeiten in glänzenden Farben zu schildern; unbedingt verlassen darf man sich auf diese Berichte nicht. Auch 1870 sind Wehrlose niedergeschossen worden bei unsren Kämpfen mit den Franzosen. Ich wundere mich, daß Herr Bebel so feinsinnig ist. Er findet doch nichts dabei, wenn die Arbeitswilligen bei Streiks gemißhandelt werden. Den Soldaten und Offizieren sind solche Anträge sehr unangenehm, aber sie müssen erfüllt werden, und Herr Bebel erinnert sich doch noch der Pariser Kommune, da waren seine Parteigenossen nicht zartfellig. Leute, von denen man vermutete, daß sie im Dienste der Versailler Regierung ständen, wurden einfach an die Wand gestellt und niedergeschossen. — Herr Bebel hat die Vogerbewegung mit den Freiheitstagen verglichen. Wann ist denn je in den Freiheitstagen vorgekommen, daß Gesandte ermordet und die Parole ausgegeben wurde, alle Fremden zu töten? Die Voger entsprechen den Hindus in Indien, mit denen die Engländer auch nur durch diplomatische Mittel fertig geworden sind. Herr Bebel hat Herrn v. Ketteler angegriffen, der einen Selbstmord gestiftet ist. Ich überlasse das seinem Gefühl. Herr v. Ketteler hat in prophetischer Weise seine Pflicht erfüllt.

Nun zu der Missionsfrage! Keuchere Mission zu treiben ist ein Lebensbedürfnis für jede Kirche; sie erfüllt damit ein Gebot des göttlichen Reiches. Eine Kirche, die keine Propaganda treibt, verdorrt in sich. Das ist bei der griechischen Kirche wohl der Fall. Evangelische Missionen haben stets das Bestreben, sich nicht in Politik zu mischen. Wenn man sagt, die Mission werde sich nur an schlechte Elemente — nun, unter Herr und Heiland hat sich auch an die Pöbeler und Sünder gewandt. In China ist die Kindesausföhrung üblich. Die Missionare sammeln die unglücklichen Kinder, bringen sie in Waisenhäuser und erziehen sie zu Christen; schon das allein zeigt ihre Notwendigkeit. Bebel hat die beachtenswerte Äußerung gethan, er empfinde große Hochachtung vor dem Neuen Testament und befolge seine Vorschriften. Die andern aber müßten danach eigentlich alle in der Hölle braten. Wenn er sich auf diesen pharisäischen Standpunkt stellt, dann hat er den Geist des Evangeliums nicht begriffen und ich wünschte, daß er in der Verkürzung des Neuen Testaments fleißig fortfähre. Bebel hat gemeint, China gehöre den Chinesen, aber die Welt ist doch nicht bestimmten Nationen eingeteilt. Es ist die Bestimmung des Menschengeschlechts, sich die ewigen Naturkräfte der Welt nutzbar zu machen. In China ist Eisen und Kohle vorhanden, die Chinesen denken sie nicht aus, weil sie die Erdgesetze nicht entdecken wollen. Die Weltgeschichte zeigt, daß stärkere Kräfte und jüngere Nationen kommen, um die Naturkräfte zu exploitieren. In China haben wir ja auch den Chinesen gar nichts fortgenommen, sondern gepachtet. (Heiterkeit.) Bebel hat jeden positiven Vorschlag unterlassen, was nun eigentlich werden soll und wie er sich die Gestaltung der Beziehungen der europäischen Mächte mit China denkt.

Im Gegensatz zu Richter halte ich die Uebernahme des Oberbefehls durch Deutschland für durchaus richtig. Das deutsche Kontingent müßte in achtunggebietender Stärke hingeschickt werden. Die Befehdung unserer Kriegsmarine erster Klasse ist doch wahrscheinlich aus politischen Erwägungen notwendig geworden, um andern Mächten unsere Macht zu zeigen. Unser militärischer Apparat hat vorzüglich funktioniert. In dem Talent und der Energie unseres neuen Reichszentralers habe ich volles Vertrauen. Er wird die Unterstützung der nationalgesinnten Parteien finden, wenn er auf der Bahn bleibt, die er jetzt betreten hat. Ich lege im Gegensatz zu Herrn v. Ledebour hohen Wert auf den Ausdruck Indemnität. Aber an ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz ist vorläufig nicht zu denken. (Beifall rechts.)

#### Abg. Richter (freis. Vg.):

Wir freuen uns darüber, daß die Regierung eingesehen hat, daß sie Indemnität nötig hat. Aber der Herr Abg. Kardorff geht zu weit, wenn er den alten Fürsten Hohenlohe verantwortlich für die Nichterbenbung des Reichstags machen will. Ich habe schon früher den Standpunkt vertreten, daß die Regierung in derartigen Fällen, wie in dem heutigen, Indemnität nachsuchen muß. In früheren Fällen war immer die Rechte dagegen, heute ist der ganze Reichstag in diesem Verlangen einig. Die Regierung hätte im Sommer einberufen müssen. Es ist doch lächerlich zu sagen, daß sich die Regierung vor ein paar sozialdemokratischen Reden gefürchtet hat, wie das offiziös gelassen ist. Dem Ansehen der offiziellen Presse sollte der neue Reichszentraler steuern, das wäre eine Wohlthat für den Staat. Er sollte auch dafür sorgen, daß einheitliche und korrekte Berichte über kaiserliche Reden in den Blättern erscheinen. Jeden Patriotismus muß es betreiben, wenn den Kaiserreden Mißverständnisse unterliegen. Herr Richter hat gefragt, ob die kaiserlichen Worte „Bardon wird nicht gegeben“ als Truppenbefehl aufzufassen

sind. Der Kriegsminister hat gestern schon diese Frage verneint, wie er auch bestritten hat, daß der Inhalt der sogenannten Hummerbrieffe der Wahrheit entspricht. Die amtlichen Berichte lauten anders. Immerhin müssen die Berichte über die barbarischen Greuelthaten genau geprüft werden. Darin hat Abg. Bebel recht. Auf die Leistungen unserer Armee und Marine sind wir stolz. Ich bin mit Herrn v. Kardorff einverstanden, daß man um ein paar tausend Mann nicht marcken soll. Es galt Deutschlands Ehre und Prestige zu wahren. Da mögen die Ansichten auseinandergehen, ob dazu ein paar tausend Mann mehr oder weniger notwendig sind. In der Kommission wird es hauptsächlich zu einer Verabredung kommen und der Regierung wird die nachgeschickte Indemnität erteilt werden. Die Regierung wird ihrerseits hoffentlich den Schluß daraus ziehen, daß der Reichstag immer hinter ihr steht, wenn es sich um Wahrung der deutschen Ehre, um Civilisation und Humanität handelt. (Beifall.) Ein Berathungsantrag wird hierauf angenommen.

#### Persönlich bemerkt:

Abg. Ledebour (Soz.): Der Abg. Bassermann hat einen Widerspruch zwischen mir und meinem Freund Bebel über den Imperialismus zu konstruieren versucht und auf eine Äußerung von mir auf dem Mainzer Parteitag zurückgegriffen. Das ist eine ganz irrthümliche Auffassung des Abg. Bassermann. Ich habe die von ihm citirten Sätze Eduard Bernsteins in Mainz ebenfalls citiert, sie auf das energischste bekämpft und sie als Zeichen imperialistischer Politik namens der ganzen Partei zurückgewiesen.

Abg. Richter (persönlich): Ich bin dem Reichszentraler dankbar, daß er sich auf meine Autorität berufen hat. Schade nur, daß meine Autorität nur am 4. Juli für ihn gegolten hat, nicht auch für die Folgezeit, wo ich die Einberufung des Reichstags gefordert habe. Noch dankbarer aber würde ich dem Herrn Reichszentraler sein, wenn ihn meine Autorität nicht nur bei Unterlassungen seinerseits, sondern auch bei positiven Maßnahmen etwas gelten würde. (Heiterkeit und sehr gut! links.)

Abg. Bassermann (natl.): Herr Ledebour hat mich total mißverstanden, ich habe nur gesagt, auch er habe in Mainz zugeben müssen, daß eine imperialistische Stimmung in seiner Partei vorhanden sei.

Damit schließt die Sitzung. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Tagesordnung: 1. Schleuniger Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung mehrerer Strafverfahren gegen den Abg. Fischer-Sachsen. 2. Fortsetzung der heutigen Debatte. 3. Interpellation der Sozialdemokraten wegen der 12 000 Mark-Affaire. Schluß 1/2 Uhr.)

### Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Achtung, erster Wahlkreis!** Die Parteigenossen werden auf die morgigen, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr stattfindende öffentliche Versammlung in den Annuballen, Kommandantenstraße 20, aufmerksam gemacht. Genosse Paul Göhre, Pastor a. D., spricht über: „Christentum und Sozialdemokratie“. Näheres siehe heutiges Informat. Frauen haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Sonntagabend 6 Uhr findet in Cohns Restoran, Weidestraße 20, eine Versammlung statt, in der Genosse Dr. Weutler über die politische Lage spricht. Nachdem gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Vertrauensleute.

**Am Donnerstag ist Stadtverordneten-Wahl in Nixdorf.** Die Wahlhandlung währt von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr. Ueber die Bedeutung der Wahlen, die unter dem Zeichen des belamten vom Ober-Verwaltungsgericht gefällten Urteils stehen, ist jeder Einwohner unterrichtet. Parteigenossen, seid Mann für Mann zur Stelle und sorgt dafür, daß die Kandidaten der Sozialdemokratie mit imponierender Mehrheit gewählt werden.

- Gewählt wird in folgenden Bezirken:
- Bezirk 2, umfassend: Bergstr. 52—68, Vode-, Jonas-, Alse-, Kirchhofstr. 1—9 und 35—49, Schönweberstraße. Wahllokal: Hollmachersches Lokal, Bergstr. 67. Kandidat: Max Pohl.
  - Bezirk 3, umfassend: Hohenpöllerplatz, Rosen-, Goethe-, Bergstr. 43—50/51 und 110—150, Wahllokal: Deutsches Wirtshaus, Bergstr. 136/137. Kandidat: Wilhelm Konrad.
  - Bezirk 4, umfassend: Bergstr. 1—42 und 151—163, Mittelweg, Steinwegstr. 1—19 und 68—87, Thomas-, Bohmannsdorferstraße. Wahllokal: Lantnersches Lokal, Bergstr. 151/152. Kandidat: Max Pohl.
  - Bezirk 6, umfassend: Berlinerstr. 1—40 und 62—107, Wahllokal: Gübebrandsches Lokal, Berlinerstraße 105. Kandidat: Max Pohl.
  - Bezirk 8, umfassend: Hermannplatz, Kaiser Friedrichstraße, Kottbuser Damm, Lohmühlenstraße, Maybach-Ufer, Schinlestraße, Hagerstraße, Straße 59, Welferstraße. Wahllokal: Wallwischsches Lokal, Kottbuser Damm 62. Kandidat: Dr. R. Silberstein.
  - Bezirk 9, umfassend: Hohenstraße, Karlsgarten, Wanzlstraße, Wilmannsstraße. Wahllokal: Sachses Lokal, Hohenstraße 115/116. Kandidat: Emil Wuyt.
  - Bezirk 13, umfassend: Prinz-Handjerscherstraße. Wahllokal: Wittenbergsches Lokal, Berlinerstr. 105. Kandidat: Max Pohl.
  - Bezirk 14, umfassend: Kopf-, Steinwegstr. 20—67, Wahllokal: Hartmannsches Lokal, Kopfstr. 59. Kandidat: Max Pohl.
  - Bezirk 15, umfassend: Hermannstr. 99—106, Gertha-, Kirchhoffstraße 10—34, Kniebeckstraße, Mariendorfer Weg, Ringbahnstraße, Kranoldplatz, Arnold-, Reinhold-, Edmundstraße. Wahllokal: Grafmüllersches Lokal, Hermannstr. 156. Kandidat: Max Pohl.

Wahlberechtigt ist jeder preussische Staatsangehörige, der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist und bis zum 1. Juli d. J. das 24. Lebensjahr erreicht hat sowie mindestens die 2. Steuerstufe (1,33 M. pro Vierteljahr) bezahlt. Diejenigen Wähler, welche verzogen sind, müssen ihre Stimme in dem Bezirk abgeben, wo sie vor dem 1. Juli d. J. gewohnt haben. Das Wahlbureau befindet sich im Apollo-Theater, Hermannstr. 49. Alle auf die Wahl bezüglichen Vorkommnisse sind dort zu melden. Das Wahlkomitee.

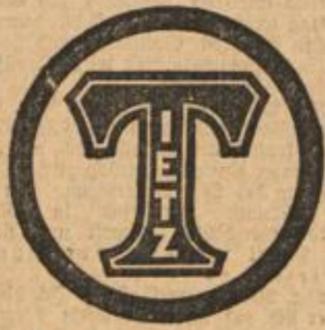
Die Parteigenossen, welche bei der Wahlaktion thätig sein wollen, werden ersucht, sich Donnerstag früh 9 Uhr im Wahlbureau einzufinden.

**Charlottenburg.** Die Mitglieder des Wahlvereins für Teltow, Weesow, Storkow-Charlottenburg werden um zahlreichen Besuch der Mitglieder-Versammlung am Donnerstag in der Cambrinus-Brauerei gebeten. Der Vorstand.

**In der letzten Lokalliste** ist das Lokal der Schultheiß-Brauerei in Niederschöneweide, die frühere Borussia-Brauerei, noch verzeichnet. Das Lokal ist geschlossen, da die Brauerei es zu Bureauzwecken braucht. Das andre Lokal der Schultheiß-Brauerei, der Neue Krug, ist für die Arbeiter gesperrt, so daß hier nur das Lokal des Genossen Franz in der Gminnerstraße frei ist. In Johannisthal wollen die Genossen darauf achten, daß das Lokal von Rittershaus für die Arbeiter nicht frei ist, da der Wirt erklärte, nur sogenanntes besseres Publikum haben zu wollen, außerdem von dem bekannten Knechtwieser v. Oppen bei einer Freigabe seines Lokals schwere Schädigung befürchtet. Es stehen also in Johannisthal nur die Lokale von Senftleben, Mertins und Rau der Arbeiterchaft zur Verfügung. Die Lokalkommission.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt. W. v. A. 31. Geminde sind zu richten an die Oberpostdirektion Berlin bez. Eisenbahnpostamt Berlin. W. Adam. Innerhalb dreier Monate nach erlangter Kenntnis von der Person des Täters, längstens jedoch fünf Jahre nach Begehung der That.



# Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46, 47, 48, 49 — Krausenstrasse 46, 47, 48, 49.

Reinseidene Regenschirme

ca. 15% **unter pari**

**gefärbt** —

2 Jahre Garantie —

vorzügliches

Stock-

Sortiment

**7.<sup>50</sup>**

Reinseidene Regenschirme

ca. 15% **unter pari**

**gefärbt** —

2 Jahre Garantie —

vorzügliches

Stock-

Sortiment

**7.<sup>50</sup>**



## Räumungs- Verkauf

von

### Damen- und Mädchen-Confection!

|                      |             |
|----------------------|-------------|
| Winter - Jackets     | für Damen   |
| Winter - Paletots    | für Damen   |
| Winter - Capes       | für Damen   |
| Winter - Abendmäntel | für Damen   |
| Winter - Robes       | für Damen   |
| Winter - Blousen     | für Damen   |
| Winter - Jupons      | für Damen   |
| Winter - Morgenröcke | für Damen   |
| Winter - Matinés     | für Damen   |
| Winter - Kostümröcke | für Damen   |
| Winter - Jackets     | für Mädchen |
| Winter - Mäntel      | für Mädchen |
| Winter - Kleider     | für Mädchen |

noch ca.  $\frac{1}{4}$  unter  
unseren bekanntlich  
**billigen Preisen**



**Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend**  
im I. Stock.

**Freitag:**

**Reste**

**Coupons**

**Restbestände.**

Nicht an  
Wiederverkäufer!

**Freitag:**

**Reste**

**Coupons**

**Restbestände.**

### Prozess Sternberg.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Müller eröffnet die Verhandlung erst um 1 1/2 Uhr mittags. Der Angeklagte Lupa ist wiederum nicht erschienen. Bezüglich der weiteren prozessualen Behandlung der Sache erklärt Staatsanwalt Braut, daß er seinen Standpunkt geändert habe und nunmehr damit einverstanden sei, daß in Gemäßheit des § 230 Strafprozeß-Ordnung auch gegen den abwesenden Herrn Lupa weiter verhandelt werde. Der Gerichtshof beschließt in diesem Sinne, nachdem jetzt festgestellt sei, daß der Angeklagte Lupa mit Absicht sich fern halte.

Als erster Zeuge erscheint der

#### Landgerichtsdirektor Weinmann,

der in der ersten Verhandlung gegen Sternberg den Vorsitz im Gerichtshof führte. Ihm ist seitens des Landgerichts-Präsidenten die Genehmigung zur Aussage, so weit es sich um Thatsachen handelt, erteilt worden. Der Zeuge giebt eine Darstellung von der Aussage, welche die Frieda Woyda bei der ersten Verhandlung gemacht hat. Diefelbe habe zunächst nur von dem „Hausarzt“ gesprochen, ohne den Namen zu wissen und erst als sie auf der Polizei das Bild Sternbergs gesehen und ihr der Name desselben genannt worden war, habe sie ihn bei Namen genannt. In der Hauptverhandlung habe Frieda Woyda zunächst einen befängenen Eindringling gemacht, das habe sich aber bald gegeben und das Mädchen habe ihre Aussagen mit fester und sicherer Stimme gemacht. Bei einer Stelle der Aussage habe damals die Angeklagte Wender dem Mädchen zugerufen „Du lügst!“, da sei das Mädchen an sie etwas herangetreten und habe der Wender zugerufen: „Nein, Du lügst!“ — Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello erinnert sich der Zeuge, daß schon in der ersten Verhandlung sich gezeigt habe, daß Unterschiede in dem polizeilichen und gerichtlichen Protokoll vorhanden waren. Der Staatsanwalt macht darauf aufmerksam, daß Frieda Woyda mit dem Ehepaar Blümke nicht anwesend sei. Er giebt Anweisung, sie sofort herbeizuholen.

#### Landrichter Fritsch,

einer der früheren Zeußer, erklärt, daß er aus der Erinnerung nur sehr wenig sagen könne. Frieda Woyda habe damals die Frage, ob der Kriminalhauptmann Stierstädter auf sie eingewirkt habe, ganz bestimmt verneint. Sie habe damals alles, was den Angeklagten Sternberg betrafte, als richtig zugegeben.

Landgerichtsdirektor Weinmann ergänzt seine Aussage noch in einzelnen Punkten. Unter anderem habe die Anna Wender damals erzählt: Die Fischer sei in Geldnot gewesen und habe ihr Geld geholt, daß sie mit Hilfe der Frieda Woyda etwas aus dem anwesenden Herrn Sternberg herausgeschlagen könnte; zu diesem Zwecke sei sie, die Wender, längelnd mit der Frieda ins Zimmer gekommen, Herr Sternberg habe sie aber beide sofort wieder aus dem Zimmer gewiesen und es sei mit dem Mädchen nichts passiert. Im Anschluß an diese Geschichte habe sich dann im Gerichtssaal die Scene zwischen der Wender und der Woyda mit der gegenseitigen Beschuldigung „Du lügst“ ereignet.

Die inzwischen herbeigeholte Frieda Woyda wird dem Landgerichtsdirektor Weinmann gegenübergestellt und bleibt dabei, daß alles, was sie diesmal erzählt habe, wahr sei. Der Zeuge läßt ihr im einzelnen jede ihrer vorerwähnten Aussagen vor, das Mädchen giebt zu, daß sie das alles gesagt habe, daß es aber nicht wahr sei. — Präsi.: Du behauptest, alle diese Einzelheiten seien gelogen gewesen? — Frieda W.: Ja! — Präsi.: Frieda, sage doch die Wahrheit! Das kann Dir doch Herr Stierstädter nicht alles eingeredet haben. — Frieda W.: Ja habe ja schon gesagt, daß ich auch etwas zugelegt habe. — Frieda bleibt bei ihren, Sternberg entlastenden Behauptungen.

Nach einer Mitteilung des Staatsanwalts ist vom Vater Mänschen eine Depesche aus Italien eingetroffen, wonach sich derselbe krankheitshalber dort aufhält.

Ferner teilt Staatsanwalt Braut mit: Nach einem neuerdings eingetroffenen Telegramm des Generalkonsuls in New York ist die

#### Fischer bereit, zu kommen,

wenn ihr 200 Dollar zur Einlösung ihrer Sachen gewährt werden und sie erfahren, wie viel Reise- und Verfassungskosten ihr vergütet werden. Sie sei ganz mittellos. — Der Staatsanwalt beantragt, einen Gerichtsbeschluss zu fassen. — Der Gerichtshof bleibt auf seinem Standpunkt stehen, daß er nur gerichtliche Beweise gewähren kann. Er hat diese überschlägig auf höchstens 880 M. veranschlagt, wobei für sie und ihre Begleiterin 14 Tage Gehalt, 14 Tage Rückfahrt und ein zehntägiger Aufenthalt auf dem Festlande als Unterlage angenommen sind. Ferner würde ihr ein Freiticket von New York nach Berlin und ein barer Vorkauf von 100 M. zu gewähren sein.

Darauf wird die weitere Verhandlung auf Donnerstag 9 1/2 Uhr vertagt.

### Kommunales.

**Unentgeltlichkeit der Desinfektion?** In unsren gestrigen Mitteilungen über dieses Thema wird uns noch geschrieben: Daß im Interesse der Volksgesundheit die Ausföhrung der Desinfektion nach jedem Fall einer ansteckenden Erkrankung dringend wünschenswert wäre, wird wohl von niemand bestritten. Wie sehr aber die Erreichung dieses Ziels durch die gegenwärtigen Bestimmungen über die Bezahlung der Desinfektion beeinträchtigt wird, wie namentlich die Interessen der Allgemeinheit darunter leiden, das tritt erst klar zu Tage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß für die Allgemeinheit, von besonders Fällen (Desinfektion der Effekten von Hebeanmen, von Krankeustransportwagen usw.) abgesehen, nur die „Voll-desinfektionen“ einen Wert haben, das heißt diejenigen, bei welchen gleichzeitig die Wohnungen und die Effekten der Kranken desinfiziert werden. Die Desinfektion der Effekten allein ist in der großen Mehrzahl der Fälle eine durchaus unzulängliche Maßregel, die wohl gelegentlich für einzelne von Bedeutung sein kann — z. B. wenn Gefunde Kleidungsstücke von Erkrankten in Benutzung nehmen wollen — die aber für die Allgemeinheit ohne wesentliche Bedeutung ist. Was kann es beispielsweise der Volksgesundheit nützen, wenn nach dem Tode eines Tuberkulösen zwar dessen Sachen desinfiziert werden, während die Wohnung mit den überall verstreuten Tuberkelbacillen ungedesinfiziert auf den nachfolgenden Mieter übergeht? Berücksichtigt man aber das, dann schrumpft die volkshygiene Bedeutung der Desinfektion in ihrer heutigen Gestalt noch mehr zusammen. Denn dann zeigt sich, daß die Bevölkerung Voll-desinfektionen freiwillich so gut wie gar nicht vornimmt, sondern sich eben nur dem polizeilichen Zwange fügt. Es entfallen nämlich von den 4123 Voll-desinfektionen 3570 auf Pocken und Diphtherie, Krankheiten, bei denen die Desinfektion unter allen Umständen vorgenommen werden muß und nur 553 auf Typhus, Schwindelucht, Scharlach, Malaria, epidemische Genickstarre, Krankheiten, bei denen die Desinfektion nicht unbedingt obligatorisch ist; dabei sind unter den Desinfektionen nach Typhus (199), Schwindelucht (117), Scharlach (205) sicher noch eine ganze Zahl auf spezielle polizeiliche Anweisung vorgenommen. Wie weit gegenwärtig die Freiwilligkeit geht, das illustriert am besten die Zahl der Desinfektionen nach Malaria, denn für diese Krankheit giebt die Polizeiverordnung vom 7. Februar 1887, die für Berlin maßgebend ist, eine obligatorische Desinfektion überhaupt nicht vor. Bei dieser häufigsten aller Infektionskrankheiten wurden nun im Berichtsjahre 1899 und 1898 27 Voll-desinfektionen vorgenommen. Wunderbar ist das nicht. Gerade bei Malaria erkranken ja meist hinter einander alle überhaupt ansteckungsfähigen Familienmitglieder, die betreffende Familie hat also ein individuelles Interesse an der Desinfektion nicht mehr. Und darin liegt eben der Fehler, daß man den Leuten zumutet, für die Allgemeinheit außer den un vermeid-

baren Opfern — den Unbequemlichkeiten, die mit der Desinfektion notwendig verknüpft sind — auch noch solche zu bringen, welche die Allgemeinheit ihnen abnehmen kann und deswegen von Rechts wegen auch abnehmen sollte: die Erlegung der Kosten, bezw. den Gang zum Armen- oder Bezirksvorsteher, um die Unentgeltlichkeit zu erbitteln. Die vollständige Unentgeltlichkeit der Desinfektion in allen den Fällen, in welchen ärztlicherseits die Notwendigkeit anerkannt wird, und eine sachgemäße Aufklärung der Bevölkerung über die hygienische Bedeutung dieser Maßregel werden allein im Stande sein, der gegenwärtig noch in weiten Kreisen der Bevölkerung bestehenden Abneigung Herr zu werden.

Der Magistratsbericht lehrt aber noch etwas anderes. In 691 Fällen wurde eine Desinfektion von Krankeustransportwagen vorgenommen. Das ist eine ganz auffallend niedrige Zahl. Es liegen zwar noch keine Angaben darüber vor, wie viel an ansteckenden Krankheiten leidende Personen im Berichtsjahre in öffentliche Krankeustransporte verbracht wurden, aber die Zahlen der Vorjahre lassen ja bis zu einem gewissen Grade einen Rückschluß zu. 1897 wurden in die Krankeustransporte allein an Pocken-, Diphtherie-, Scharlach-, Malaria- und Typhuskranken 3738 aufgenommen. Nimmt man den Prozentfuß derer, die zu Fuß oder unzulässigerweise per Droschke, Pferdebahn usw. nach dem Krankeustransporte transportiert wurden, noch so hoch an, so bleibt doch die Zahl von 691 desinfizierten Wagen gegenüber einer so großen Zahl von Krankeustransporten eine ganz unglaublich niedrige. Und man kann nur annehmen, daß die Desinfektion der Krankeustransporte nicht mit der wünschenswerten Regelmäßigkeit vorgenommen wurde. Das wäre auch nicht weiter wunderbar, da man ja städtischerseits aus mancherlei Rücksichten auch den so wichtigen hygienischen Krankeustransport nicht in eigene Regie genommen hat, sondern ihn privaten Unternehmern als Ausbeutungsobjekt überläßt. Für diese bedeutet natürlich die Desinfektion trotz der in diesem Falle bewilligten Gebührenerleichterung eine Erwerbsstörung und sie haben darum kein Interesse daran, auf die jedesmalige Vornahme der Desinfektion zu dringen. Welchen Schaden aber gerade ein ungedesinfizierter Krankeustransport anrichtet, das braucht wohl nicht erst auseinandergelegt zu werden. Und so kann man auch in diesem Falle eine Gefährdung der Volksgesundheit durch die Manchester-Gefinnung unserer städtischen Behörden konstatieren.

### Lokales.

#### Das Interessanteste im Harnlosen-Prozess

Ist diesmal die Figur des Herrn Hermann Wolff. Ein „Industrieletter“, wie ihn die blühendste Phantasie des Dichters von Kriminalgedichten nicht charakteristischer malen kann, und ein legitimes Kind der kapitalistischen Gesellschaft. Schon daß er in jungen Jahren auf den Weg des Verbrechens kam, verdankt er dieser Gesellschaft, die keine Einrichtungen hatte, um einen soft alleinlebenden Jungen ordnungsmäßig zu erziehen und auf seinen Wegen ins Leben hinaus zu geleiten. Der Vater war früh gestorben, die Mutter mit neunmündigen Kindern zurücklassend. Der Junge konnte nur unregelmäßig in minderwertige Schulen geschickt werden. Niemand bestimmte sich recht um ihn, er geriet in schlechte Gesellschaft und als fünfzehnjähriger hatte er schon seine erste Gefängnisstrafe wegen Diebstahls, der dann eine lange Reihe weiterer Gefängnis- und Justizstrafen folgte. Dann wurde er Photograph und erwarb sich auch etwas Geld.

Es kam die Grönderzeit mit ihrer Jagd nach Geld, mit ihren mißlichen Gewinnen, in der auch so mancher andere, der heute in Reichum und Würden sitzt, das Judashaus mit dem Kermel streifte, vielleicht auch hineinspazerte. Die tolle Jagd nach dem Dollar riß auch den damals 25jährigen Wolff in ihren Strudel, und er „arbeitete“ mit solchem Glück, daß er durch Beteiligung an allerlei Spekulationen jährlich 20 000 Thaler verdiente.

Bekannt genug ist es ja, daß sich an den Raubzügen der Grönderzeit auch die adelige Blüte der Nation beteiligte. Durch diese Verführung mit den Gelsten und Besten kam Wolff in die aristokratischen Spielkreise, wo sich die Herren gegenseitig nach Möglichkeit um die bramen und blauen Lappen erleichtern. Auch da war für einen geschickten Mann etwas zu verdienen. Und als die Grönderzeit nach dem Krach nichts mehr einbrachte, etablierte sich Wolff mit dem Spieler Reuter als reisende Firma für Grandes Jeux in aristokratischen Kreisen. Sie besuchten die großen Rennen, hielten in den wüsten Spielnächten bei Trento et Quaranta die Pant und wußten auch da immer mit einem hübschen Reingewinn abzuschneiden.

Als der Compagnon endlich gefaßt wurde, verduftete Wolff über Porto, wo er noch in den dortigen aristokratischen Klubs eine gewinnreiche Gastrolle gab, nach Amerika, wo er sich an der Börse einschreiben ließ und sich wieder aufs Spekulieren warf.

Endlich lehrte er nach dem heimatischen Berlin zurück, 150 000 M. bar in der Tasche nebst einem weit höheren Betrag in allerlei Papieren, darunter auch einen Wechsel über 180 000 M. auf einen „bekannten deutschen Prinzen“, — die der deutsche Prinz aber bis heute noch nicht begahlt hat. Er betrieb nun mit seinem Gelde schlecht und recht Kravattengeschäfte, nahm nur selten mehr als 20 Proz. und machte auch hin und wieder ein Spielchen, bei denen er sich aber mit kleinen Gewinnen von 600 bis 1500 M. begnügte. Vor allem jedoch packte ihn jetzt das Interesse für den Aufschwung der deutschen Industrie. Er betrachtete mit seinem Gelde die deutschen Unternehmungen, auf daß sie den Weltmarkt beherrschten, und sein nationales Streben war während des glückbringenden letzten Jahres durch reiche Gewinne gelohnt.

In Kachen, wo er mit einer Reihe jüngerer Krisikraten eine Kur gebrauchte, um gewisse Folgen des Liebeslebens zu überwinden, lernte er mehrere der Herren kennen, die später im Harnlosen-Klub ihre Rolle spielten. Aber jetzt will Wolff nur noch der lebenswürdige Mäcen gewesen sein, den es amüsierte, mit der aristokratischen Lebensjugend zu verkehren. Die ewige Anspannung durch die Harnlosen habe sogar sein Vermögen um ein gutes Stüd heruntergebracht.

Im übrigen ist Herr Wolff der beste und netteste Kerl von der Welt, der mit gewählten Umgangsformen das lebenswürdige Erzählertalent verbindet. Und es ist nur schade, daß Herr Oppermann ihm alle Augenblicke in die Parade fährt und ihn an dem Ausklimmen der Klauereien über seine reichen Erfahrungen hindert. Man würde sonst noch besser erfahren, wie manche der mit der erforderten Unternehmer-Intelligenz ausgerüsteten Leute ihr Geld verdienen.

Der auf der Anklagebank fehlende Herr v. Kröcher scheint sich der rauhen Noabiter Zugluft doch nicht anssehen zu wollen und im somnigen Säden seines Herzklappenfehlers zu warten.

#### Von der Wohnungsnot.

Ueber die Zahl der Wohnungen und Geschäftslotale, die zu Anfang dieses Jahres in Berlin leer gestanden haben, ist vom Berliner Statistischen Amt in Verbindung mit der Grundsteuer-Verwaltung eine Erhebung veranstaltet worden, deren Ergebnis jetzt veröffentlicht wird.

In der ganzen Stadt standen Anfang Januar 1900 (bezw. zu demselben Zeitpunkt 1899) leer: 3230 (3446) Wohnungen ohne Gewerberäume, darunter 241 (351) wegen Neubau; 533 (686) Wohnungen mit Gewerberäumen, darunter 66 (89) wegen Neubau; 3291 (3121) Geschäftslotale ohne Wohnungen, darunter 376 (224) wegen Neubau. Im Laufe des letzten Jahres ist also die Zahl der leer stehenden Wohnungen ohne Gewerberäume sehr stark zurückgegangen. Die leer stehenden

Wohnungen mit Gewerberäumen haben sich nicht mehr erheblich vermindert, und die leer stehenden Geschäftslotale ohne Wohnungen sind sogar noch um etliche vermehrt worden.

Das Hauptinteresse beanspruchen hier die Wohnungen ohne Gewerberäume. Die Verminderung der leeren Wohnungen dieser Art war im letzten Jahre verhältnismäßig am stärksten in den vorwiegend von Arbeitern bewohnten äußersten Teilen des Ostens und Nordens der Stadt. Ihre Zahl sank im östlichen Teil der Luisenstadt jenseits des Kanals von 317 auf 68, im östlichen Teil des Stralauer Viertels von 1102 auf 284, in der Königstadt von 727 auf 234, in der Rosenthaler Vorstadt von 1210 auf 262, auf dem Wedding von 774 auf 184. Die äußere westliche Hälfte von Moabit hatte eine verhältnismäßig sehr geringe Verminderung, von 157 auf 132; aber in diesem Stadtteil gab es überhaupt nicht mehr viel zu vermindern, weil sich hier schon in den vorhergehenden Jahren, früher als in anderen Stadtteilen, Wohnungsmangel bemerkbar gemacht hatte.

Aus den angeführten Zahlen, dem starken Aufstreben des Wohnungsmangels gerade in den Arbeiter-vierteln, läßt sich von vornherein schließen, daß besonders die kleinen Wohnungen sehr knapp geworden sein müssen. Daß es thatsächlich so ist, das zeigen noch deutlicher die folgenden Angaben. Von 1899 bis 1900 sank bezw. stieg die Zahl der leerstehenden Wohnungen ohne Zimmer (also nur Küche) von 40 auf 30, mit 1 Zimmer von 4323 auf 1172, mit 2 Zimmern von 1908 auf 562, mit 3 Zimmern von 729 auf 330, mit 4—5 Zimmern von 823 auf 609, mit 6—7 Zimmern von 375 auf 296, mit 8 oder mehr Zimmern von 167 auf 168, ohne Angabe der Zimmerzahl von 80 auf 68. Das heißt: die Zahl der leeren Wohnungen verringerte sich (wenn von den „Wohnküchen“ wegen der Kleinheit der Zahl abgesehen wird) bei 1 Zimmer um nahezu drei Viertel, bei 2 Zimmern um ziemlich ebenso viel, bei 3 Zimmern um reichlich die Hälfte, bei 4—5 Zimmern um rund ein Viertel, bei 6—7 Zimmern um nur ein Fünftel, und bei 8 oder mehr Zimmern trat überhaupt keine Verminderung ein.

Die Verhältnisse werden sich inzwischen, bis zum diesjährigen Oktoberumzug, schon wieder stark verschoben haben, aber sicherlich nicht zu Gunsten, sondern noch weiter zu Ungunsten der Mieter von kleinen Wohnungen. Die Veröffentlichung kommt gerade zu rechter Zeit, um bei den Beratungen über die von der Stadt-gemeinde gegen die Wohnungsnot zu ergreifenden Maßnahmen als wertvolles Material zu dienen. Sie zeigt, daß die Stadtgemeinde eine schleunige Vermehrung der kleinen Wohnungen herbeizuföhren suchen muß — eventuell dadurch, daß sie selber den Bau von Häusern mit kleinen Wohnungen ausführt. Den Hausagariern, die sich jetzt infolge des Mangels an solchen Wohnungen das eintägliche Vergnügen leisten können, die unbedeutende Bevölkerung Berlins durch immer neue Mietsteigerungen zu drangsalieren, würde dann das Handwerk doch ein klein wenig gelegt werden.

**Theateraufführungen für Gemeindefunkinder.** Um die von der „Jugendchriften-Vereinigung“ des Berliner Lehrervereins geplante Theateraufführung für Gemeindefunkinder auch den ärmsten Kindern zugänglich zu machen, hatte der um das Zustandekommen der Unternehmung verbundene Lehrer D. Bantich in der „Päd. Ztg.“ unter anderem vorgeschlagen, sich an den wohlthätigen Sinn unserer hauptsächlichlichen Bürgerschaft zu wenden. Hier sei Gelegenheit geboten, einen, wenn auch nur kleinen Schritt zur Annäherung zwischen „Besitzenden“ und „Besitzlosen“ zu thun. Die Lehrerschaft werde „es im gegebenen Augenblick nicht vergessen, in den Kinderhergen ein andres Bild als das vom „ausbeutenden Kapitalisten“ zu erwecken“. (Die Gänsehäuten der Ausbrüche „Besitzenden“, „Besitzlosen“, „ausbeutenden Kapitalisten“ stehen im Original und stammen von Herrn P.). Dazu bemerkt wir in unserer Besprechung des Plans (in Nr. 257): „Wenn diese Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, dann können sie nur den haben, daß die Lehrerschaft sich für die Ibre von den Besitzenden geleistete Unterstützung dadurch erkenntlich zeigen werde, daß sie zu Gunsten der Besitzenden auf die Schuljugend einzuwirken suche“. Herr P. fügte wir hinzu, „keine“ mit dem „keinen Schritt zur Annäherung“ eine „Ausbeutung der Wohlthätigkeits-Bestrebungen zu einer Agitation gegen die Socialdemokratie“ zu meinen und zu beabsichtigen. Hiergegen erklärt jetzt Herr P. in der „Pädagogischen Zeitung“, er habe nicht die Absicht, „etwas Wohlthätige Unterstellungen zu einer Agitation gegen die Socialdemokratie zu gebrauchen“. Er kommt damit einem stillen Wunsch von uns entgegen; denn wir beabsichtigten allerdings — nicht um der sehr gleichgültigen Person des Herrn P., sondern um der um im Prinzip sympathischen Sache willen — Klarheit über diesen Punkt zu schaffen. Wir nehmen von der Erklärung mit Befriedigung Kenntnis und stellen hiermit fest, daß P. (was er zwar in dem zuletzt citierten Satze wieder nicht ganz klar zum Ausdruck bringt, aber sichtlich meine gegebenenfalls den Umstand einer Unterstützung der Sache durch Wohlthäter nicht als Anlaß zu einer antisocialistischen Agitation unter den Schulkindern genommen wissen will. Man wird uns aber zugeben, daß die zuerst citierten Verurteilungen des manchmal etwas unklaren Herrn so verstanden werden konnten, trotz des volksfreundlichen Standpunkts, den er im übrigen einnimmt. Wenn P., wie er jetzt sagt, der Lehrerschaft nur empfehlen wollte, den Wohlthätern „in dem Herzen der Jugend ein Denkmal zu setzen“, so hatte er sich mindestens sehr stark im Ausdruck vergriffen. Statt das einfach zuzugeben, schmückt er seine Antwort mit etlichen Schimpfereien gegen den „Vorwärts“ — über die wir lächelnd zur Tagesordnung übergehen dürfen.

**Preussischer Vuking** ist heute. Ein recht wunderbarer Tag. Er ist angeordnet worden von den kirchlichen Großen evangelischer Oberkonz, die von der Vorstellung ausgehen, daß die preussische Civil- und Militärbevölkerung das ganze Jahr hindurch in Sünden wandelt. So beklagenswert dieser Hebelstand an sich sei, so ändere er sich doch schwerlich; keine Besserungen möchten vielleicht zu erwarten sein, wenn noch mehr Kirchen gebaut und die socialdemokratischen Irlehren ausgerottet wären, bis dahin sei aber unbedingt ein Tag im Jahre zum Zwecke der „stillen Einkehr“ festzusetzen.

Die socialdemokratische Arbeiterschaft weicht von dieser Anschauung bekanntlich in einigen Punkten ab; u. a. meint sie, daß die Männer, Frauen und Kinder des Proletariats eigentlich das ganze Jahr hindurch ein Leben zu führen gezwungen sind, vor dessen Glend und Entbehrungen der bürgerliche Kirchenstrom sich selbst im Zustande tieferer Verhöhnung schützens bedanken würde. Ein Tag besonderer Ruhe sei daher kaum am Platze. So benutzt die Arbeiterschaft den ihr auferlegten Feiertag denn vielfach zu Ausflügen in die freie Natur. Allerdings hat es damit auch seinen Haken. Erstmalig zwingt der Ausfall eines Tagelohns in der Zeit des Brotes, Wohnungs- und Kohlenwuchers den Arbeiter, seine paar Pfennige aufs genaueste zusammen zu halten, und dann ist der Umstand im Wege, daß der Vuking von dem in Preußen maßgebenden Christentum vor einigen Jahren leider aus der Kaiser-wonne hinaus in den Novembernebel verwiesen worden ist. Aber wie die Bekanntmachungen im „Vorwärts“ gezeigt haben, läßt die Arbeiterschaft sich selbst durch diesen Umstand nicht von ihrem Ausflugsziel abhalten. Offenlich ist ihr der Wettergott einigermassen gnädig, so daß der Vuking sein ebenso verhältnismäßig wie nutzliches Unterfangen durch rege Beteiligung gelohnt wird.

**Gegen den verschwindenden Vergwerks-Direktor Paul Lupa,** den Mitangeklagten im Prozess Sternberg, erklärt die Staatsanwaltschaft am Landgericht I folgenden Steckbrief: Gegen

den unten beschriebenen Bergwerksdirektor Paul Zappa aus Charlottenburg, geboren am 19. November 1857 zu Liebenau, Kreis Schwiebus, katholisch, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Begünstigung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und hierher zu den Akten I. F. L. 21. 00. Nachricht zu geben. — Beschreibung: Alter: 43 Jahre. Größe: 1,70 Meter. Statur: kräftig, unterlegt. Haare: grau, stark gelichtet. Stirn: hoch. Bart: grauer Schnurrbart und spitzer Kinnbart. Augenbrauen: graumeliert. Augen: grau. Nase: stark. Mund: gewöhnlich. Sinn: gewöhnlich. Gesichtsfarbe: fahl. Sprache: deutsch. Besondere Kennzeichen: Vincenz mit schwarzgrauen Gläsern.

**Ein Zeichen für die übergroße Vergeßlichkeit** des reisenden Publikums ist das Fundbüro auf dem Schlesischen Bahnhof. Dasselbe ist momentan total überfüllt. Demgemäß muß in diesem Jahre aber auch viel vergessen worden sein. Die Aufzählung der gefundenen Gegenstände würde einen stattlichen Band füllen und man könnte mit dieser Sammlung von Fundstücken aller Art einen ganz ansehnlichen Trödelladen eröffnen. Die Vergeßlichkeit vieler Reisenden geht soweit, daß sie noch nicht einmal ihre Gepäckstücke abholen, die sie bei den Bahnhofsportiers z. zur Aufbewahrung abgegeben haben. Da diese Sachen schließlich auch in das Fundbüro wandern, so kann man sich einen ungefähren Begriff von dem dort aufgetakelten Koffer-, Kisten- und Taschenbestand machen. Die Eisenbahndirektion hat sich nun genötigt gesehen, anzuordnen, daß die Aufbewahrung für hinterlegte und nicht abgeholtte Gepäckstücke auf vier Wochen bemessen und bis zum Ablauf dieser Frist das tarifmäßige Lagergeld erhoben werden soll.

**Wieder ein Opfer der „Großen“.** Von der elektrischen Straßenbahn überfahren wurde in Friedenau der in Steglitz wohnende Arbeiter Salzweil. Der etwa 45-jährige Mann versuchte kurz vor einem heranrollenden elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Zoologischer Garten—Steglitz die Abseitsstraße zu überschreiten. Dem Wagenführer gelang es nicht, den schweren Wagon rechtzeitig zum Stehen zu bringen, und so geriet S. unter die Plattform und wurde etwa 10 Meter weit mitgeschleift. Schwer verletzt wurde der Arbeiter dem Kreis-Krankenhaus in Groß-Lichterfelde zugeführt.

**Zu erschließen** versuchte sich Montagabend der 25 Jahre alte Kaufmann Dietrich aus Kottbus in einem in der Dorotheenstadt belegenen Hotel. Er wurde in kochungslosem Zustande in ein Krankenhaus gebracht.

**Im Zeichen des Verkehrs.** Die elektrisch regulierte Uhr am Bahnhof Friedrichstraße, die einzige, die dieser Mittelpunkt des Verkehrs an der Kuhenseite hat, ist seit acht Tagen wieder einmal außer Betrieb, nachdem sie im Laufe des Sommers schon einmal wochenlang versagt hatte. Es muß ein gar schwieriges Werk sein, sie in Stand zu halten. Um aber zu zeigen, daß man wenigstens etwas macht, hängt man jeden Tag andre Papptafeln an die Zifferblätter, nicht, wie früher, stets dieselben.

**Die erweiterte Zulassung von Feldpostsendungen** betrifft eine Bekanntmachung, die Staatssekretär v. Podbielski soeben erlassen hat. Sie lautet: Zur Beförderung an die mobilen Landtruppen des Heeres und der Marine in Ostasien sind fortan in Privatangelegenheiten der Empfänger Geldbriefe bis zum Betrage von 1500 M. einschließlich und bis zum Gewicht von 250 Gramm einschließlich zugelassen. Die Geldbriefe bis zum Betrage von 150 M. und bis zum Gewicht von 50 Gramm einschließlich sind portofrei. Für die der Portozahlung unterliegenden Geldbriefe beträgt das Porto: bei einer Wertangabe bis zu 150 M. und einem Gewicht von mehr als 50 Gramm 20 Pf., bei höherer Wertangabe ohne Unterschied des Gewichts: über 150 bis 300 M. 20 Pf., über 300 bis 1500 M. 40 Pf. Das Porto ist vom Absender zu entrichten. Die Aufschrift muß denselben Anforderungen entsprechen wie bei den gewöhnlichen Feldpostbriefsendungen. Zur Herstellung des Siegelverschlusses ist feiner Lack zu verwenden. Es empfiehlt sich, auf der Siegelseite den Absender namentlich zu machen. Die Beförderung der Geldbriefe erfolgt mit den alle 14 Tage abwechselnd von Bremerhaven und Hamburg nach Ostasien abgehenden Reichspostdampfern. In betreff der Postsendungen an die Besatzungen der Kriegsschiffe in Ostasien verbleibt es bei den zur Zeit bestehenden Bestimmungen. In der Richtung vom Feldheere nach der Heimat werden nunmehr ebenfalls Geldbriefe bis zum Betrage von 1500 M. und bis zum Gewichte von 250 Gramm, ferner Postanweisungen bis zum Betrage von 800 M. einschließlich befördert.

**Mit Gift sich zu töten** versuchte gestern nachmittags die 29 Jahre alte Frau des Steinsehers D. aus der Tischstraße. D. hatte früher als Meister ein eigenes Geschäft, konnte es aber nicht halten. Daher arbeitete er in der letzten Zeit als Geselle. Mächtig gelang es ihm, für eine ausgeführte Arbeit den Zuschlag zu erhalten. Diese Gelegenheit wollte er benutzen, sich wieder selbständig zu machen. Da er jedoch zur Ausführung der Arbeit eines kleinen Betriebskapitals bedurfte, so wollte er ein Darlehen von 500 Mark aufnehmen. Das hätte er auch bekommen, wenn sich seine Frau für die Rückzahlung durch Unterschrift mit verpflichtet hätte. Frau D. jedoch, die wohl kein Vertrauen zu dem Unternehmen hatte, weigerte sich und war durch keine Bitten zu bewegen, die Unterschrift zu leisten. Lieber, erklärte sie, wolle sie Gift nehmen, und als nun gestern nachmittags ihr Mann noch einmal in sie drang, führte sie die Drohung aus. Sie trank eine giftige Mischung, die sie sich von einem Hausgenossen zu verschaffen gewußt hatte, und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

**Feuerbericht.** Ein größerer Kellerbrand erfolgte gestern an der Spandauer Brücke 10, wo Kisten und Waren eingeküchert wurden. Zur selben Zeit war auch Antonstr. 1 ein Kellerbrand zu besichtigen. Kochstr. 54a und 38 brannten Möbel im Zimmer und mußte im letzteren Fall längere Zeit Wasser gegeben werden. Kirchbachstr. 13 und Vorfrst. 11a gingen Kleider in Flammen auf, während Blücherstr. 19 Fußboden und Vollenlage durch Feuer beschädigt wurden. Dunderstr. 21 hatte sich Stroh und kleine Alexanderstr. 18 Rauch im Schornstein entzündet. Kupperdem kamen in den letzten Tagen wiederholt Alarmierungen vor, die auf niedergedrückten Rauch zurückzuführen waren.

**Orgelkonzert.** Statt des wegen des heutigen Vortags ausfallenden Orgelkonzerts wird Herr Musikdirektor Otto Diemel einen solchen in der Martinische am Freitag, den 21. November, abends 7 1/2 Uhr unter Mitwirkung von Frau Anna John-Rosel (Sopran), Fr. Sonia Berg (Alt), Fr. Helene Barth (Bariton), Fr. Hermann Spandau (Violine) und Fr. Hans Wenzel halten. Der Eintritt ist frei. Die Türen werden um 7 Uhr geöffnet.

**Ein Franz Schubert-Abend** veranstaltet heute abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, zu Gunsten der Reuen freien Volksbühne der Franz Schubert-Verein unter der musikalischen Leitung des Herrn August Ludwig. Zum Vortrag gelangen neben Liebermann das Trio H-dur, das große Trio, Herold'scher Marsch Nr. 1 und 2 und andere Klavierstücke. Die Mitwirkenden sind die Damen Albrecht, Kowitz, Pirne und Treppe (Gesang), Banties (Violine), Will (Klavier) und die Herren Kammermusikmeister Diesel (Violine), Fr. Borisch (Cello), Dr. Kuhn und Ludwig (Klavier).

### Aus den Nachbarorten.

**Ein Totschlag** ist in der Sonntagsnacht in dem großen Ziegeleibehaus bei Wedder a. S. verübt worden. Die Ziegelei-Arbeiter v. Supinski, Mohde und Reichstein hatten bei dem Restaurateur Fiedler bis spät in die Nacht hinein gezecht und nomalisch viel Schnaps zu sich genommen, so daß sie alle drei stark angetrunken waren. In diesem Zustande suchte Reichstein seine Wohnung auf, wurde aber von seiner Wirtin gebeten, den ebenfalls dort wohnenden Mohde heimzuführen. In der Dunkelheit wurde nun Reichstein von dem mehr wie die andern betrunkenen Supinski angerempelt und geriet darüber so in Wut, daß er eine starke mit Nägeln durchsetzte Kette ergriß, um damit so lange auf den Kopf des v. Supinski einzuschlagen, bis der Bedrängte mit gräßlichen Verletzungen tot zusammenbrach. Der rohe Patron schleppte alsdann die Leiche bis nach dem Glindowersee und warf

sie dort ins Wasser, um sich dann nach Hause zu begeben und ruhig schlafen zu legen. Als am Sonntagmorgen die Leiche am Ufer entdeckt wurde, brachte man sie nach dem Glindower Spritzenhaus und verhaftete Reichstein, der noch im Bette schlafend lag. Er ist Familienvater, während von Supinski ledig ist.

**Schöneberg.** Die Stadtverordneten-Versammlung überwiegt in ihrer letzten Sitzung die Vorlage betr. den Bau eines Krankenhauses, über die wir am Sonntag das Erforderliche mitgeteilt haben, einem neungliedrigen Ausschuss.

Einen unerwarteten Ausgang nahm der von dem Magistrat in einer früheren Sitzung gestellte, von den Stadtverordneten an einen Ausschuss verwiesene Antrag betr. Ausstellung der Kohlenäure-Spritze in der in Berlin stattfindenden internationalen Ausstellung von Lösggeräten. Der Referent dieses Ausschusses empfahl dem Plenum, die vom Magistrat beantragten 1600 M. als Kaufsumme für die betr. Ausstellung zu bewilligen mit der Maßgabe, daß die Gaspritze in Schöneberg bleibt und mit derselben wöchentlich Vorführungen stattfinden. Verloßt durch dieses Entgegenkommen unternahm der Dezerent einen nochmaligen Vorstoß, um die ganze Magistratsvorlage, welche die Vorführung in Berlin bezweckt, den Stadtverordneten mit dem Hinweis zu empfehlen, daß man die Gaspritze ruhig auf sechs Wochen entbehren könne. Dies Eingeständnis der Ueberflüssigkeit dieser Spritze machte selbst unsern biedereren Stadtväter ruhig und mit einer ganz erfreulichen Logik zog daraus der Stadt. Hase die Konsequenz, indem er die Streichung dieser ganzen Forderung verlangte, der dann auch mit großer Mehrheit stattgegeben wurde. Hoffentlich folgt der Magistrat mit der Spritze nicht ganz auf dem Troden.

**Ein Chinafreiwilliger an der Pest gestorben!** Eine Potsdamer Korrespondenz berichtet: Der Klempnermeister Michael in Rowawes hat Ende voriger Woche ein Telegramm erhalten mit der Mitteilung, daß sein Sohn, welcher als Freiwilliger bei dem Pionierbataillon mit nach China gegangen war, dortselbst an der Pest gestorben sei. Der junge Mann, welcher gleichfalls Klempner war, hatte in Straburg im Elsaß bei den Pionieren gestanden, bevor er sich als Freiwilliger für das ostasiatische Expeditionscorps anwerben ließ.

**Die Allgemeine Orts-Krankenkasse für Charlottenburg** hat ein neues Kassensystem erlassen, das von den zuständigen Behörden genehmigt ist und am 1. Januar 1901 in Kraft tritt. Danach werden die Mitglieder zwecks Bemessung der Beiträge und Unterstellungen in fünf Lohnklassen eingeteilt, für welche die Beiträge 63 bzw. 54 bzw. 45 bzw. 36 bzw. 24 Pf. betragen. Als Eintrittsgeld sind in den ersten vier Lohnklassen 1 M., in der fünften 0,60 M. zu entrichten. Das Krankengeld beträgt pro Wochentag in der ersten Lohnklasse 1,75 M., in der zweiten 1,50 M., in der dritten 1,25 M., in der vierten 1 M. und in der fünften 0,65 M. Die in Krankenhäuser verpflegten Kassensmitglieder, welche keine Angehörigen zu unterstützen haben, erhalten für die Dauer der Krankenhausbehandlung einen Verpflegungszuschuß von einem Zehntel des der Berechnung des Krankengelds zu Grunde liegenden durchschnittlichen Tageslohns. Das Sterbegeld ist auf den Pflichten Betrag des durchschnittlichen Tageslohns erhöht worden.

**Ein gewonnene Gans** ging vorgestern abend in Charlottenburg auf eine eigene Art dem Gewinner wieder verloren. Der Mann hatte seinen Gewinn, den er beim Auspielen in einer Depilation machte, so gründlich „begossen“, daß er auf dem Heimwege auf einem niedrigen Gartenzaun, auf den er sich lehte, um etwas auszurufen, alsbald einschiel. Der Bratenvogel, den er am Kopfe festhielt, hing so am Zaun herab, daß er mit den Füßen die Erde berührte. Als der Mann nach geraumer Zeit wieder erwachte, hielt er nur noch den Kopf der Gans in der Hand. Liebhaber, die ihn so dastehen gesehen hatten, hatten den Vogel dicht unter dem Kopf abgeschnitten und den wertvolleren Teil mitgenommen, ohne daß der glückliche Gewinner auch nur das geringste davon merkte.

## Gerichts-Beitung.

**Den Arbeitervereinen,** die gelegentlich ihrer Vergnügungen von polizeiwegen drangaliert werden, kann unter Umständen eine vom Kammergericht gefällte Entscheidung zu gute kommen. Angesichts der Bestrebungen der Polizei und Verwaltungsbehörden, Arbeitervereine nicht als geschlossene Gesellschaften gelten zu lassen und ihre Veranstaltungen für öffentliche zu erklären, ist nämlich ein dieser Tage vom Kammergericht gefälltes Urteil von Bedeutung. Die Filiale Düsseldorf des Kranken-Unterstützungsbunds der Schneider hatte am 1. April d. J. ein Fest abgehalten. Es waren dazu Eintrittskarten ausgegeben worden mit dem Vermerke, daß es aus Konzert, Theater und „geschlossener“ Tanzkränze bestehe. An dem Fest beteiligte sich auch der Gesangverein „Vorwärts“. Die örtlichen Vorstandsmitglieder des Unterstützungsverbands, Hammes und Gerosen, wurden demnach wegen Veranstaltung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit angeklagt, zu der ihnen die erforderliche polizeiliche Genehmigung nicht erteilt worden sei. Sie sollten dadurch eine Bezirks-Polizeiverordnung vom 23. Mai 1890 übertreten haben. Schöffengericht und Landgericht sprachen jedoch die Angeklagten frei. Das Landgericht führte begründend aus: Als der erste Teil des Programms erledigt gewesen sei, habe der Vorsitzende des Unterstützungsverbands nach den tatsächlichen Feststellungen die Nichtmitglieder und die nicht eingeschätzten Fremden angefordert, den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung seien denn auch eine Anzahl Personen nachgekommen. Es stehe nun fest, daß der Krankenunterstützungsverbands eine geschlossene Gesellschaft sei. Die Mitglieder seien durch persönliche Beziehungen, durch Standesinteressen und durch Interessen an der Kasse „innerlich“ verbunden. Nicht erwiesen sei, daß nach Beendigung des ersten Programmteils solche Personen zur Teilnahme an dem Feste im Saal zurückgeblieben seien, die weder Mitglieder des Bunds, noch besonders eingeladen waren. Es handelt sich somit um die nichtöffentliche Tanzlustbarkeit einer geschlossenen Gesellschaft. Dadurch, daß der Unterstützungsverbands den Gesangverein „Vorwärts“, der zum Teil aus Mitgliedern des Bunds bestehe, zu der Festlichkeit und dem Tanzkränze eingeladen und auch die Teilnahme anderer Personen, die zur Festlichkeit besonders eingeführt waren, gebildet habe, sei die Tanzlustbarkeit noch nicht zu einer öffentlichen geworden, da auch so die Möglichkeit der Teilnahme auf einen ganz bestimmten Kreis beschränkt geblieben sei.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, der sich der Oberstaatsanwalt am Kammergericht anschloß, indem er besonders die Einladung und Teilnahme eines ganzen Gesangvereins bedenklich fand und u. a. bemerkte: Das Ober-Verwaltungsgericht sehe als eine geschlossene Gesellschaft nur an „einen vermög eines inneren Bunds wechselseitiger engerer Beziehungen in sich abgeschlossenen, nach außen begrenzten Personenzreis“. Im vorliegenden Fall müßte nachgeprüft werden, ob der eingeladene Gesangverein eine so lose Organisation habe und ob bei ihm die Mitgliedschaft so leicht zu erwerben sei, daß nicht von einem solchen innerlich verbundenen, nach außen abgegrenzten Personenzreis gesprochen werden könnte. Würde das festgestellt, dann wäre anzunehmen, daß mit der Einladung des Gesangvereins eine unbeschränkte Personenzahl eingeladen worden sei, und die Tanzlustbarkeit wäre dann als eine öffentliche anzusehen, obwohl ihr die Einladung von Gästen an sich noch nicht den Charakter der Öffentlichkeit verliehe.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der Verteidiger der Angeklagten, trat dieser Auffassung entgegen und machte geltend, nach dem Ministerialerlaß der allen entsprechenden Polizeiverordnungen zu Grunde liege, seien enger innere Beziehungen gar nicht ein Erfordernis für die Annahme einer geschlossenen Gesellschaft. Im übrigen bestehe hier ein innerer Zusammenhang, sowohl im Unterstützungsverbands der Schneider, als auch im Gesangverein „Vorwärts“. Für

den Fall der Zurückverweisung der Sache an das Landgericht werde behauptet, daß die Mitglieder des „Vorwärts“ zum größten Teil Mitglieder des Unterstützungsverbands seien, daß also auch in dieser Hinsicht enge persönliche Beziehungen beständen. Eine Zurückverweisung an den Vorderrichter sei aber seines Erachtens überflüssig, er beantrage deshalb die Verwerfung der Revision der Staatsanwaltschaft.

Der Strafsenat des Kammergerichts folgte dem Antrage des Rechtsanwalts Heine und wies das Rechtsmittel mit folgender Begründung zurück: Der Kranken-Unterstützungsverbands sei mit Recht als eine geschlossene Gesellschaft angesehen worden. Eine geschlossene Gesellschaft sei ein nach außen abgeschlossener, nach innen miteinander verbundener Personenkreis. Die innere Verbindung könne auf persönlichen Beziehungen beruhen, die zwischen den Mitgliedern entweder schon vorher bestanden hätten, oder welche durch die Vereinigung hergestellt würden; die innere Verbindung könne aber auch beruhen auf der Gemeinsamkeit des sozialen Zwecks des Vereins. Letzteres sowohl als auch die persönlichen Beziehungen seien hier gegeben, denn bei dem Kranken-Unterstützungsverbands der Schneider sei die Mitgliedschaft gebunden an die Zugehörigkeit zum Schneiderberufe und die tätige Teilnahme an den Unterstützungsarbeiten, sowie an einen Beitrag. Die Einführung von Gästen habe die Tanzlustbarkeit dieser geschlossenen Gesellschaft nicht zu einer öffentlichen gemacht. Ebenso wenig mache der Umstand, daß der Gesangverein „Vorwärts“ als solcher und im ganzen eingeladen worden sei, das Vergnügen zu einem öffentlichen, da nach dem landgerichtlichen Urteile feststehe, daß auch zwischen dem Verein „Vorwärts“ und dem Unterstützungsverbands persönliche Beziehungen beständen. Diese Beziehungen brauchen nicht notwendig zwischen allen einzelnen Mitgliedern beider Vereine bestehen. Es sei darum nicht rechtsirrtümlich, wenn der Vorderrichter annehme, daß die Mitglieder des Gesangvereins Gäste des Bunds gewesen seien.

## Versammlungen.

**Herr Karl Schmidt** sprach am Montag vor einer von 60 bis 70 Personen besetzten, in der Berliner Ressource abgehaltenen Volksversammlung. „Zeitbilder“ hieß sein Vortragsthema. Er besprach hauptsächlich die bei dem Brochek Sternberg zu Tage getretenen Erscheinungen, welche die öffentliche Meinung jetzt allgemein beschäftigen. Ferner zeigte er an der Hand eines Einzel-falles, daß das heut zu Tage bestehende Entmündigungsverfahren geisteskranker Personen dringend verbesserungsbedürftig ist. Herr Schmidt sagte am Anfang seiner Rede, die Versammlungen, welche die Socialdemokratie als Protest gegen öffentliche Mißstände abzuhalten pflege, würden schablonenhaft nach einem bestimmten Schema veranstaltet und hätten deshalb nicht die gewünschte Wirkung. Wer hiernach glauben möchte, Herr Schmidt habe ein neues und besonders wirksames System für Protestversammlungen entdeckt, der sah sich getäuscht. Die Schmidt'sche Versammlung war durchaus nach der auch anderwärts üblichen „Schablone“ zugeschnitten, aber es fehlte ihr der Erfolg, den socialdemokratische Protestversammlungen noch immer hatten und den Herr Schmidt, falls es ihm mit der Bekämpfung öffentlicher Mißstände ernst ist, sich gewiß auch wünscht.

**In dem Bericht über die Versammlung der Defektoren,** den wir am Samstag brachten, teilt uns der Vorsitzende der „Defektor-Vereinigung“, Herr Oskar Schönknecht, mit, daß die Arbeitgeber gar nicht daran gedacht hätten und denken, provokatorisch gegen ihre Arbeitnehmer vorzugehen und Arbeiterentlassungen in größerem Umfange vorzunehmen. Es herrsche im Gegenteil das Bestreben, im gegenseitigen Interesse die Arbeitsverhältnisse nach Möglichkeit friedlich zu gestalten. Was den Betrieb der Firma Gottschalk u. Pasko anbelangt, so entziehe sich derselbe der Vereinskompetenz.

**Centralverband der Konditoren.** (Mitgliedschaft Berlin.) Heute Mittwoch, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Schiller, Rosenhaldersstraße 57. Gäste willkommen.

**Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher.** (Zweigverein Berlin.) Donnerstag, den 22. November, abends 10 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenhaldersstraße 57: Versammlung: Bericht des Gewerkschaftsdelegierten.

**Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands.** (Mitgliedschaft Berlin.) Donnerstag, den 21. Novbr. abends 8 1/2 Uhr, Stralauerstraße 57 bei Riegel, Vortrag: „Die Erhaltung der Sehkraft“ (mit Demonstrationen). Referent: Herr Dr. Wurm.

## Vermischtes.

**Einem Schiffsunfall** melden die „Times“: Das Rettungsboot Nr. 1 von Margate, welches 22 Stunden in heftigem Sturm auf dem Meere war, ist gestern gegen 1 Uhr nachmittags zurückgekehrt, nachdem es dem Bremer Dampfer „Duisburg“ Hilfe geleistet, welcher an der östlichsten Sandbank bei Margate gestrandet ist und das Steuer und die Schraube verloren hat. Das Rettungsboot brachte drei Mann von seiner Mannschaft an Bord des Dampfers und schleppte ihn nach Gravesend.

**Eine große Feuerbrunst** wird aus Valparaiso gemeldet. Aus Paris kommt darüber folgendes Telegramm vom 19. November: Der „Petit Temps“ veröffentlicht eine Meldung, wonach der Minister des Aeußern heute abend von dem französischen Konsul in Santiago de Chile ein Telegramm erhalten habe, in welchem es, ohne Angabe von Einzelheiten, heiße, ein gewaltiger Brand habe Valparaiso zerstört. Die chilenische Gesandtschaft erklärte auf Anfrage, sie habe keine Nachricht darüber. Eine weitere Meldung aus London besagt, daß die ganze Hafenstadt eingäschert wurde. Der Schaden soll sich auf mehrere Millionen Dollar belaufen. Die Zahl der ums Leben gekommenen Personen ist noch nicht festgestellt; sie beläuft sich, so glaubt man, auf über 100. Infolge der Zerstörung des Telegraphennetzes sind die Verbindungen nach außerhalb abgeschnitten, so daß die Einzelheiten über den Brand noch fehlen.

**Notwehr gegen Prügelpädagogik.** Ein ganz seltener Streik sollte nach dem „Viegn. Tagebl.“ Montag im Dorfe Rosenig im Kreise Viegnig beginnen. Die Eltern der schulpflichtigen Kinder dort haben mit der Begründung, daß ihre Kinder von dem Kantor J. fortgesetzt gräßlich behandelt würden, sich gegenseitig schriftlich verpflichtet, ihre Kinder vom Montag ab nicht mehr in die Dorfschule zu schicken. Der Kreis-Schulinspektor ist von diesem Beschluß bereits in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, Anstalten zu treffen, daß die Kinder anderweitigen Schulunterricht erhalten. Einige Einwohner in Rosenig haben ihre Kinder bereits vor längerer Zeit aus demselben Grunde aus der dortigen Schule genommen und schicken sie nach Kungendorf, dem Nachbarort, zur Schule.

### Witterungsübersicht vom 20. November 1900, morgens 8 Uhr.

| Stationen  | Barometer-hoheit mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. u. G. °C | Stationen  | Barometer-hoheit mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. u. G. °C |
|------------|---------------------|--------------|------------|--------|----------------|------------|---------------------|--------------|------------|--------|----------------|
| Ewinemünde | 768                 | ONO          | 4          | bedekt | 4              | Opotanda   | 766                 | —            | 4          | bedekt | 2              |
| Hamburg    | 767                 | ONO          | 2          | bedekt | 6              | Petersburg | —                   | —            | —          | —      | —              |
| Berlin     | 766                 | O            | 3          | bedekt | 6              | Port       | 767                 | ONO          | 3          | bedekt | 6              |
| Frankf./M. | 763                 | NO           | 2          | bedekt | 5              | Übersee    | 771                 | ONO          | 1          | wolkig | 3              |
| München    | 763                 | NO           | 3          | bedekt | 2              | Paris      | —                   | —            | —          | —      | —              |
| Wien       | 764                 | ONO          | —          | Rebel  | 8              | —          | —                   | —            | —          | —      | —              |

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. November 1900.** Ein wenig kälter, zeitweise ausflarnd, vorwiegend noch trübe mit geringen Niederschlägen und wäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 21. November.  
**Opernhaus.** Konzert des Königl. Operorch. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Mittags 12 Uhr: Desentliche Hauptprobe.  
**Westen.** Maria Magdalena. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Pontus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Alle übrigen Theater geschlossen.  
 Donnerstag, den 22. November.  
**Opernhaus.** Figaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Der wilde Reutlingen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Geschlossen.  
**Deutsches.** Die Nacht der Hinführung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leistung.** Johannisfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reifens.** Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Westen.** Undine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Faust. (2. Teil. 1. Abend.) Anfang 8 Uhr.  
**Secessionsbühne.** Die Bildhauer. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Der Brautvater. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Der Liebesknecht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Süssen.** Meine Tochter. Vorher: Mein Stern. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Tugendbringer. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weisk.** Müller und Schuppe auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Welter.** Dem Hahn sein Weib. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anf. 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Säng. Anfang 8 Uhr.  
**Volksg.** Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. China in Berlin. Anfang mittags 12 Uhr.  
**Krania.** Taubenstr. 48/49. (Zur Theaterstr.) Anfang 8 Uhr.  
 Im Hörsaal: Die Gründe für den Bau der modernen Riesen-dampfer von Prof. Flamm. Invalidenstr. 57/62. Die Weltausstellung in Paris. Invalidenstr. 57/62.  
**Tägl. Sternwarte.** Nachmittags 5-10 Uhr.

**KRANIA** \* \* \*  
 Taubenstr. 48/49.  
 Im Theater abends 8 Uhr:  
**Auf den Wogen des Oceans.**  
 Im Hörsaal:  
**Die Gründe für den Bau der modernen Riesen-dampfer** von Prof. Flamm.  
 Invalidenstr. 57/62:  
**Die Weltausstellung in Paris.**  
 Invalidenstr. 57/62.  
**Tägl. Sternwarte.**  
 Nachmittags 5-10 Uhr.

**Berliner Aquarium**  
 Unter den Linden 68a.  
 Eingang Schadowstr. 14.  
 Heute Busstag Eintrittspreise  
**50 Pf.**  
 Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc.

**Passage-Theater**  
 Unter den Linden 22.  
 Heute (Busstag):  
**Keine Vorstellung.**  
 Morgen:  
**D-Vorstellung.**  
 Man kommt, wann man will, Man bleibt, so lange man will, Man geht, wann man will.

**Apollo-Theater.**  
 Heute Busstag: Geschlossen.  
 Morgen, Donnerstag, 22. Novbr.:  
**Fräulein Loreley**  
 Chavita \* Madge Ellis.  
**The Josephis**  
 („Die Unfassbaren“)  
 Cäcilie Carola. Pannonia.  
 Sullivan & Aranka.

**Metropol-Theater.**  
 Heute geschlossen.  
 Donnerstag, Freitag, Sonnabend  
**Der Zauberer am Nil**  
 mit dem originellen  
**Mumien-Ballett**  
 sowie dem brillant. vollhänd. neuen  
 November-Special-Programm.  
 Anf. 8 Uhr. Beginn der Operette  
 9 Uhr.  
 Rauchen überall gestattet.  
 Sonntag, 25. Nov. (Totensonntag)  
 Einmal. Ensemble-Gaspiel  
 des Leistung-Theaters.  
**Die Ehre.**

**Schiller-Theater**  
 (Wagner-Theater).  
 Mittwoch (Busstag): Geschlossen.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Faust**  
 von Goethe, der Tragödie II. Teil.  
 (1. Abend. Das Reich der Mütter.)  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Welt in der man sich langweilt.**

**Central-Theater**  
 Heute (Busstag): Geschlossen.  
 Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:  
 Zum fünfstenmal:  
**Der Brautvater.**  
 Klangprobe in 3 Akten von Adolf  
 Hofze. Musik von S. Maybader.  
 Freitag und Sonnabend:  
**Der Brautvater.**  
 Sonntag (Totensonntag), abends  
 7 1/2 Uhr: **Die Glocken von**  
**Corneville.**

**Secessionsbühne.**  
 Alexanderstr. 10.  
 Heute: Geschlossen.  
 Morgen: **Die Bildhauer.**  
**Dahelm. - Der Bär.**

**Carl Weiss-Theater**  
 Hr. Frankfurterstr. 132.  
 Heute, Mittwoch 7, Geschlossen.  
 Donnerstag und Freitag:  
**Haller und Schulze auf der**  
**Pariser Weltausstellung.**  
 Ausstattungspost mit Gelang von  
 G. Weisk und J. Dill.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonnabend: **Berlin wie es weint**  
 und **lässt.** Sonnabend, nachmittags  
 4 Uhr: **Kindervorstellung: Räuber**  
**und Schneider Benedict.**

**Thalia-Theater**  
 Dresdenstr. 72.  
 Heute am Busstag:  
**„Paulus“**  
 Oratorium v. Mendelssohn. 100 Mit-  
 wirkende. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Donnerstag, Freitag u. Sonnabend  
**Der Liebesknecht.**

**Passage-Panoptikum.**  
 Neu: **Krao**, das Blindgebild  
 zwischen Mensch u. Affe (lebend).  
**Liza**, das 12jährige Kleinkind  
 (300 Pfund schwer).  
**China in Berlin.**  
 Grobes theatralisch-ethnographisch.  
 Schauspiel in 11 Bildern.  
 Eintritt einschließlich Theater 50 Pf.  
 Kinder die Hälfte.

**Cirkus Schumann.**  
 Heute, Mittwoch, 21. Novbr. (Busstag)  
 keine Vorstellung.  
 Morgen, Donnerstag, den 22. Novbr.,  
 abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Elite-Vorstellung.**  
 Auftreten des gesamten Künstler-  
 personals und der neu engagierten  
 Spezialitäten u. a.:  
**Töwen-Baron-Töwen.**  
 Der großartigen Reiterkünstlerinnen:  
 Miss Mabel O'Brien, Miss Antoinette,  
 Miss Etienne u. 5 Jockey.  
 Auftreten des Direkt. Alb. Schumann  
 mit seinen einzig dastehenden Original-  
 dressuren.  
 Um 9 1/2 Uhr:  
**CHINA.**  
 Sensationelles und größtes Managen-  
 Ausstattungsstück mit wunderbaren  
 Wasser- und Lichteffekten.  
 Mitwirkend ca. 600 Personen.  
 Neue Einlage:  
 Erklärung der 20 Tausend hohen  
 glatten chinesischen Mauer. -  
 Fiktion der deutschen Flagg-  
 Stauenerregende Produktion.

**Sanssouci**  
 Kottbuserstrasse.  
 Jeden Sonntag,  
 Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
 Nord-Sänger.  
 Anfang Sonntag 7 Uhr.  
 Eintritt 50 Pf. Son 5-7:  
 Unterhaltungs-Musik.  
 Wochentags 8 Uhr. Eintritt  
 30 Pf.  
 Nach jeder Soiree:  
**Tanzkränzchen.**  
 Wochentags Tanz frei. Vereins- und  
 Sängerbildung wochentags gültig.  
 Sätze zu Festlich. u. Versammlungen.

**Reichshallen.**  
 Täglich: **Stettiner Säng.**  
 Heute: keine Vorstellung.  
 Morgen: (zum  
 letztenmal!)  
 Excellenz kommt!  
 Anfang 8 Uhr.  
 Vorher: Konzert.  


**W. Noacks Theater.**  
 Brunnenstr. 16.  
 Heute (Busstag): Geschlossen.  
 Donnerstag: **Kris-Oris.**  
**Theater Grand-Hotel**  
 Alexander-Platz.  
**Pummels Roman**  
 oder: **Berliner Leben.**  
 Hr. Berliner Gesangsposse in 5 Bildern.

**CASTANS**  
**PANOPTICUM**  
 Friedrichstr. 165.  
 Neu! **Dahomey-Dorf.** Neu:  
 38 wilde Weiber von der  
 Leibgarde des Königs Behanzin.  
 Kriegs-u. Gefechts-Szenen,  
 Exerziten, Nationaltänze.  
 Vorstellung: 12 Uhr mittags,  
 nachm. von 3-10 Uhr stündl.  
 „Allerseele“, neue Illusion!  
 Russ. Damenkapelle Zarina.  
 Entree 50 Pf.  
 Militär u. Kinder 25 Pf.

**Deutsche**  
**Konzerthallen**  
 Spandauer Brücke.  
**Täglich**  
**4 ausländische**  
**4 Kapellen 4**  
 Gr. Theater-Vorstellung.

**Glas-Christbaumschmuck**  
 Ein Köstlich Glas-  
 Christbaumschmuck  
 mit 300 Stück nur  
 gekostet sein verhält u.  
 gemalten Reubetten,  
 als: Kessler, Berlin,  
 überponn. Brillan-  
 tungen, Gloden,  
 Trompeten, Engel,  
 Christbaumspitze  
 überponn mit  
 Silberblech usw. Als  
 Gratisbeilage  
 fügen einen Engel mit bewegl. Glas-  
 Köstlich, sowie eine Cigarrenspitze  
 aus Bernstein mit dem Bildnis  
 des Beselers für den spottbill. Preis von  
 M. 5,30 fr. per Nachnahme.  
**Ernst Weschenfelder Tadel,**  
 Lauscha S.-M. 9566

**Chefredacteur.**  
 Für ein süddeutsches Parteiblatt wird ein wissen-  
 schaftlich gebildeter und durchaus zur Leitung be-  
 fähigter Chefredacteur gesucht. Stellung dauernd  
 und angenehm. Offerten unter **G. I** an die  
 Expedition des „Vorwärts“.  
 1189\*

**Wo amüsiert man sich grossartig?**  
 Hasenheide 21 und Jahstr. 8 in **Schnegelsbergs**  
**Festsäle**, Auf: Max Schindler. - Telefon: Amt IV  
 Nr. 1132. - Gute: **Grosser Ball**,  
 als **Spezialität: 8 Cigarren-** und echten  
**Weichspitzen-Regen** verbunden mit  
 Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen.  
 Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.  
 Empfehlung des geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken u.  
 meine Säle, 200 und 1200 Personen fassend (mit Bühne)  
 zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 157418\*

**Circus Jansly**  
 Schöneberg Hauptstraße  
 vis-a-vis dem Rathaus.  
 Donnerstag, den 22. November, abends 8 Uhr:  
**Große brillante Vorstellung.**  
 (Vorläuf. Programm.)  
 Durchschlagender Erfolg des gesamten Künstlerpersonals, Damen wie Herrn,  
 sowie Direktor Janslys unübertroffene Original-Freizeitsdressuren. Großes  
 Ballettcorps. - Spezialitäten von Weltberühmte Clowns und Auguste.  
 Täglich neues Programm. Adhärenz des Tageszeitel und Anschlagzäulen.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
 Karlsruherstrasse.  
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:  
 Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. H. Hütt.**  
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

**Max Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.**  
 Jeden Donnerstag:  
 Im neuen Besaatz: **Große Soiree der „Norddeutschen Sängers“**  
 Blümmann, Steinhardt, Stangenberg u.  
 Kaffeeöffnung 7 Uhr. Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**  
 Jeden **Grosses Militär-Streich-Konzert.**  
**Max Kliem.**  
 Empfehlung meine 3 Säle: 1200, 1000 und 500 Personen fassend, Vereinen  
 und Gesellschaften. 57056\*

**Damen-Mäntel enorm billig**  
 Direct in der Fabrik bei **Heinrich Rackwitz,**  
 Niederwallstrasse 28-29.  
 I. Etage, gleich am Spittelmarkt, viertes Haus rechts.  
 Chique Winter-Jaquets und Paletots, statt u. Preis u.  
 aus verd. 4, 15, 25, 35, 45, 55, 65, 75, 85, 95, 105, 115, 125, 135, 145, 155, 165, 175, 185, 195, 205, 215, 225, 235, 245, 255, 265, 275, 285, 295, 305, 315, 325, 335, 345, 355, 365, 375, 385, 395, 405, 415, 425, 435, 445, 455, 465, 475, 485, 495, 505, 515, 525, 535, 545, 555, 565, 575, 585, 595, 605, 615, 625, 635, 645, 655, 665, 675, 685, 695, 705, 715, 725, 735, 745, 755, 765, 775, 785, 795, 805, 815, 825, 835, 845, 855, 865, 875, 885, 895, 905, 915, 925, 935, 945, 955, 965, 975, 985, 995, 1005, 1015, 1025, 1035, 1045, 1055, 1065, 1075, 1085, 1095, 1105, 1115, 1125, 1135, 1145, 1155, 1165, 1175, 1185, 1195, 1205, 1215, 1225, 1235, 1245, 1255, 1265, 1275, 1285, 1295, 1305, 1315, 1325, 1335, 1345, 1355, 1365, 1375, 1385, 1395, 1405, 1415, 1425, 1435, 1445, 1455, 1465, 1475, 1485, 1495, 1505, 1515, 1525, 1535, 1545, 1555, 1565, 1575, 1585, 1595, 1605, 1615, 1625, 1635, 1645, 1655, 1665, 1675, 1685, 1695, 1705, 1715, 1725, 1735, 1745, 1755, 1765, 1775, 1785, 1795, 1805, 1815, 1825, 1835, 1845, 1855, 1865, 1875, 1885, 1895, 1905, 1915, 1925, 1935, 1945, 1955, 1965, 1975, 1985, 1995, 2005, 2015, 2025, 2035, 2045, 2055, 2065, 2075, 2085, 2095, 2105, 2115, 2125, 2135, 2145, 2155, 2165, 2175, 2185, 2195, 2205, 2215, 2225, 2235, 2245, 2255, 2265, 2275, 2285, 2295, 2305, 2315, 2325, 2335, 2345, 2355, 2365, 2375, 2385, 2395, 2405, 2415, 2425, 2435, 2445, 2455, 2465, 2475, 2485, 2495, 2505, 2515, 2525, 2535, 2545, 2555, 2565, 2575, 2585, 2595, 2605, 2615, 2625, 2635, 2645, 2655, 2665, 2675, 2685, 2695, 2705, 2715, 2725, 2735, 2745, 2755, 2765, 2775, 2785, 2795, 2805, 2815, 2825, 2835, 2845, 2855, 2865, 2875, 2885, 2895, 2905, 2915, 2925, 2935, 2945, 2955, 2965, 2975, 2985, 2995, 3005, 3015, 3025, 3035, 3045, 3055, 3065, 3075, 3085, 3095, 3105, 3115, 3125, 3135, 3145, 3155, 3165, 3175, 3185, 3195, 3205, 3215, 3225, 3235, 3245, 3255, 3265, 3275, 3285, 3295, 3305, 3315, 3325, 3335, 3345, 3355, 3365, 3375, 3385, 3395, 3405, 3415, 3425, 3435, 3445, 3455, 3465, 3475, 3485, 3495, 3505, 3515, 3525, 3535, 3545, 3555, 3565, 3575, 3585, 3595, 3605, 3615, 3625, 3635, 3645, 3655, 3665, 3675, 3685, 3695, 3705, 3715, 3725, 3735, 3745, 3755, 3765, 3775, 3785, 3795, 3805, 3815, 3825, 3835, 3845, 3855, 3865, 3875, 3885, 3895, 3905, 3915, 3925, 3935, 3945, 3955, 3965, 3975, 3985, 3995, 4005, 4015, 4025, 4035, 4045, 4055, 4065, 4075, 4085, 4095, 4105, 4115, 4125, 4135, 4145, 4155, 4165, 4175, 4185, 4195, 4205, 4215, 4225, 4235, 4245, 4255, 4265, 4275, 4285, 4295, 4305, 4315, 4325, 4335, 4345, 4355, 4365, 4375, 4385, 4395, 4405, 4415, 4425, 4435, 4445, 4455, 4465, 4475, 4485, 4495, 4505, 4515, 4525, 4535, 4545, 4555, 4565, 4575, 4585, 4595, 4605, 4615, 4625, 4635, 4645, 4655, 4665, 4675, 4685, 4695, 4705, 4715, 4725, 4735, 4745, 4755, 4765, 4775, 4785, 4795, 4805, 4815, 4825, 4835, 4845, 4855, 4865, 4875, 4885, 4895, 4905, 4915, 4925, 4935, 4945, 4955, 4965, 4975, 4985, 4995, 5005, 5015, 5025, 5035, 5045, 5055, 5065, 5075, 5085, 5095, 5105, 5115, 5125, 5135, 5145, 5155, 5165, 5175, 5185, 5195, 5205, 5215, 5225, 5235, 5245, 5255, 5265, 5275, 5285, 5295, 5305, 5315, 5325, 5335, 5345, 5355, 5365, 5375, 5385, 5395, 5405, 5415, 5425, 5435, 5445, 5455, 5465, 5475, 5485, 5495, 5505, 5515, 5525, 5535, 5545, 5555, 5565, 5575, 5585, 5595, 5605, 5615, 5625, 5635, 5645, 5655, 5665, 5675, 5685, 5695, 5705, 5715, 5725, 5735, 5745, 5755, 5765, 5775, 5785, 5795, 5805, 5815, 5825, 5835, 5845, 5855, 5865, 5875, 5885, 5895, 5905, 5915, 5925, 5935, 5945, 5955, 5965, 5975, 5985, 5995, 6005, 6015, 6025, 6035, 6045, 6055, 6065, 6075, 6085, 6095, 6105, 6115, 6125, 6135, 6145, 6155, 6165, 6175, 6185, 6195, 6205, 6215, 6225, 6235, 6245, 6255, 6265, 6275, 6285, 6295, 6305, 6315, 6325, 6335, 6345, 6355, 6365, 6375, 6385, 6395, 6405, 6415, 6425, 6435, 6445, 6455, 6465, 6475, 6485, 6495, 6505, 6515, 6525, 6535, 6545, 6555, 6565, 6575, 6585, 6595, 6605, 6615, 6625, 6635, 6645, 6655, 6665, 6675, 6685, 6695, 6705, 6715, 6725, 6735, 6745, 6755, 6765, 6775, 6785, 6795, 6805, 6815, 6825, 6835, 6845, 6855, 6865, 6875, 6885, 6895, 6905, 6915, 6925, 6935, 6945, 6955, 6965, 6975, 6985, 6995, 7005, 7015, 7025, 7035, 7045, 7055, 7065, 7075, 7085, 7095, 7105, 7115, 7125, 7135, 7145, 7155, 7165, 7175, 7185, 7195, 7205, 7215, 7225, 7235, 7245, 7255, 7265, 7275, 7285, 7295, 7305, 7315, 7325, 7335, 7345, 7355, 7365, 7375, 7385, 7395, 7405, 7415, 7425, 7435, 7445, 7455, 7465, 7475, 7485, 7495, 7505, 7515, 7525, 7535, 7545, 7555, 7565, 7575, 7585, 7595, 7605, 7615, 7625, 7635, 7645, 7655, 7665, 7675, 7685, 7695, 7705, 7715, 7725, 7735, 7745, 7755, 7765, 7775, 7785, 7795, 7805, 7815, 7825, 7835, 7845, 7855, 7865, 7875, 7885, 7895, 7905, 7915, 7925, 7935, 7945, 7955, 7965, 7975, 7985, 7995, 8005, 8015, 8025, 8035, 8045, 8055, 8065, 8075, 8085, 8095, 8105, 8115, 8125, 8135, 8145, 8155, 8165, 8175, 8185, 8195, 8205, 8215, 8225, 8235, 8245, 8255, 8265, 8275, 8285, 8295, 8305, 8315, 8325, 8335, 8345, 8355, 8365, 8375, 8385, 8395, 8405, 8415, 8425, 8435, 8445, 8455, 8465, 8475, 8485, 8495, 8505, 8515, 8525, 8535, 8545, 8555, 8565, 8575, 8585, 8595, 8605, 8615, 8625, 8635, 8645, 8655, 8665, 8675, 8685, 8695, 8705, 8715, 8725, 8735, 8745, 8755, 8765, 8775, 8785, 8795, 8805, 8815, 8825, 8835, 8845, 8855, 8865, 8875, 8885, 8895, 8905, 8915, 8925, 8935, 8945, 8955, 8965, 8975, 8985, 8995, 9005, 9015, 9025, 9035, 9045, 9055, 9065, 9075, 9085, 9095, 9105, 9115, 9125, 9135, 9145, 9155, 9165, 9175, 9185, 9195, 9205, 9215, 9225, 9235, 9245, 9255, 9265, 9275, 9285, 9295, 9305, 9315, 9325, 9335, 9345, 9355, 9365, 9375, 9385, 9395, 9405, 9415, 9425, 9435, 9445, 9455, 9465, 9475, 9485, 9495, 9505, 9515, 9525, 9535, 9545, 9555, 9565, 9575, 9585, 9595, 9605, 9615, 9625, 9635, 9645, 9655, 9665, 9675, 9685, 9695, 9705, 9715, 9725, 9735, 9745, 9755, 9765, 9775, 9785, 9795, 9805, 9815, 9825, 9835, 9845, 9855, 9865, 9875, 9885, 9895, 9905, 9915, 9925, 9935, 9945, 9955, 9965, 9975, 9985, 9995, 10005, 10015, 10025, 10035, 10045, 10055, 10065, 10075, 10085, 10095, 10105, 10115, 10125, 10135, 10145, 10155, 10165, 10175, 10185, 10195, 10205, 10215, 10225, 10235, 10245, 10255, 10265, 10275, 10285, 10295, 10305, 10315, 10325, 10335, 10345, 10355, 10365, 10375, 10385, 10395, 10405, 10415, 10425, 10435, 10445, 10455, 10465, 10475, 10485, 10495, 10505, 10515, 10525, 10535, 10545, 10555, 10565, 10575, 10585, 10595, 10605, 10615, 10625, 10635, 10645, 10655, 10665, 10675, 10685, 10695, 10705, 10715, 10725, 10735, 10745, 10755, 10765, 10775, 10785, 10795, 10805, 10815, 10825, 10835, 10845, 10855, 10865, 10875, 10885, 10895, 10905, 10915, 10925, 10935, 10945, 10955, 10965, 10975, 10985, 10995, 11005, 11015, 11025, 11035, 11045, 11055, 11065, 11075, 11085, 11095, 11105, 11115, 11125, 11135, 11145, 11155, 11165, 11175, 11185, 11195, 11205, 11215, 11225, 11235, 11245, 11255, 11265, 11275, 11285, 11295, 11305, 11315, 11325, 11335, 11345, 11355, 11365, 11375, 11385, 11395, 11405, 11415, 11425, 11435, 11445, 11455, 11465, 11475, 11485, 11495, 11505, 11515, 11525, 11535, 11545, 11555, 11565, 11575, 11585, 11595, 11605, 11615, 11625, 11635, 11645, 11655, 11665, 11675, 11685, 1

Der Prozeß gegen die Harnlosen

2. Tag.

Landgerichts-Direktor Oppermann legt nach Eröffnung der Sitzung die Vernehmung mit dem Angeklagten v. Kayser fort. Um darzutun, daß der Klub nach bestimmten Grundregeln organisiert war, stellt der Präsident fest, daß besonders darauf gehalten wurde, daß die im Spiel verlorenen Beträge, die nicht sofort bezahlt werden konnten, schleunigst reguliert wurden. Der Umsatz, der während der Spielzeit im Minerva-Hotel erzielt wurde, wird von dem Angeklagten v. Kayser auf etwa 120-130 000 M. geschätzt. Es hatten einzelne Mitglieder Verluste von 10, 12, 15, 20- und 30 000 M. zu beklagen. Der Angeklagte giebt an, daß seine Mutter ihm monatlich einen Zuschuß von 2-300 M. gegeben, außerdem seine Schneidrechnungen und seine Reisen bezahlt habe. Im Jahre 1896 habe er seiner Mutter eine größere Schuld begeben. Seine Einkünfte aus gelegentlichen amüslichen Dienstleistungen könnten kaum in Betracht kommen. Er habe ein Liebesverhältnis mit einer geschiedenen Frau Voigt unterhalten, für die er in der Mittelstraße eine Wohnung zum Preise von monatlich 100 Mark gemietet habe. Ende August habe er sie von Baden-Baden geholt und sie nach Lübeck gebracht, wo sie beim Stadttheater Engagement erhalten hatte. Etwa ein Jahr später habe er der Frau Voigt eine Wohnung im Hause Lüneburgerstraße 4 gemietet, sei im Februar 1897 zu ihr gezogen und habe die gemeinschaftlichen Unterhaltungskosten mit monatlich 500 M. bestritten. Um seiner Mutter das Verhältnis mit der Frau Voigt zu verbergen, habe er sich gleichzeitig ein möbliertes Zimmer in der Werffstraße gemietet. Geschenke habe er der Frau Voigt nur selten gemacht, darunter einmal einen Brillantring zum Werte von 400 und eine Brosche zum Werte von 200 M. Der Angeklagte bestreitet, daß seine persönlichen Bedürfnisse größere Summen verschlungen hätten, wenn er auch in den besten Hotels verkehrte. Der Präsident läßt dem Angeklagten eine Rechnung vom Jahre 1897 vorlegen, wonach er vom Mai bis Dezember für 700 M. Kleidungsstücke hat anfertigen lassen.

Der Angeklagte giebt zu, daß seine Schulden sich auf etwa 50 000 M. belaufen, würde er nicht gespielt haben, so würde sich seine Schuldenlast auf höchstens 20 000 M. belaufen haben. Seine Mutter habe für ihn bereits gegen 20 000 M. Prospektkosten - zu meist Anwaltsgebühren - bezahlt. Auch Frau Voigt habe durch bare Zuwendungen bewiesen, daß sie jederzeit bereit gewesen sei, für ihn einzutreten.

Der Vorsitzende geht hierauf zur Vernehmung des Angekl. v. Schachtmeier

über. Er ist zum erstenmal zum Spiele gekommen, als er 1897 bei einem Aufenthalte in Kachen seinen früheren Vorgesetzten Herrn v. Kröcher traf. Er spielte mit mehreren jüngeren Offizieren und Herrn Wolf, der gleichfalls in der Gesellschaft sich befand, zuerst Roulette und später Baccarat. In den Würfelspielen gehörte auch der verstorbene Lieutenant v. Schrader, den seine Spielleidenschaft schließlich zum Ruin gebracht hat. Er hat sich in Ostende vergiftet. In Kachen beim Baccarat hat Herr v. Kröcher 13 500 M. undbar gewonnen, der Lieutenant v. Wancat 20 000 M. verloren. Der Angeklagte, der dann als billig abgekauft, hatte Geldmangel an dem Spiel gefunden und ist durch Herrn v. Kröcher in Berlin in Spielkreise eingeführt worden und hat in dessen Gesellschaft auch in Wiesbaden einmal gespielt. Auch dort befand sich Wolf mit in der Gesellschaft der jungen Offiziere. Die Herren spielten Baccarat in dem Salon, der zu dem Kröcher-Schachtmeier'schen Logis im Hotel Kaiserhof gehörte. Der Angeklagte hatte etwa 400 M. verloren, kam dadurch in Verlegenheit und borgte sich zur Rückreise nach Berlin 200 M. von Wolf. In Berlin hat er dann in den verschiedenen Lokalen am Spiel teilgenommen und größere Summen verloren, u. a. einmal 8000 M. an den Grafen Münster. Auch während des Bestehens des Klubs im Centralhotel und im Hotel Minerva hat er täglich dort verkehrt und einige Gewinne eingesammelt. Er behauptet, daß diese die Summe von 3000 M. oder 4000 M. an einem Abend nicht überschritten haben. Der Saldo will er 15 000 M. gewonnen haben. Die Klubpapiere, die er nach dem Erscheinen des Zeitungsartikels zu sich genommen hatte, habe er verbrannt, weil viele der jungen Offiziere und sonstigen Mitglieder des Klubs händeringend zu ihm gekommen seien und ihn dringend gebeten hätten, die Belege zu verbleiben. Er hat dies auch getan, zu seiner eignen Sicherheit, wie er sagt, aber die Mitgliederliste zu zurückhalten. In einzelnen Fällen hat er Spielern, die in Verlust waren, Geld zum Weiterspielen geborgt. Der Angeklagte Wolf trat in der Gesellschaft der Spieler als feiner, sehr wohlhabender Mann auf, der nie in Geldverlegenheit war und bereitwillig andern aus der Verlegenheit half. v. Schachtmeier hat mit Wolf mehrere Male zusammen die Bank gehalten. Als der Klub aufgelöst war, zeigte Wolf dem Angeklagten v. Kayser an, daß er ins Ausland gereist sei, sich aber zum Termin stellen würde. Aus dieser Thatsache schließt die Anklage auf ein Schuldverhältnis der übrigen Gründer des Klubs, v. Schachtmeier giebt über seine Vermögensverhältnisse an, daß er im Jahre 1898 bei seiner Großjährigkeit ein Kapital von 33 000 M. ausbezahlt erhalten habe. Mit diesem Gelde habe er an der Börse spekuliert, aber ohne Glück, denn im Jahre 1897, als er seine Spielthätigkeit begann, habe er nur noch 20 000 M. besessen. Zu damaliger Zeit habe er ein Verhältnis mit einer jungen Dame angeknüpft. Er habe eine Wohnung in Wilmersdorf gemietet und mit Möbeln auf Abzahlung ausgestattet. Er hatte monatlich 300 M. Abzahlung zu leisten, als Wirtschaftsgeld gab er monatlich 150 M. und die Miete betrug jährlich 1000 M. Wenn man ferner erwägt, daß die Geliebte des Angeklagten außerordentlich nobel auftrat, teure Equipagen benutzte u. dergl., so scheint der Verdacht, daß v. Schachtmeier diese Ausgabe durch Spielgewinn befrucht, begründet.

Auf Befragen des Oberstaatsanwalts Dr. Jsenb i e l giebt Angeklagter v. Schachtmeier bezüglich seines jetzigen Vermögensstands an, daß er teils geschäftlich, teils infolge dieses Prozesses alles verloren habe und sich nach verschiedenen Beschäftigungen umgesehen habe. Früher Ulrich sei eine Bar in der Ranonierstraße eingerichtet worden, zu der er 2000 M. und seine Großmutter 6000 M. hergab. Die Bar ist nach einem halben Jahre wieder eingegangen. Auf Befragen der Verteidiger erklärt der Angeklagte, daß sich Wolf mit seiner Bereitwilligkeit, den Spielern Darlehne zu geben, keineswegs aufgebrängt habe. Als Herr v. Recum sich eines Abends vergeblich bemühte, etwas Geld zu erhalten und ausrief: „Ist denn niemand da, der dem Freiherrn v. Recum lumpige 200 Mark pumpet?“ habe ihm Wolf das Geld geliehen. Auf Erfragen des Rechtsanwalts Leonhard Friedmann giebt der Angeklagte v. Kayser an, daß das Vermögen seiner Mutter 300 000 M. betrage, sein Stiefvater habe ein Gehalt von 15 000 M. und freie Dienstwohnung.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten Wolff.

Er giebt an, daß sein Vater ein kleiner Wurstwaren-Fabrikant gewesen und gestorben sei, als der Angeklagte 5 Jahre alt war. Um seine in bedrängten Verhältnissen lebende Mutter zu entlasten, habe man ihn zu Verwandten nach Hamburg geschickt. Dort sei er bis zum 12. Jahre gewesen und dann nach Berlin zurückgekehrt. Er habe eine minderwertige Schmeichelei besucht, niemand habe sich um ihn gekümmert und da sei er denn auf Abwege und schließlich ins Zucht haus geraten. Nach Verbüßung dieser Strafe habe er das Photographieren erlernt und sich dabei ein kleines Vermögen erworben. Dann kamen die Gründerjahre, er habe sich an Grundstücksspekulationen beteiligt und mit solchem Glück, daß er jährlich gegen 20 000 Thaler verdiente. Durch seinen Verkehr mit angesehenen reichen Leuten sei er nach und

nach mit Spielern in Verbindung gekommen und der Spielleidenschaft völlig verfallen. Er habe sich durch Bankhalten ein erhebliches Vermögen erworben, mit dem er gemeinschaftlich mit einem Bekannten andere Städte, Bäder und auch die Kuppelplätze besuchte. Sie hätten die Arbeit so eingeteilt, daß der Socius die Kasse führte, während er die Bank hielt. Im Jahre 1888 sei gegen beide ein Verfahren wegen gewerbsmäßigen Glückspiels eingeleitet worden. Er habe es besonders mit Rücksicht auf seine Vorstrafen vorgezogen, mit seiner Ehefrau nach Amerika zu gehen, wo er sich zuerst als Musiker und dann als Geschäftsteilhaber ernährte. Im Jahre 1888 seien 5 Jahre verstrichen gewesen. Er habe geglaubt, daß die Strafjagd wegen gewerbsmäßigen Glückspiels verfehrt sei und sei deshalb nach Berlin zurückgekehrt. Seine Annahme betreffs der Verjährung habe sich aber als irrig erwiesen. Er habe sich der Polizei selbst gestellt und sei wegen gewerbsmäßigen Glückspiels zu vier Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Als er aus Amerika zurückkehrte, habe er ein Barvermögen von 150 000 M. gehabt, sowie ferner noch Kassenstände in Höhe von etwa 180 000 M., aber von so zweifelhaftem Wert, daß er sie als einen Vermögensbestand kaum gerechnet habe. Durch Verlesung des Urteils wird festgestellt, daß die beiden damaligen Angeklagten das Bankhaltergeschäft in der umfangreichsten Weise betrieben und dabei kolossale Gewinne erzielt haben. Der Verdacht, daß auch zum Glückspiel geübt worden sei, hat sich nicht bestätigt und deswegen wird sie freigesprochen worden. Ebenso wurde festgestellt, daß der Angeklagte und sein Socius in Baden-Baden den übrigen Mitspielern etwa

400 000 M. abgenommen

hatte, wogegen es allerdings auch vorlam, daß die Bankhalter mit einem Verlust von 50 000 M. abgingen. Nach Verbüßung der letzten Strafe hat der Angeklagte Geld gegen Wechsel verlehren und gekündigt 20 Proz. Zinsen genommen. Nach und nach sei er mit den Mitgliedern des Klubs der Harnlosen bekannt und in ihre Kreise hineingezogen worden. Die alte Leidenschaft sei wieder erwacht, er habe sich lebhaft an dem Spiel beteiligt. Aber es sei nicht zutreffend, daß er jedem, der den Wunsch ausdrückte, mit Darlehen unter die Arme gegriffen habe. Dazu würde sein nicht bedeutendes Vermögen keineswegs ausgereicht haben. Er könne den Zinsersatz seines Vermögens auf kaum 6000 M. angeben. Der Präsident hält dem Angeklagten vor, daß er doch fast alle Kuppelplätze des In- und Auslands besucht habe. Ferner sei der Angeklagte in den letzten Jahren noch einmal in New York gewesen, von dort nach St. Francisco gereist und über Honolulu, Ceylon und Port-Said nach Europa zurückgekehrt. Es liege der Verdacht vor, daß der Angeklagte auch auf dieser Weltreise dem gewerbsmäßigen Spiel obgelegen habe. Der Angeklagte stellt dies in Abrede, wenn er auch zugeben wolle, daß er auf dem Dampfer mit anderen Herren Baccarat gespielt und dabei 600 M. gewonnen habe. Der Gewinn sei aber nur ein scheinbarer gewesen, denn auf der Reise habe er einen Offizier kennen gelernt, der ihm 1000 Mark abgepumpt und trotz seines Versprechens nicht zurückgezahlt habe. Er habe nicht den Klageweg gegen ihn beschritten, weil er bestärkt hätte, daß dabei seine Verangenehmtheit in Sprache kommen würde. Ferner räumt der Angeklagte ein, daß er zweimal im Jahre 1896 nach Nürnberg gereist sei und dort gespielt habe, zuletzt mit einem Herrn Lewin, der ihm später als gewerbsmäßiger Spieler bezeichnet worden sei. In Nürnberg sei „Poker“ und Baccarat gespielt worden, wobei er gegen 800 M. gewonnen habe. Der Angeklagte bestreitet, daß er - wie behauptet wird - die Karten mitgebracht habe. Von Nürnberg seien sie nach München gereist, dort hätten sie aber nicht gespielt. In Kachen habe der Angeklagte die Herren v. Kröcher und v. Schachtmeier durch den dort ebenfalls anwesenden Lieutenant v. Schrader kennen gelernt. Mit dem letzteren habe er früher häufig Billard gespielt und ihm auch einmal ein Darlehen in Höhe von 1000 M. gewährt, er könne aber nicht mehr angeben, unter welchen Bedingungen. In Kachen habe man mehrere Male in dem Zimmer des Herrn v. Schachtmeier das Roulette benützt und als dies zu langweilig wurde, Baccarat gespielt. Hieran habe sich auch der Lieutenant Benkart, ebenfalls ein Kachener Kurgast, beteiligt. Dieser habe gegen 20 000 M. an ihn - Wolff - verloren, Wolff wiederum 13 500 M. an v. Kröcher und v. Schachtmeier habe 300 M. in bar von Wolff gewonnen. Die genannten großen Summen seien gegenseitig als Schuld übertragen worden. Damit verlagt der Präsident die Verhandlung bis Donnerstagvormittag 9 1/2 Uhr. Die Vernehmung des Angeklagten Wolff soll dann fortgesetzt werden.

Aus Wien wird berichtet, daß dort der Haftbefehl gegen Herrn v. Kröcher zu spät an die dortige Polizeidirektion gelangt ist. Herr v. Kröcher ist bereits am Freitagabend ohne Angabe seines Ziels von dort abgereist. Er hatte in Wien ein sehr zurückgezogenes Leben geführt und war alltäglich vor 10 Uhr abends zu Hause. Er hatte im siebenten Bezirk eine luxuriös ausgestattete Wohnung, für die er 1500 Kronen Miete zahlte.

Aus der Frauenbewegung.

Das Verbot der industriellen Frauenarbeit ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiterinnen lautete das Thema, das Frau Käthe Dunder-Weizig am Montag in einer Volksversammlung in den „Arminushallen“ Moabit behandelte. Die Rednerin verwies eingangs darauf, daß sich die gesetzgebenden Körperschaften voraussichtlich in nächster Zeit mit der von der Gewerbe-Inspektion vorgenommenen Enquete über die Ursachen und Folgen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen beschäftigen werden und daß es darauf ankomme, daß die Arbeiterinnen als die Hauptbeteiligten rechtzeitig klar und deutlich ihre Wünsche zum Ausdruck bringen, zumal von verschiedenen Seiten Mittel angeblüh zur Beseitigung der Uebelstände in Vorschlag gebracht werden, gegen die sich die Arbeiterinnen mit aller Entschiedenheit wenden müssen. Sie müssen andererseits aber ihre Forderungen immer wieder zu erkennen geben, damit die bürgerlichen Parteien und die Regierung die von der socialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge im Reichstage nicht mit dem alten abgedroschenen Vorwande delämpfen können: Die Arbeiterinnen wollen ja gar keine weitere Ausdehnung der Schutzgesetze.

Die Rednerin schildert hierauf die überaus traurige Lage insbesondere der verheirateten Arbeiterin, die durch die viel zu lange und anstrengende Tätigkeit in der Fabrik schon ausgemergelt genug, auch dann noch mit der vollen Kraft beanspruchenden häuslichen Arbeit und den Pflichten der Mutter belastet ist. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es der Arbeiterin ganz unmöglich, ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter in dem notwendigen Maße zu genügen. Die Folge davon ist, die körperliche und geistige Verfallung vieler Kinder, insbesondere die ungemein hohe Kindersterblichkeitsziffer, die sich nachweislich, trotzdem keine der früheren Epidemien in den letzten 25 Jahren zu verzeichnen ist, beständig erhöht hat und zwar in demselben Maße, als die Frauenarbeit in der Industrie forschreitet. Natürlich zehrt die bürgerliche Klasse über die angebliche Verrohung der Arbeiterjugend und sie selbst ist es, die nicht nur den Vater, sondern auch die Mutter, ja sogar das zarte Kind in die Lohnknechtschaft drängt, das Familienleben zerstört und die notwendige Pflege und Erziehung der Jugend in jeder Weise verhindert. Sehr eingehend polemisiert die Referentin sodann gegen den Vorschlag, den Dr. Wölle in seiner jüngst erschienenen Schrift gemacht hat: Das Arbeiten verheirateter Frauen in der Fabrik überhaupt zu verbieten. Die Schäden seien von dem Verfasser wohl richtig anerkannt worden, aber die Mittel, die er zur Beseitigung vorschlägt, müssen mit aller Entschiedenheit

bekämpft werden. Die Arbeiterfrau schäufet nicht in der Fabrik, um mit dem verdienten Gelde Ludwig zu treiben und Vergnügungen zu fröhnen, wie es Dr. Wölle glauben zu machen versucht; sie arbeitet auch nicht, wie ein großer Teil der Beamtenfrauen und -Töchter, um ihrer Eignung zu genügen, sondern die bitterste Not, weil der Mann bei den erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht im Stande ist, allein eine Familie mit einigermaßen zu ernähren, treibt die Arbeiterfrau und die Kinder, wie von den Fabrikinspektoren allgemein festgestellt worden ist, in die Lohnknechtschaft. Ganz unzutreffend ist andererseits auch die Behauptung, daß durch ein Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen infolge des dadurch verminderten Angebots die Löhne der männlichen Arbeiter erheblich steigen würden. Obwohl gegenwärtig eine stattliche Zahl verheirateter Frauen in den Fabriken beschäftigt ist, so ist deren Zahl doch nicht so groß, um auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der männlichen Fabrikarbeiter einen wesentlichen Einfluß auszuüben, abgesehen davon, daß die Männer dieser Frauen in anderen Berufen beschäftigt sind und erst recht von einer Steigerung der Löhne nichts merken würden. Die Folge eines solchen Verbots würde lediglich die sein, daß die aus den Fabriken gedrängten Frauen sich eine andre Beschäftigung suchen und suchen müssen, insbesondere wenn der Mann arbeitslos oder durch irgendwelche Umstände arbeitsunfähig ist und schließlich würden sie in der noch viel schlimmeren, die sittlichen und die gesundheitlichen Zustände der gesamten Familie noch weit mehr schädigenden Hausindustrie ein Unterkommen finden. - Also kein Verbot der Fabrikarbeit können die Frauen wollen, sondern einen wirklichen, durchgreifenden Schutz aller Arbeiterinnen und vor allen Dingen fordern sie die völlige Koalitionsfreiheit, um sich durch die Macht der Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen zu können und um dem Unternehmertum in der Ausbeutung der Arbeitskraft Schranken zu setzen.

Gerade jetzt, wo die Abwärtsbewegung der Konjunktur ihren Anfang nimmt und die Unternehmer, die ihren hohen Profit nach wie vor in Anspruch nehmen wollen, darauf bedacht sind, die Produktionskosten durch Reducierung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit u. dergl. noch mehr zu verbilligen, müßten die Forderungen der Arbeiterinnen von der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Allerdings werden die Unternehmer und ihre Vertreter kein Mittel unversucht lassen, jedwede Beschränkung ihrer Ausbeutungsgelüste zu verhindern, sie werden wie immer nach bekanntem Muster im Parlament und der Presse schreien, daß die Industrie zu Grunde geht usw., das wird aber die Socialdemokratie, die einzige wahre Vertreterin der Arbeiterklasse, nicht abhalten, wie bisher so auch in Zukunft die Forderungen der Arbeiterinnen energisch zu vertreten.

In ihren weiteren Ausführungen kritisierte die Rednerin, der ein gut gezeichnetes, reichhaltiges Material, namentlich aus den Berichten der Fabrikinspektion zu Gebote stand, die gegenwärtigen, völlig unzulänglichen Arbeiteraus-Belege und deren Handhabung und begründete im Anschluß hieran die einzelnen von den Arbeiterinnen als notwendig erachteten Forderungen. Der Vortrag wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich u. a. Frau J h e r im Sinne des Referats beteiligte und in der die Meinung zum Ausdruck kam, daß die Arbeiterinnen von der bürgerlichen Frauenbewegung nichts zu erwarten haben, sondern sich nur im gemeinsamen Kampf mit der männlichen Arbeiterschaft auf der socialen und wirtschaftlichen Aneignung befleißigen können, gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der ausführlich begründet zunächst folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Abolutes Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen.
2. Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.
3. Einführung des gesetzlichen Achtstundentags für Arbeiterinnen.
4. Freigabe des Sonntagnachmittags für die Arbeiterinnen.
5. Aufrechterhaltung der gesetzlich festgelegten Schutzzeit für erwerbsfähige Schwangere und Wöchnerinnen von 4 Wochen vor bis 6 Wochen nach der Niederkunft. Beseitigung der Ausnahmeverordnungen zu früherer Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Erhöhung des Krankengelds für Schwangere bzw. Wöchnerinnen auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagelohns. Obligatorische Ausdehnung der Krankenunterstützung der Wöchnerinnen auf die Frauen der Krankenkassen-Mitglieder.
6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie.
7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.
8. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.
9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten.

Ein socialistischer Frauenkongress wird am 27. Januar 1901 in Gent (Belgien) abgehalten werden. Zur Beratung gelangen u. a.: Gründung eines nationalen Bundes der Frauenvereine; Berichte über die Frauenbewegung in Belgien; Beteiligung der Frauen an den Gewerbegerichten und Arbeitslammern.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Wetende. Es sind lebende Personen.

Vertrauensperson in Schöneberg und andere. Wir bitten, doch in Zukunft Berichte mit Tinte und nicht mit Bleistift zu schreiben. Gerade Arbeiter sollten den Segen nicht zumuten, verweichte Bleistiftspitzen in späteren Nachstunden bei ähnlicher Beschäftigung zu empfinden und so ihr Augenlicht vorzeitig zu ruinieren.

Klub 68. 1. Er ist nicht verpflichtet, die Ablehnung kann aber unter Umständen eine Beleidigung darstellen. 2. Ja, wenn er es dem Volk vor Annahme der Beilegung mitteilt, sonst nur den angehenden. - A. J. Ja. - Schlemmer. 31. 1. Ist die Verurteilung durch das Gewerbegericht oder Innungs-Schiedsgericht erfolgt, beantragen Sie die Vornahme der Zwangsvollstreckung in der Gerichtsvollzieher des betreffenden Gerichts, handelt es sich um ein Urteil des Amts- oder Landgerichts, dann beantragen Sie die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung des Urteils und senden Sie diese dann zur Inhaftung und Vornahme der Zwangsvollstreckung an die Bertelungsbelle des Amtsgerichts. 2. Der Arbeitgeber hat die Einzahlung zu veranlassen. - A. J. 22. 1. Wenn Ihnen keine betriebslichen Vorpostelungen über die Qualität der Ware gemacht sind, sind Sie an den Betrag gebunden. 2. Sie haben eine angemessene Rate zu zahlen. Als solche dürften 50 Pf. anzusehen sein. - A. R. 41. 1. Der Gerichtsvollzieher ist berechtigt, das Spind zu öffnen und das Portimonale zu untersuchen. 2. Er ist auch befugt, zu siegeln, Ihre Frau muß dann intervenieren. 3. Ist unverständlich. 4. Nein, die Untersuchung ist nicht notwendig.

64. Sie müssen zunächst zahlen, können aber, wenn die Krankheit und Arbeitslosigkeit längere Zeit hindurch gewährt hat, bei der Steuerdeputation unter Angabe der Gründe teilweise Rückzahlung beantragen. - W. R. 100. Beleidigung nicht, wohl aber völlig verworren. - W. R. 100. Nein. - W. D. 4. Die Ablehnung kann ohne Anwalt erfolgen. Sie müssen aber einen Gehilfen haben. Wegen Ausstellung eines solchen wenden Sie sich an das Gericht des letzten Wohnortes des Abwehlers. - A. G. 10. Nein. - Tröschelkutscher. Der Kontrakt gilt bis 1. 10. 1901. Sie können also vorher nicht geistert werden. - A. R. 101. Wenn Sie in Stunden- oder Tagelohn stehen, nein, andernfalls ja. - 888. Ja.

65. G. Heibingfeld. 1. Sie können sowohl gegen A. wie gegen B. Privatklage wegen Beleidigung erheben. 2. Der Staatsanwalt hat gegen Sie für die Kosten. - W. C. Ja, der Witz ist juristisch. - A. R. T. Kommen Sie in die Sprechstunde. - Wette. Wenn das Kind im laufenden Jahre geboren ist: ja, wenn vorher: nein. - 1838. Ein Antrag für die 4 Tage sowie von Strafgebern ist unzulässig. - W. G. Die Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse genügt nicht. - W. R. Die Kasse hat die Kosten zu tragen. - Sandstrahle. 1. Ja, die Wohnpflanzung ist auch zu Gunsten vor dem Jahre 1897 außerordentlich geborenen Kinder zulässig. 2. Das zum notwendigen Unterhalt Erforderliche muß dem Schuldner belassen werden. 3. Die Entscheidung ist bindend. - D. Nein.

